

Corona

Die Geschichte von den ineffizienten Spitälern

Der Ärzteverband nutzt die Corona-Krise für seine politische Agenda

The show must go on

Malgré sa résilience, son inventivité et sa solidarité, le monde du spectacle souffre de la crise et se cherche des solutions

„Zuhause bleiben?“ Ja, wo denn, bitte?

Isoliert in aller Öffentlichkeit: Die Ausgangssperre ist für Obdachlose eine von vielen Herausforderungen der Pandemie

« Le déni se paiera cash »

L'épidémiologiste Michel Pletschette sur les stratégies politiques et sociales de la lutte contre le Covid-19

Le banquier, la baronne et les oligarques

Les clients qui se retournent contre Edmond de Rothschild rappellent le tropisme russophile de la banque privée

This is America

Europäer neigen gerne dazu, die USA zu idealisieren. Trumps Amtsjahre sind eine Chance, Amerika realistisch zu sehen

Photo : Sven Becker



Die Geschichte von den ineffizienten Spitälern

Peter Feist

Der Ärzteverband nutzt die Corona-Krise, um seine politische Agenda voranzutreiben

In den Direktionen der Krankenhäuser schlug sie hohe Wellen – die Pressemitteilung, die der Ärzteverband AMMD am Donnerstag vergangener Woche verschickt hatte. Aber nicht nur dort. Auch Ärzte, die Mitglieder der AMMD sind, nannten deren Forderungen „einen feindlichen Übernahmeversuch“ der Spitäler durch die AMMD. Und das mitten in der Corona-Pandemie.

Am vorvergangenen Samstag und am Montag danach hatten im Gesundheitsministerium Treffen stattgefunden. Ministerin Paulette Lenert (LSAP) nahm teil, Vertreter des Krankenhausverbands FHL, der AMMD und der CNS. Um die Klinikversorgung in der Pandemie ging es und um drohende Personalengpässe. Summa summarum hatten die Spitäler einen Ausfall von damals 150 Pfleger/innen zu beklagen – zeitweilig, wegen Isolation oder Quarantäne. Auch brauchen Covid-Patient/innen mehr Betreuung als Hospitalisierte im Schnitt; in der Normalversorgung 30 Prozent mehr, auf der Intensivstation 50 Prozent mehr.

Die FHL hatte deshalb bei der CNS Geld beantragt, um 70 Pfleger/innen zusätzlich einstellen zu können. CNS-Präsident Christian Oberlé gab zu verstehen, zunächst müssten die Kliniken „intern“ Personal mobilisieren. Und sich im Übrigen zurückhalten, in den Nachbarländern zu rekrutieren: Das sei nicht korrekt und könne in der augenblicklichen Lage sogar politisch für böses Blut sorgen. Um den Spitälern ent-

gegenzukommen, stellte Oberlé ihnen in Aussicht, was schon im Frühjahr gegolten hatte: Die CNS sei bereit, die Kliniken weitgehend von Verwaltungsaufgaben zu entbinden, die sie im Auftrag der Kasse leisten müssen. Von Dokumentationen und Arbeitsaufwandanalysen würde nur das Nötigste verlangt. So könne Pflegepersonal, das die Verwaltungsakte leistet, zurück ans Bett der Patienten. Das fanden auch die AMMD-Vertreter:

Auch Ärzte, die Mitglieder der AMMD sind, nannten deren Forderungen einen „feindlichen Übernahmeversuch“

Viel zu viel Pflegepersonal habe mit administrativen Dingen tun. Das müsse aufs Allernötigste beschränkt werden, und überhaupt sei der „Waasserkapp“ der Spitäler viel zu groß.

Von dort ging die Diskussion am Montag vergangener Woche weiter zu der Idee, die die AMMD seit einem halben Jahr propagiert: ein „Covid-Spital“. Dort würden Corona-Patient/innen konzentriert, während in den anderen der Betrieb normal weiterginge. Für die FHL ist die Idee absurd, zumal mitten in der Pandemie: Sie würde verlangen, die Maximalversorgung eines ganzen Spitals allein darauf zu konzentrieren. Auf Covid eingestellt zu sein, erfordert nicht nur Intensivplätze mit erfahrenen Anästhesist/innen und Anästhesie-Pfleger/innen, sondern auch Fachleute für Lungenkrankheiten, und wegen der vielfältigen Komplikationen, die eine Corona-Infektion nach sich ziehen kann, auch Kardiolog/innen, Neurolog/innen oder Nierenfachärzt/innen. So eine Reorganisation, mit Personal, das aus allen Kliniken zusammengezogen werden müsste, sich nicht kennt, aber Hochleistungs-Teams bilden müsste, schafft man nicht mitten in einer Krise.

Als die AMMD erneut nicht bekam, was sie wollte, holten ihr Präsident Alain Schmit und ihr Generalsekretär Guillaume Steichen zum Rundumschlag aus. Nannten die Spitäler „ineffizient“ und „intransparent“. Und verlangten, was drei Tage nach der Sitzung vom Montag vergangener Woche auch in der AMMD-Pressemitteilung stand: „Unverzüglich“ müsse eine

Zählung sämtlicher Gesundheitsberufler in den Kliniken, mit ihren Funktionen und Aufgaben her und die „Organigramme“ der Spitäler „transparent“ gemacht werden. Das sei „unverzichtbar für die öffentliche Gesundheit“, eine „Vorbereitung“ für ein Covid-Spital und eine optimale Versorgung aller anderen Patient/innen. Leider seien „bestimmte“ Krankenhäuser „besonders zurückhaltend gegenüber einer offenen und konstruktiven Debatte“ für eine „intelligenter Reorganisation“ des Klinikwesens. Leidtragende seien die Patienten.

Dass die AMMD-Spitze selber an das glaubt, was sie verbreitet, ist alles andere als sicher. Denn anders als ihr Verband glauben macht, kennen die Krankenhausärzte ihre Spitäler und sind in deren Führung eingebunden. In jeder Klinik gibt es einen gewählten Ärzterrat, der an Entscheidungen, die die medizinische Tätigkeit betreffen, beteiligt werden muss. Verschiedene Entscheidungen kann er mit einem Veto zeitweilig blockieren. Es gibt Koordinationsmediziner innerhalb der Klinikstationen, und vor allem haben Ärztevertreter seit vor zwei Jahren ein neues Krankenhausgesetz in Kraft trat, Sitz und Stimme in den Verwaltungsräten der Spitäler. Damit sind sie sogar Vorgesetzte der Direktionen, von denen die AMMD behauptet, ineffiziente und intransparente Häuser zu führen, und daran mit Schuld, falls es stimmt.

Aber sehr wahrscheinlich sind das Details, auf die es der AMMD-Spitze gar nicht ankommt. Worauf es ihr ankommt,

In der „Zone rouge“ des Escher Stadtkrankenhauses werden Covid-Patienten versorgt. Zwei Etagen sind dafür reserviert



war mit ihrem Präsidenten nicht zu klären: Alain Schmit reagierte nicht auf eine schriftliche Anfrage, sich dazu zu äußern. Schmit ist allerdings ein Verbandschef, dem man unterstellen kann, mit seiner Politik das effiziente Arbeiten der Spitäler zu behindern: Vor dreieinhalb Jahren führte die AMMD eine Kampagne gegen den Entwurf zum neuen Krankenhausgesetz. Beispielsweise, weil darin stand, die Ärzte sollten sich in Zukunft Qualitätsvorgaben, Therapierichtlinien und Effizienzbemühungen der Kliniken unterordnen. Stimmung dagegen wurde auf einer AMMD-Versammlung unter anderem mit einer Diskussion gemacht, in der es eine Zumutung genannt wurde, dass ein Klinikarzt seine Urlaubsplanung mit der Klinikleitung abspreche. Dem *Land* sagte Schmit damals, diese Planung machten die Ärzte unter sich; dadurch finde jeder Patient zu seinem Arzt (*d'Land*, 10.3.2017).

Anmaßungen wie diese findet bei weitem nicht jeder Arzt angebracht. Genauso wenig, wie man behaupten könnte, die aktuelle AMMD-Politik werde von sämtlichen Medizinerinnen gutgeheißen. Aber falls ein Arzt nicht gerade auch Krankenhausdirektor ist, wird keiner es wagen, die Positionen der AMMD öffentlich in Frage zu stellen. Zu groß ist die Furcht vor Repressalien. Schon vor Jahren sprachen Ärzte hinter vorgehaltener Hand von einer „Omertà“ und dass Abweichler ihre „employability“ gefährden könnten. Kritik an der AMMD-Linie kann sich dann implizit äußern. Zum Beispiel wurde Philippe Wilmes, der AMMD-Vizepräsident, der wesentlich eloquenter und demagogisch talentierter ist als Alain Schmit, von seinen Kolleg/innen an den Schuman-Krankenhäusern nicht als Ärzteratspräsident wiedergewählt.

Den Krankenhäusern Ineffizienz und Intransparenz vorzuwerfen, passt jedoch zum Politikansatz, den die AMMD seit rund drei Jahren verfolgt. Behaupten, das Luxemburger Gesundheitssystem sei eine „Staatsmedizin“, die den Patienten etwas vorenthalte, und dass eine Liberalisierung der Versorgung mit Auslagerung von Krankenhausaktivitäten in Ärztehäuser, die von Medizinergesellschaften geführt würden, Luxemburg wettbewerbsfähiger im internationalen Konkurrenzkampf um knappen Ärztenachwuchs mache. Um diesem Argument immer neue Nahrung zu geben, nennt die AMMD die Kliniken regelmäßig zu groß, zu schwerfällig, ineffizient und nicht offen genug für Innovationen. Das derzeit zu sagen, wäre allerdings nicht sehr schlau – wo die Regierung ihre Appelle ans kollektive Corona-Bewusstsein doch wie im Notstand im Frühjahr damit verbindet, gemeinsam zu verhindern, dass die Spitäler überlastet werden. Argumentativen Ersatz leistet die Idee vom Covid-Spital. Dass sie so schnell

Falls ein Arzt nicht gerade Krankenhausdirektor ist, wird er nicht wagen, die Positionen der AMMD öffentlich in Frage zu stellen. Zu groß ist die Furcht vor Repressalien und einer „Omertà“

nicht realisierbar ist und die Gesundheitsministerin vergangene Woche erklärt hat, die zweite Covid-Welle werde mit den bestehenden Krankenhäusern bewältigt und auch die dritte, falls es eine gibt, kann der AMMD sogar recht sein: So bleibt ihr eine Geschichte, um den Leuten zu erzählen, dass ihnen etwas vorenthalten werde. Dass das auf offene Ohren trifft, ist nicht unwahrscheinlich. Der Stand von Ärzten in der Gesellschaft ist hoch genug, dass der Gedanke aufkommen muss, an den Argumenten des Ärzteverbands sei etwas dran. Aus dem gleichen Grund sind für die Politik offen ausgetragene Konflikte mit der AMMD immer riskant: Eine Regierung, die gegen Ärzte kämpft, kann sich schnell verdächtig machen, etwas anderes als das allgemeine Wohl im Sinn zu haben. In diesem Kontext agiert die aktuelle AMMD-Führung wesentlich gewitzter und mit mehr politischem Erfolg als die vorige. Die PR-Firma des früheren *Wort*-Chefredakteurs Marc Glesener leistet ihr dabei wertvolle Dienste.

Zumal draußen ausgetragene Konflikte den Ärzteverband intern stabilisieren können und abweichende Stimmen dämpfen. Die AMMD ist kein homogener Verband. Ihre Behauptung, alle Ärzt/innen im Land zu repräsentieren, trifft nicht wirklich zu, denn für angestellte oder gar beim Staat bedienstete Mediziner/innen setzt sie sich nicht ein; nur für Freiberufler, wenngleich diese die Mehrheit in der Ärzteschaft ausmachen. Doch auch über deren Interessen sind interne Auseinandersetzungen seit Jahrzehnten notorisch, dringen aber kaum nach draußen. Mal stehen Allgemeinmediziner gegen Spezialisten, mal bestimmte Spezialisteninteressen gegen andere.

Oft geht es dabei um Geld: Die Gebührenordnung bevorteilt Arztdisziplinen, in denen vor allem technische Akte am Patienten erbracht werden. Man konnte das deutlich sehen, solange die Generalinspektion der Sozialversicherung (IGSS) in ihrem Jahresbericht über die Bruttoeinkünfte in den einzelnen Arztdisziplinen vor Sozialabgaben und Steuern informierte und dabei Durchschnitt, Median und Häufigkeitsverteilung angab. Laut der letzten Publikation dieser Art verdiente ein Arzt im Schnitt knapp 200 000 Euro brutto im Jahr. Die Hälfte aller Radiologen aber verdiente mehr als 400 000 Euro, Spitzenverdiener brachten es in dieser Disziplin bis auf 850 000 Euro. Auch bei den Anästhesisten lag der Brutto-Median bei um die 400 000 Euro jährlich. Dagegen lag er bei Allgemeinmedizinerinnen bei um die 150 000 Euro, desgleichen für Psychiater, für Kinderpsychiater noch darunter, und am kleinsten war der Median mit rund 100 000 Euro für Hautärzte.

Heute kann man mit diesen Zahlen nicht mehr viel anfangen. Seit fünf Jahren werden sie nicht mehr veröffentlicht und selbst die letzte Übersicht beruhte auf Daten von 2007: Übermäßig reizen wollt die IGSS die AMMD nicht. Die Ungerechtigkeiten in den Verdienstmöglichkeiten zu beseitigen war der Ärzteverband aber nie wirklich bereit. Denn das würde nicht nur bedeuten, für neue und besser dotierte Tarife einzutreten. Sondern sich überhaupt zu fragen, wofür Ärzt/innen bezahlt werden sollen und was das der Gesellschaft wert ist. In erster Linie betrifft das die Spitäler, wo Geld im Grunde nur damit verdient werden kann, am Patienten so viel wie möglich zu leisten und abzurechnen. Weil dies das Krankenhaus als Betrieb beeinflusst, soll seit der Gesundheitsreform von 2010 eine „Krankenhausdokumentation“ die Diagnosen am Patient und das an ihm Erbrachte erfassen. Damit soll transparent werden, was in Luxemburger Spitälern eigentlich vorgeht. Unter anderem war das ein Wunsch der AMMD gewesen, die den Kliniken schon damals vorwarf, intransparent und ineffizient zu sein. Doch ihr Versprechen, dass die Klinikärzt/innen gemeinsam mit dem Pflegepersonal Diagnosen und Prozesse „kodieren“ würden, hat die AMMD bis heute nicht eingelöst. Denn Transparenz müsste dazu führen, das Spital als Betrieb zu sehen, in dem Ärzt/innen Teile eines Ganzen sind. Organisatorisch wie finanziell.

Für die AMMD ist das ein No-Go. Worauf in den Kliniken für die Dokumentation Kodierungs-Teams eingestellt wurden. Ihnen gehören Pfleger/innen an, von denen die AMMD vor eineinhalb Wochen streng verlangte, sie müssten zurück an die Patientenbetten der ineffizienten Spitäler, und die „Hellewull“ an Verwaltungsaufwand gehe ohnehin zu weit. ●

NEUER LOCKDOWN?

Legitimationsdruck

Vielleicht hatte Premier Xavier Bettel sich erinnert, dass am Dienstag in den USA gewählt würde, und spekuliert, dass die mit Zeitverschiebung nach und nach eintreffenden Auszahlungsergebnisse aus den Vereinigten Staaten auch in Luxemburg viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken würden. Und dass dann für wenigstens einen Tag nicht die Corona-Pandemie das dominierende Thema wäre. Vielleicht berief er deshalb am Mittwoch nicht die schon angekündigte Regierungsratssitzung ein, von der erwartet worden war, dass sie weitere Restriktionen beschließt.

Denn Zeit, und wenn es ein paar Tage sind, kann die Regierung im Moment gut gebrauchen. Einerseits ist es logisch, dass sie abwartet, was die vor einer Woche in Kraft getretenen Maßnahmen bringen: die nächtliche Ausgangssperre, die „Vierer-Regel“, das verschärfte Maskengebot. Und vielleicht brachten ja auch Xavier Bettels Appelle an die Vernunft Mitte Oktober schon etwas: Die Zahl der registrierten Neuinfektionen mit dem Coronavirus sind weiterhin hoch, aber sie stagnieren. Vergangene Woche hatten sie noch „konstant exponentiell“ zugenommen, wie die Modellierer von der Wissenschaftler-Taskforce in ihrem jüngsten, am Montag veröffentlichten Bericht schreiben. Vor zwei Wochen wuchsen sie sogar „beschleunigt exponentiell“. Für alle, die sich noch an Differentialrechnung erinnern, bedeutet dies, dass man vor zwei Wochen mit der Beschreibung des Zuwachses in der Infektionskurve eine Ableitung mehr brauchte und durch die Kurve ein Ruck gegangen war.

Andererseits aber ist das womöglich gar nicht mehr so wichtig. Von dem deutschen SPD-Bundeskanzler Willy Brandt ist der Satz überliefert, Regieren bestehe nicht etwa vor allem darin, politische Entscheidungen zu treffen, sondern zu 70 Prozent in der nachträglichen Legitimierung der Entscheidungen. Über den Prozentsatz lässt sich natürlich diskutieren. Was den Legitimierungsdruck angeht, ist der für die Luxemburger Regierung und ihre Corona-Politik derzeit groß und nimmt vermutlich konstant exponentiell zu.

Zumindest bei einem Teil der Gesellschaft ist die Regierung dabei, die Glaubwürdigkeit ihrer Corona-Politik zu verspielen. Etwa bei jenen Menschen, die die Zahlen kennen und verstanden haben, dass die Neuinfektionen mit ein bis zwei Wochen Verzögerung auf die Zahl der Hospitalisierungen durchschlagen. Erfahren sie dann, dass in den Spitälern zwar keine Bettenknappheit droht, aber eine beim Personal, kommt zwangsläufig die Frage auf, ob die Regierung nicht schon längst mehr hätte unternehmen müssen. Da Belgien und Frankreich wieder im *Confinement* sind, Deutschland in einem „Mini-Lockdown“ mit geschlossenen Restaurants, Kneipen und Kulturstätten, lautet die nächste Frage, ob die Regierung überhaupt noch etwas im Griff hat.

Andere Teile der Gesellschaft sind zufrieden damit, dass Luxemburg verglichen mit den Nachbarn zurzeit einer Insel der Lebensfreude gleicht. Wenngleich abends um elf Schluss sein soll. Wieder andere fürchten sich vor einem neuen *Lockdown*, der den ganzen Winter dauern könnte. Nicht jeder wohnt in einem geräumigen Eigenheim, in dem sich, wenn es sein muss, viele lange Abende gemütlich verbringen lassen. Und dann gibt es noch jene, die im Frühjahr die harten Botschaften der Regierung von Krankheit und Lebensgefahr besonders gut verstanden haben und in großer Angst vor dem Virus leben. Dabei sind sie vielleicht gar nicht einmal „vulnerabel“.

Jedes Land und jede Infektionswelle hätten ihre „Eigenwelt“, sagte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) am Mittwochabend gegenüber *RTL*. Was natürlich stimmt. Dass „alles total außer Kontrolle gerät“, wollte sie aber ebenfalls nicht völlig ausschließen. Dem *Radio 100,7* sagte sie gestern, in den Spitälern gehe es nicht mehr lange so weiter wie derzeit. Wenn nicht alles täuscht, legt die Regierung heute neue Maßnahmen nach. Und sei es nur, weil sie einem großen Teil ihrer Bürger/innen nicht gut erklären kann, wieso sie noch wartet. ● Peter Feist



Sven Becker

LEITARTIKEL

Zivilisiert?

Ines Kurschat

Der slowenische Regierungschef Janez Jansa war der erste EU-Politiker, der Donald Trump zu seinem angeblichen Wahlsieg gratulierte, obwohl noch längst nicht alle Stimmen ausgezählt waren. Der autoritäre und verfassungswidrige Stil kommt bei ihm an. „Man sieht, dass Trump eine wichtige Galionsfigur der Identitären ist. Verliert er, verlieren sie“, kommentierte Jean Asselborn Jansas Vorpreschen verärgert. Der Außenminister warnt seit Monaten vor zunehmenden Spaltungen in der EU.

Asselborn hat eine Vorliebe für Biden und dürfte die meisten EU-Regierungen hinter sich wissen. Biden sei der bessere Partner für gute transatlantische Beziehungen. Aber nicht, weil sich Brüssel von ihm eine Wende in der US-Außen- und Handelspolitik verspricht, sondern weil es sich Verhandlungen auf Augenhöhe statt *Bullying* erhofft. China wird in den USA als Bedrohung der eigenen Vormachtstellung gesehen. Im Handelskrieg will Trump mit Strafzöllen auf chinesischen Produkte einen besseren Zugang zum chinesischen Markt erzwingen. Weil die Welthandelsorganisation die US-Strafzölle als widerrechtlich einstufte, zog sich die WTO Trumps Zorn zu.

EU-Mitgliedstaaten haben profitable Geschäftsbeziehungen zu China aufgebaut, Deutschland hat vom Handel mit China wie kein anderer Mitgliedsstaat profitiert, chinesische Großbanken sind Schwergewichte im hiesigen Finanzsektor, das Luftfrachtgeschäft wurde ausgebaut, die guten China-Beziehungen halfen, wichtige Güter in der Corona-Krise nach Europa zu bekommen. China gilt als wichtiger Akteur, wenn es darum geht, die Klimaziele umzusetzen.

Anders als die USA unter Trump zieht China sich aber trotz der zunehmenden Systemkonkurrenz an keiner Stelle aus internationalen und multilateralen Institutionen zurück. Vielmehr bemüht sich das Land aktiv darum, seinen Einfluss bei den Vereinten Nationen und bei deren Agenturen und Unterorganisationen auszubauen, etwas, das dem Ansatz der Europäer entgegenkommt.

Vor allem die rüde Art des 45. Präsidenten verstörte die Geschäftspartner auf dieser Seite des Atlantiks. Trump trifft mit seiner *America first*-Agenda den Nerv vieler US-Amerikaner, auch wenn sich darüber streiten lässt, wie erfolgreich die *Trumpnomics* bisher waren. Sein konfrontativer Stil kommt bei einem Großteil der Bevölkerung an. Das betrifft auch Trumps Forderung, die europäischen Partner sollten endlich den Beitrag zu den Nato-Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukt erhöhen, so wie es von ihnen selbst beschlossen. Trotz verbalen Säbelrassels hat Trump das US-Engagement in der Nato aber nicht zurückgefahren, sondern sogar mehr Soldaten nach Polen verschickt. Und sich damit die andauernde Freundschaft osteuropäischer Staaten gesichert, die in den USA eine Schutzmacht vor Russland sehen.

Mit der US-Wahl werden erneut Stimmen in der EU laut, die Strategische Autonomie voranzutreiben, Trump hin oder Biden her. Europa solle sich nicht mehr auf die USA als Rückversicherung verlassen, sondern die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit mehr Energie vorantreiben, oder, wie es EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer *Rede zur Lage der Union* nannte: Die Sprache der Macht lernen. So gesehen, hat die Trump-Ära in Europa zu mehr Ehrlichkeit beigetragen: Der Wettlauf um Marktanteile wird weltweit zunehmend härter ausgetragen.

Die EU hat bislang vor allem über den Handel und multilaterale Verträge versucht, ihren Einfluss in der Welt auszudehnen. Das gelingt ohne einen Verteidigungs- und Sicherheitsapparat immer weniger, wie sich an den Grenzen zeigt. Auch eine EU, die sich gerne als Wertegemeinschaft inszeniert, gründet ihren Wohlstand auf der Ausbeutung anderer Länder und Menschen, und nimmt dafür selbst Tote im Mittelmeer in Kauf. Mit Biden, so Asselborn im *Journal*, erhoffe er sich eine Rückkehr zu „zivilisierten“ Auseinandersetzungen auf der Grundlage völkerrechtlicher Verträge und internationaler Schlichtungsmechanismen. Wie steht es um die Hausaufgaben, liebe EU?

J A G D

Ungestört schießen

Alle reden von der Pandemie, aber derzeit läuft noch ein Jahrhundertereignis ab: Bis Dezember müssen sämtliche Jagdlose im Land neu vergeben werden, die alten Pachtverträge werden am 31. März ungültig. Das gab es so noch nie, muss aber sein laut dem 2011 unter CSV-Umweltminister Marco Schank reformierten Jagdgesetz. Es hat unter anderem zum Ziel, die Jagd zu demokratisieren. Doch ob das klappt, scheint nicht so sicher. *Land*-Informationen nach hat bei den seit September stattfindenden Versteigerungen eine bemerkenswerte Zahl zusammenhängender Jagdlose den Pächter gewechselt; bisweilen zehn bis zwanzig Einzellose auf einmal. Dabei werden Summen geboten, bei denen kleine Jäger nicht mithalten können; mitunter das Dreifache bisher üblicher Preise für eine jeweils für neun Jahre vergebene Pacht. Der CSV-Abgeordnete Serge Wilmes hat sich per parlamentarischer Anfrage von Umweltministerin Carole Dieschbourg (Grüne) schriftlich geben lassen, dass die Untervermietung der Jagdlose verboten ist. Aber vielleicht wollen die neuen Großpächter das gar nicht. Vielleicht pachten sie so viel Jagdland einfach, weil sie es sich leisten können. Und vielleicht hat in einer Zeit des *social distancing* ungestört schießen zu können, einen hohen sozialen Wert erlangt (Foto: Patrick Galbats). pf

P E R S O N A L I E N



Ulf Nehrass,

Generaldirektor des Luxembourg Institute of Health (LIH), ist nicht mehr Sprecher der Covid-19-Wissenschaftler-Taskforce. Auf Anfrage des *Land* erklärte er, als im September das Gesundheitsministerium die Leitung für die zweite Phase des *Large-scale testing* vom LIH übernahm, seien „gleichzeitig“ die Arbeitsgruppen der Taskforce „zurückgefahren“ worden – bis bis auf jene, die Projektionen über den Pandemieverlauf erstellt. Ein Sprecher für die Taskforce sei damit nicht mehr nötig, so Nehrass (Foto: sb). Anfragen von Journalisten verweise er ans Gesundheitsministerium weiter. Dort allerdings weiß man nichts davon, dass die Wissenschaftler-Taskforce zurückgefahren worden sein soll, wie Ministeriums-sprecherin Monique Putz erklärte. „Es finden zurzeit vielleicht weniger Aktivitäten statt, weil die Wissenschaftler ja auch ihren eigentlichen Aufgaben nachgehen, abgesehen davon haben wir aber keine Kenntnis von Änderungen.“ pf

Blog



Nadine C. Martin,

Ärztin, Pharmaforscherin und seit 2015 Verantwortliche für Innovationsmanagement in einem Schweizer Unternehmen, hat für fünf Jahre den Vorsitz des Wissenschaftsrates beim nationalen Forschungsfonds FNR übernommen. Der Wissenschaftsrat, dessen neun Mitglieder ein Mandat für fünf Jahre erhalten, wurde neu besetzt. Ihm gehören fünf Wissenschaftler/innen aus der Schweiz an, zwei aus Großbritannien, einer aus Belgien sowie aus Luxemburg der Manager Georges Thielen vom Goodyear-Forschungszentrum in Colmar-Berg. Schweizer/innen waren auch im vorigen Rat recht stark vertreten, stellten aber nur vier der neun Mitglieder. pf

Jean Salque,

Generalsekretär des in Esch/Alzette ansässigen Instituts der Großregion, hat die in Luxemburg geltenden Corona-Maßnahmen „die im Moment laxesten“ in der Großregion genannt. Er wolle zwar keine Bewertung treffen, sagte er dem *Républicain lorrain* am Freitag vergangener Woche, doch „la seule instauration d'un couvre-feu de 23h à 6h“ sei natürlich ein Unterschied gegenüber den Regeln in den Nachbarregionen, vor allem dem erneuten *Confinement* in Frankreich. pf

Mariette Scholtus,

directrice de l'Adem entre 2002 et 2012, prendra sa retraite au 1^{er} mars 2021. C'est ce qu'on lit dans le Mémorial. Entre 2012 et 2015, Scholtus avait été la protagoniste d'un long feuilleton politico-judiciaire. Virée de la direction de l'Adem par Nicolas Schmit qui la jugeait « incapable » de mener à bien sa réforme, Scholtus a combattu la décision ministérielle devant le tribunal administratif qui lui donnera raison, sur un vice de forme. En 2015, Scholtus finira donc par brièvement réintégrer ses anciennes fonctions avant d'en être de nouveau évincée par

le ministre Schmit. Parachutée à l'Adem en 2012, Isabelle Schlessler l'y avait remplacée et fut célébrée comme héroïne du *new public management*. Scholtus retournera au ministère du Travail du *Rousegäertchen*, comme premier conseiller de gouvernement. bt

S C H U L E

Kein Corona-Wochenbericht

Der Bericht zu Corona in den Schulen fiel diese Woche aus: Erziehungsminister Claude Meisch (DP) nutzte die Zeit dafür, mit Vertretern aus Schulen, Regionaldirektionen, schulpсихologischen Diensten, Elternvertretung und Gewerkschaften eine erste Zwischenbilanz zum dreistufigen Corona-Schutzkonzept zu ziehen. In einem zweiten Schritt soll die Analyse gegebenenfalls in überarbeitete Empfehlungen der Koordinationsgruppe münden, bestehend aus Vertretern der Gesundheitsinspektion und des Bildungsministeriums. Bisher hatte die Gruppe stets gemeldet, dass Schutzmaßnahmen, um eine unkontrollierte Verbreitung des Sars-CoV-2-Virus in den Schulen zu verhindern, weitgehend griffen. Dem widersprechen jedoch Eltern und Schüler, die berichten, das *Contact Tracing* funktioniere nicht oder zeitlich verspätet, Informationen und Rezepte für Covid-Tests kämen nicht rechtzeitig an. Zuletzt hatten sich rund 850 Eltern auf *Facebook* zusammengetan. Sie fordern vom Minister, schärfere Maßnahme gegen das Virus zu ergreifen, darunter kleinere Lerngruppen und eine allgemeine Maskenpflicht. Außerdem forderten sie Zahlen zu Infektionen und Quarantänemaßnahmen, nach Schulen und Klassen differenziert. Infolgedessen überprüfen Ministerium und Gesundheitsbehörden *Tracing*, Daten- und Rezeptübermittlung, Ergebnisse liegen hierzu aber bislang nicht vor. Aktualisierte Daten zum Infektionsgeschehen (dann hoffentlich auch zu

möglichen Cluster-Bildungen) will die Koordinationsgruppe ab Mitte nächster Woche vorlegen. Ob es weitere, über das verstärkte Busangebot hinausgehende Maßnahmen geben werde, konnte die Pressestelle des Ministeriums nicht beantworten. ik

T R A N S P O R T

Ein Bus in 15 Jahren

Wenn im Jahr 2035 eine Express-Straßenbahn zwischen Luxemburg-Stadt und dem Süden fährt, soll ein Bus mit „haut niveau de service“ für einen Anschluss in die französische Grenzregion sorgen. Das kündigten Mobilitätsminister François Bausch (Grüne) und der Escher Bürgermeister Georges Mischo (CSV) gestern bei einer Visio-Präsentation des „séieren Tram“ an. Der BNHS soll zwischen dem Escher Bahnhof, Mischeville und Audun-le-Tiche verkehren. Am „Umsteigepol“ Mischeville soll er dem BHNS begegnen, der zwischen Petingen und Düdelingen geplant ist. pf

W O H N U N G S B A U

142,3 ha

142,3 hectares, c'est l'étendue de la réserve foncière dont dispose actuellement le Fonds de Logement. (Pour donner un élément de comparaison : le Ban de Gasperich, « Beccaville » en périphérie de la capitale, mesure 80 hectares.) Dans sa réponse à une question parlementaire, le ministre du Logement, Henri Kox (Déi Gréng), explique que seulement 11,8 pour cent de cette surface serait constructible à « court terme », c'est-à-dire dans les cinq prochaines années. La part de lion de la réserve foncière, plus de 80 pour cent, ne serait constructible qu'à moyen terme, défini comme les cinq à quinze prochaines années. En résumé, le Fonds se retrouve empêtré dans ses projets sur d'anciennes friches

(« Wunne mat der Wootlz » à Wiltz et « NeiSchmelz » à Dudelange), qui n'avancent que très, très lentement, retardés par la dépollution, les reclassements et autres procédures « complexes et conséquentes », comme l'écrit le ministre. L'éternelle fascination du Luxembourg pour les mégaprojets urbanistiques... bt

T O U R I S M U S

Papa n'est pas en voyage d'affaires

Les voyages d'affaires ont chuté de 91 pour cent au deuxième trimestre 2020 par rapport au premier, informe le Stateg ce jeudi. Avec 14 000 déplacements professionnels au lieu de 154 000 en 2019, c'est le recul le plus spectaculaire des déplacements des résidents étudiés par l'institut national de la statistique dans sa revue trimestrielle qui prend pour la première fois en compte les conséquences de la pandémie. Les voyages loisirs ont aussi brutalement reculé. Seulement huit pour cent des résidents ont effectué un voyage de loisirs avec nuitées au printemps, contre 43 pour cent en temps normal, notamment pour profiter des ponts sur la période via des City trips à l'étranger. Avec la fermeture des lignes, seuls 6 000 vols ont été recensés entre avril et juin, contre 160 000 en temps normal, soit un recul de 96 pour cent. La voiture a été privilégiée dans 79 pour cent des cas, contre 46 en 2019. Seule les excursions sur la journée à l'intérieur des frontières ont augmenté. La proportion a même doublé sous l'effet des contraintes réglementaires à l'étranger, notamment les fermetures des frontières. Par conséquent, pour la première fois depuis la création de l'étude, notent ses auteurs, « le Luxembourg est la destination la plus fréquentée d'avril à juin ». 13 000 résidents ont effectué un séjour d'au-moins une nuitée dans le pays. Les séjours passés auprès de proches sont toutefois moins touchés par le recul. La baisse se limite à 47 pour cent. pso

The show must go on

France Clarinval

Malgré sa résilience, son inventivité et sa solidarité, le monde du spectacle vivant souffre de la crise et se cherche des solutions



Cette semaine, les responsables d'institutions culturelles (comme des tas d'autres secteurs, bien-sûr) renaient leur souffle, pendus aux annonces qui, après le couvre-feu et les limitations de jauges, risquaient de mettre leur travail en péril. Pour l'heure, le Luxembourg échappe au reconfinement et les salles de spectacles restent ouvertes. C'est un « ouf » de soulagement, le spectacle continue... Enfin, pas tous les spectacles : Les tournées à l'étranger ont été annulées, interrompues ou reportées. Les artistes internationaux ne peuvent pas venir au Luxembourg de peur d'être placés en quarantaine à leur retour ou parce que les déplacements ont été interdits dans leur pays. Les résidences de création ont été fermées. Ainsi, on lit sur la page Facebook de la danseuse et chorégraphe Anne-Mareike Hess : « Je suis au regret d'annoncer que le processus de création de ma nouvelle production *Dreamer* a été interrompu. La première sera reportée en 2021. » Elle devait jouer ce solo à Neimënster le 4 décembre. Entre les contraintes pratiques dans les différents pays (la danse est un milieu particulièrement international, l'équipe vient d'un peu partout en Europe), la quarantaine de certains membres de l'équipe, les mesures mises en place en Allemagne pendant les répétitions du spectacle et l'impossibilité de jouer devant plus de vingt personnes (pour garantir la distanciation) et un spectacle qui se veut intime et proche du public, Anne-Mareike Hess a jeté l'éponge. « C'est une accumulation de compromis qui nous empêche de rester concentrés sur la création, qui entraîne de l'anxiété et risque finalement de déprécier la qualité et le propos artistiques », nous détaille celle qui voulait nouer justement un dialogue avec les spectateurs.

Même mauvaise nouvelle sur la page de Jill Crovisier : « On y était presque : ce soir devait se tenir l'avant-première de *Jinjeon*. Les rideaux ne s'ouvriront pas. On se reverra, ce n'est pas la fin. » La chorégraphe terminait un mois de résidence à Annonay (Ardèche) où elle achevait une création pour sept danseurs. « Il nous restait une semaine de travail pour préparer l'avant-première de ce mercredi. Mais, nous avons dû interrompre la résidence et tout le monde a été renvoyé chez lui », raconte-t-elle au *Land*. Cette dernière semaine était cruciale pour régler les questions de lumières, pour placer un solo au milieu de la pièce et pour répéter, répéter encore, « la dernière ligne droite est toujours essentielle ». Outre les difficultés à organiser le rapatriement de tout le monde (ici aussi, une équipe internationale), avec les annulations de vols ou les justificatifs de déplacements, et le surcoût que cela suppose, c'est le travail de plusieurs mois qui se voit mis entre parenthèses. « On n'est pas sûrs d'avoir la possibilité de travailler assez pour la première du Grand Théâtre le 2 décembre », s'inquiète Jill Crovisier qui veut « quand même y croire car notre but est d'offrir un spectacle au public ».

Car pour tous les comédiens, danseurs, ceux qui les encadrent et créent avec eux (metteurs en scène et

« Même si on doit jouer devant dix spectateurs, on doit jouer »

Jill Crovisier, chorégraphe

chorégraphes), y compris au point de vue technique (costumes, décors, maquillage, lumière, son...), le cœur de leur métier, c'est la scène, c'est le public. « Même si on doit jouer devant dix spectateurs, on doit jouer », s'acharne la chorégraphe. « Après le confinement, on a remis la machine en marche, trop heureux de remonter sur scène. Un total retour en arrière me semble difficile à envisager », martèle la metteure en scène Anne Simon. « Si les salles sont à nouveau fermées, on travaillera à créer pour l'après, on répètera, même pour des petites salles, avec peu de public. On le mérite, le public le mérite. »

La question du public mérite d'ailleurs réflexion car les spectacles sont généralement créés pour un type de salle avec une certaine jauge. Voir cette jauge drastiquement diminuée pose des questions financières aux responsables, mais aussi des questions artistiques où une audience différente instille un spectacle différent. Nous avons pu constater que le public moins nombreux est d'abord déboussolé de se trouver comme nu, perdant l'anonymat (tout relatif au Luxembourg) de la salle pleine. « Mais les spectateurs sont aussi plus attentifs, plus engagés, plus à l'écoute », souligne Anne Simon. La comédienne Frédérique Colling tempère : « Je me demande s'il faut toujours jouer coûte que coûte. Le théâtre, c'est vivant, on doit sentir le public, avoir une certaine proximité avec la salle. Les salles très peu remplies, ça enlève beaucoup à l'expérience théâtrale pour les comédiens comme pour le public ». Elle est en train de créer (*Can't*) *stay at home*, un parcours qui sera joué à travers les rues de Mamer où les spectateurs déambulent avec un casque audio à la rencontre d'installations et performances dansées, théâtrales ou musicales, mettant en lumière les oubliés par notre société. « Une alternative de théâtre qui permet de respecter les normes de sécurité. »

L'avenir incertain

Les diverses associations regroupant artistes, intermittents ou techniciens ont beaucoup travaillé pendant le confinement pour dialoguer avec le ministère de la Culture et avec les institutions culturelles.

« Les réponses ont été rapides, les aides sont venues, mais la situation reste préoccupante pour ceux qui n'avaient pas de projet en cours, pas assez de jours de prestation », souligne Sophie Langevin, actrice, metteure en scène et présidente de l'association *Actors.lu* qui relève que quarante pour cent des artistes interrogés pendant le confinement n'avaient pas de contrat en cours. « Ce qui posait problème avant la crise sanitaire reste problématique et se voit généralement amplifié », estime Peggy Wurth, scénographe, costumière et présidente de l'Association luxembourgeoise des professionnels du spectacle vivant (Aspro). « On ne peut pas vivre d'indemnités à long terme et si d'autres annulations interviennent, beaucoup de gens seront sur le carreau ». L'incertitude est ce qui mine le plus les artistes comme les institutions. « Les annulations et les reports auront une incidence à long terme », s'inquiète Sophie Langevin, « chaque projet en contient d'autres qui naissent des rencontres, des contacts, des tournées, des festivals, des critiques. » C'est le cas de *AppHuman*, un spectacle qu'elle crée avec Ian De Toffoli pour cinq comédiens autour de la question de l'humain face à la technologisation massive du monde. « Il y a de fortes chances qu'on puisse jouer (au Théâtre des Capucins à partir du 12 novembre, ndr), mais devant 35 spectateurs masqués. Et nous étions programmé dans un festival à Liège où finalement seule une captation vidéo du spectacle sera présentée. » Une solution que tout le monde rejette pour des questions de qualité technique et de coût, sauf s'il s'agit d'un projet spécifiquement destiné à la vidéo.

« On a démontré notre adaptabilité, notre inventivité pour créer de nouvelles formes, pour postposer et aménager les dates ou les heures des spectacles, pour chercher de nouvelles pistes et être flexibles, mais tout ne peut pas être découpé, morcelé. La qualité de la création s'en ressent », souligne Anne Simon qui intime à « arrêter de considérer l'art seulement en tant que produit final, dans des logiques de pure économie libérale ». Et toutes d'appeler de leur vœux, plus de temps pour réfléchir, plus d'espace mental, moins de frénésie, moins de productions. « Il faudra arriver à faire moins de spectacles, à les travailler et les jouer plus longtemps en étant mieux payés pour le faire », insiste Anne-Mareike Hess. La refonte du statut de l'artiste et de l'intermittent doit passer par là, « mais le statut, ce n'est pas tout, il faut repenser la base et restructurer le système pour que les artistes puissent vivre par leurs propres moyens », martèle Anne Simon. Une des pistes de réflexion est de repenser les droits d'auteurs en matière de diffusion. Si les comédiens et danseurs touchent un cachet chaque fois qu'ils jouent, les metteurs en scène, chorégraphes, créateurs de costumes, de lumière ou de son, ne sont payés que pour la création. « Les droits de la propriété intellectuelle ou artistique doivent pouvoir suivre le spectacle au long de sa carrière et de ses tournées », estime Sophie Langevin qui voit dans cette problématique « une question urgente ». ●

ZUFALLSGESPRÄCH MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Eine Woche im Leben der CSV

Am Mittwoch vergangener Woche debattierte das Parlament, ob es den Gesetzentwurf über Maßnahmen zum Kampf gegen die Covid-19-Seuche von der Tagesordnung nehmen sollte. Der Bericht des Gesundheitsausschusses war nicht fertig geworden war.

Für die CSV meldete sich ihr Agrarflügel zu Wort. Er stellt derzeit die Fraktionssprecherin. Die Landwirte waren lange die wichtigste Stütze der konservativen Partei. Ihre Zahl hat heute drastisch abgenommen, doch das ländliche Milieu besteht weiter. Die kleinen Wahlbezirke vergrößern sein politisches Gewicht. Aber es reicht nicht, um Martine Hansen den nötigen Respekt an der Spitze der Fraktion zu verschaffen. Nach außen tritt die ehemalige Schuldirektorin als energische Landfrau aus dem Nordbezirk auf.

Wenig später ergriff auch ein Vertreter des Beamtenflügels aus dem Zentrumsbezirk das Wort. So als müsste er Hansens Einlassungen nachbessern. Die Beamtenschaft spielt eine wichtige Rolle in den Parteien. Denn im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen besteht sie durchgehend aus wahlberechtigten Staatsbürgern. Zurückhaltend und staatstragend, ist der ehemalige Studienrat Claude Wiseler einer von ihnen. Der glücklose Spitzenkandidat hat seine politische Laufbahn schon hinter sich. Aber vielleicht träumt er heimlich davon, dass seine Partei ihn einmal als letzte Rettung ruft.

Nach der Debatte zur Tagesordnung behandelte das Parlament am Mittwoch den Gesetzentwurf zur Verlängerung der Arbeitszeit im Gesundheits- und Pflegebereich. Dazu sprach ein Vertreter des Gewerkschaftsflügels der CSV. Der ehemalige LCGB-Funktionär Aly Kaes hielt der LSAP die Arbeitsbedingungen der Krankenpflegerinnen vor. Er macht seine Lokalpolitik im Norden; der Gewerkschaftsflügel ist wichtig im Süden. Seit die LCGB-Führung kein politisches Mandat mehr innehaben darf und der LCGB die Abgeordneten Aly Kaes und Marc Spautz gefeuert hat, ist der Einfluss in der Partei gering. Zudem ist mit den Colling, Rau und Frieden der Neoliberalismus nicht spurlos an der CSV vorbeigegangen.

Deshalb konnte *Het Luxemburgse Woord* am Samstag über gleich drei Seiten für den Finanzplatzflügel der CSV werben. Die Abgeordneten Laurent Mosar und Gilles

Roth drängeln sich, um in seinem Namen zu sprechen. Einstweilen tun sie es gleichzeitig. Zum Glück kandidieren sie in unterschiedlichen Bezirken. Sie bemühen sich, liberaler als die DP zu sein und ihr den Rang der Steuerenkungs- und Maastricht-Partei abzulaufen. Das gefällt auch konservativen Anwälten, Ärzten und Geschäftsleuten. Trotzdem schaffen sie es immer nur in die zweite Reihe der Partei. Damit die klein gehaltenen Leute den Glauben nicht verlieren. Das hatte der große Sozialdemagoge Jean-Claude Jucker begriffen.

Eine Volkspartei muss die widersprüchlichen Interessen ihrer Wähler am Steuer- und Sozialstaat mit Ideologie verkleistern (Vaterlandsliebe, Familiensinn, Chancengleichheit, Gottesfurcht)

Eine Volkspartei spricht möglichst viele unterschiedliche Wähler an. Dazu muss sie deren widersprüchlichen Interessen am Steuer- und Sozialstaat mit Ideologie verkleistern (Vaterlandsliebe, Familiensinn, Chancengleichheit, Gottesfurcht). Gleichzeitig hat der diensttuende Patriarch die Parteiflügel in Schach zu halten. Sonst tragen sie ihre Klassenwidersprüche plötzlich innerhalb der Partei aus. Das Amt des CSV-Patriarchen war von Dupong und Bech über Werner und Santer bis Juncker erblich. Doch Junckers Sturz zerriss die dynastische Kette. Auf einen Thronerben konnte man sich bis heute nicht einigen.

Ersatzweise wurde ein Apparatschik Parteivorsitzender. Weil er kein öffentliches Mandat hat und ein Gehalt verlangte, zählen die Abgeordneten ihn zum Personal. Deshalb gelingt es Frank Engel nicht, die unterschiedlichen Flügel in Schach zu halten. Stattdessen hilft er, die Klassenwidersprüche in die Partei zu tragen, zuletzt mittels der Steuerpolitik. Alle Flügel wollen den nächsten Patriarchen stellen und ihre Anliegen zur Parteilinie machen. Das verwirrt die Wähler und die Leitartikler. Die rätseln im Wochenrhythmus, wofür die CSV steht und wer sie anführt. Findet sich ein besserer Kandidat, wird Frank Engel im Frühling ausgetauscht. ● Romain Hilgert



Laurent Mosar vom Finanzplatzflügel spricht im Parlament



Das Abrigado und die Wanteraktioun bieten Obdachlosen Rückzugsorte

Der Begriff der Vulnerabilität hat sich innerhalb kurzer Zeit in den aktiven Wortschatz der Gesellschaft gedrängt. Während diese Verletzlichkeit für viele ein unsichtbares, bisher unbekanntes Damoklesschwert ist, das vor Umarmungen, Küssen und Handschlägen mahnt, ist sie für eine andere, oft unsichtbare Bevölkerungsschicht alltägliche Realität, die sich nicht durch AHA-Regeln abwenden lässt: Für sozial und finanziell schwach Gestellte ist Covid-19 nur ein weiteres Problem unter vielen – das potentielle Auswege aus ihrer Lage noch komplizierter macht. Den Institutionen und Sozialarbeitern, die ihnen bei den schweren Schritten aus der Armut helfen wollen, verlangt die sanitäre Krise viel Anpassungsfähigkeit ab.

„Die Leute auf der Straße wollen Arbeit, sie wollen eine Wohnung, warmes Essen, etwas Einkommen“, erklärt David Mallinger, der als Streetworker mit einer Klientel zusammenarbeitet, die sich einer einfachen, umfassenden Definition entzieht. Als „Feldarbeiter“ sind er und sein Kollege Djillali Mokeddem oft die ersten Kontaktpersonen für sozial schwach gestellte Personen, Jugendliche, die riskieren, abzustürzen, *working poor* und Drogenabhängige, jeder von ihnen ein komplexer Einzelfall. Streetworker kennen die Probleme der Betroffenen aus erster Hand, versuchen zwischen ihnen und den Institutionen, die die Schwächsten der Gesellschaft unterstützen, zu vermitteln.

Ihre Probleme haben nicht unbedingt direkt mit Covid zu tun, aber die Pandemie hat den Prozess, aus ihrer Situation herauszukommen, gebremst bis unmöglich gemacht. Gleichzeitig wurden bereits bestehende Probleme erschwert: Unternehmen schreiben kaum Arbeitsplätze aus und durch den Rückzug ins Private lassen sich weniger Spenden erbetteln. Personen, die sich mit Trinkgeldern in der Gastronomie über Wasser gehalten haben, müssen nun ohne sie überleben, während viele der gewohnten Anlaufstellen für Essen oder Hygieneprodukte nicht erreichbar oder geschlossen waren. Gleichzeitig bedeutet Kurzarbeit für Personen, die monatlich auf ihr gesamtes Einkommen angewiesen sind, dass das, was vorher nur knapp reichte, um zu überleben, nun eindeutig zu wenig ist. Wenn die Straßen leergefegt sind, sind die einzigen, die dort noch zu sehen sind, diejenigen, die keinen Ort haben, um sich zurückzuziehen. Unübersehbar werden die sonst Unsichtbaren erst dann, wenn sie nicht mehr auf der Straße bleiben dürfen: Wohin gehen, wenn Ausgangssperre herrscht und man kein Zuhause hat?

Für aktuell knapp 50 Personen ist die Antwort seit vergangenem Montag das Gebäude der *Wanteraktioun* in der Nähe des Flughafens, die von der Caritas, dem Roten Kreuz und Inter-Actions organisiert wird. Es wären wohl mehr Besucher, hätte die Information schon die Runde gemacht, aber in der Straße zirkulieren Informationen oft langsam. Während die jährliche Aktion mit dem Ziel, Personen vor der Kälte zu schützen, erst nächste Woche startet – früher als geplant –, wird jetzt schon die Möglichkeit angeboten, sich über Nacht hierher zurückzuziehen, um nicht mit dem Covid-Gesetz in Konflikt zu geraten. Und nicht jetzt schon nachts unter der Kälte und Nässe des Herbstes zu leiden.

Sozialarbeiter werden regelmäßig von der Polizei kontaktiert, die sich über den Fortschritt informiert: Man will nicht unnötig in Konflikte mit Personen geraten, die ein Gesetz brechen, an das sie sich unmöglich halten können. Wird eine Person von der Polizei gefunden, kann sie zur *Wanteraktioun* gebracht werden, um dort die Nacht zu verbringen? Bis zu 250 Personen finden dort einen Schlafplatz und ein Dach über dem Kopf, nur etwas mehr als in den vergangenen Jahren tatsächlich gekommen sind. Die normalerweise getrennten Tages- und Nachtanlaufstellen wurden erstmals während des *Lockdown* zusammengelegt, eine Lösung, wie die Beteiligten sagen, die Informationswege weiter verkürzt und die Zusammenarbeit vereinfacht hat. Neben frisch bezogenen Betten erhalten die Hilfsbedürftigen – unter ihnen eine steigende Zahl Familien und Frauen, die getrennte Schlafzimmer bewohnen – Hygieneprodukte, Zahnbürsten und Essen. Die Betten werden durch ein Ticketsystem verteilt, Covid-bedingt wird versucht, sie so weit wie möglich auseinander zu halten, was mit steigender Besucherzahl eine zunehmende Herausforderung werden wird.

„Zuhause bleiben?“ Ja, wo denn, bitte?

Misch Pautsch

Isoliert in aller Öffentlichkeit: Die Ausgangssperre ist für Obdachlose eine von vielen Herausforderungen der Pandemie

Unnatürliche Selektion Die Infektionsrate unter den Obdachlosen scheint bisher ziemlich niedrig, stellen nicht nur die Streetworker, sondern auch Raoul Schaaf, Direktor des CNDS (Comité national de défense sociale) fest. Sowohl bei der *Wanteraktioun* wie auch im Abrigado, der Anlaufstelle für Drogenabhängige in der Nähe des Hauptbahnhofs, das auch etwa 40 Betten zur Verfügung stellt, werden Maßnahmen ergriffen, um den Überblick über die Infektionszahlen zu behalten. Symptome werden sofort gemeldet und die Temperatur der Anwesenden kontrolliert. Die Infektionszahlen scheinen durchgehend

niedrig zu sein: Während einige isolierte Fälle aufgetreten sind, kann von einem Cluster keine Rede sein, Tote soll es laut allen Beteiligten gar keine gegeben haben. In einem ersten Schritt lässt sich daraus schließen, dass viele der Maßnahmen der Organisationen greifen: Masken und Desinfektionsgel konnten schnell unter die bedürftige Bevölkerung gebracht werden und sind auf große Akzeptanz gestoßen. Viele Betroffene sind sich ihrer gesundheitlichen Situation bewusst, wollen sich bestmöglich schützen. Medizinische Betreuung war bereits vor der Pandemie eine Priorität in der Arbeit mit sozial Schwachen, Covid hat je-

doch einen weiteren Akzent auf sie gesetzt: Im Abrigado haben allein im Oktober rund 900 medizinische Untersuchungen stattgefunden, dies nachdem die Beratungszahlen Anfang des Jahres drastisch gesunken waren.

Insbesondere im Abrigado jedoch, wo Drogenabhängige in sicherem Umfeld konsumieren können, sind Symptome nicht immer leicht festzustellen. Der Stoff, der auf der Straße eingekauft wird, ist laut Raoul Schaaf „weder im übertragenen noch im wörtlichen Sinne berauschend“: Der freie Markt wurde durch die Grenzsicherungen stark getroffen und hat sich bis heute nicht komplett erholt, die Drogen bleiben stark gestreckt, oft mit Paracetamol, das schmerz- und fieberlindernd wirkt. Mögliche Symptome werden dadurch unterdrückt, da die Personen sich unbewusst selbst medikamentieren. Fieber ist ein Zeichen für ein funktionierendes Immunsystem, erklärt eine Ärztin des Sammelpunkts: Bei vielen der Personen vor Ort sei dieses jedoch bereits so geschwächt, dass es nicht zu einer normalen Reaktion des Körpers komme und das Fieber ausbleibe. Dennoch: Im Gebäude hinter dem Hauptbahnhof steigt das Durchschnittsalter der Konsumenten auch gegenwärtig noch, ein Zeichen, dass die Hilfsangebote greifen, schließt Schaaf. Die Gesundheitsschäden, die vor allem durch beigemischte Stoffe in den Drogen, aber auch Lebensumstände hervorgerufen werden, sind weniger schnell tödlich als vorher. Christof Mann, Chargé de Direction des Affaires sociales und selbst ehemaliger Streetworker, sieht noch einen weiteren Erklärungsansatz für die niedrige Infektions- und Sterberate: „Jeder, der lange auf der Straße überlebt, ist nicht leicht unterzukriegen.“

Isolation im öffentlichen Raum Während viele der Angebote und Hilfeleistungen auch während des *Lockdown* durchgehend verfügbar waren, sind Gruppenaktivitäten vom Service Streetwork bis heute komplett zum Erliegen gekommen. Vor allem Sportaktivitäten, an denen in vergangenem Jahr über 1 100 Personen teilgenommen haben, können einen wichtigen Schritt zur Resozialisierung beitragen, ein Gefühl der Normalität vermitteln und helfen, gesund zu bleiben. Oder wieder gesünder zu werden. „Einzelne Aktivitäten die Leute individuell betreffen, können wir wieder aufnehmen, zum Beispiel Streethair, wo die Leute sich die Haare schneiden lassen können. Aber Gruppenaktivitäten bleiben unmöglich, das können wir nicht riskieren“, bedauert Djillali Mokeddem. Sie waren gezwungen, sich neu zu erfinden: Neben größerer Präsenz auf der Straße wurde das Aktivitätsangebot so gut wie möglich angepasst: Gemeinsames Fischen oder Kayakfahren bieten Möglichkeiten, dem Straßenalltag für einen Moment zu entfliehen. Im Abrigado wurden zu Beginn der Pandemie Mund-Nasenmasken genäht. Dennoch, stellen die Streetworker fest: Die Atmosphäre hat sich geändert, die Leute vorsichtiger geworden. Selbst bei Einzel-Aktivitäten sehen sie deutlich weniger Leute als vorher. „Kontakte minimieren“ ist auch für Leute auf der Straße Modus operandi. Und wer glaubt, es sei stressig, sich zuhause zu isolieren, soll es einmal zusammen mit fünf anderen Personen auf fünfzig miteinander geteilten Quadratmetern versuchen.

Dennoch ziehen alle beteiligten Akteure eine den Umständen entsprechend gute Bilanz: Man habe schnell reagiert, und während am Anfang kein „Covid-Notfallplan A“ aus dem Hut gezaubert werden konnte, sei es durch die kurzen Wege und die guten Kontakte zwischen allen Organisationen, der Regierung und der Stadt Luxemburg gelungen, schnell einen solchen Plan aufzustellen und umzusetzen, sagt der Stater Sozialschöffe Maurice Bauer (CSV), begleitet vom Nicken der Streetworker. Während die Situation anfangs nicht einfach war, habe man mittlerweile Routine bekommen, bestätigen beide. „Covid-Plan B und C“ lägen in den Schubladen des Abrigado und der *Wanteraktioun*. Eine Essensspende-Aktion des Außenministeriums, die im Frühjahr begonnen hatte, wird nun bis Mitte nächsten Jahre fortgesetzt: 170 Lunchpakete werden täglich ins Abrigado geschickt. Unter den Sozialarbeitern fühlt man sich gehört, respektiert. Die Gesellschaft ist im Laufe der vergangenen Monate mit dem Gefühl der Verletzlichkeit vertraut geworden. Möglicherweise könnte dieses Gefühl in Zukunft zu noch mehr Mitgefühl ausgebaut werden, denn gegen Armut ist kein Impfstoff in Entwicklung. ●



« Le déni se paiera cash »

Interview : Bernard Thomas

L'épidémiologiste Michel Pletschette sur les stratégies politiques et sociales de la lutte contre le Covid-19



Michel Pletschette

Le Luxembourgeois Michel Pletschette est médecin spécialisé en microbiologie et en épidémiologie des infections. Ancien chef de clinique à l'École de médecine de Hanovre, il a travaillé entre 1992 et 2017 à la Commission européenne, où il a dirigé le département d'évaluation des politiques sanitaires. Il est actuellement attaché au département des maladies infectieuses et tropicales de la Ludwig Maximilian Universität à Munich.

d'Land : La semaine dernière, le Luxembourg a bifurqué de ses voisins pour emprunter une sorte de Sonderweg épidémiologique. Un égarement ou une piste visionnaire ?

Michel Pletschette : Comme partout en Europe, le gouvernement luxembourgeois a vu la marée monter, et n'y a réagi que tardivement et par des demi-mesures. Aujourd'hui, pour la première fois, les hôpitaux sont vraiment sous tension. Le gouvernement n'a pas encore compris que ses tergiversations, son attentisme, son déni vont se payer cash, aussi économiquement, comme le montrent les données internationales. Si l'on veut réduire la transmission de 70 pour cent, chaque semaine de perdue, c'est deux semaines de confinement de plus. Dès la mi-septembre, donc avant d'atteindre les taux de diffusion actuels, on aurait dû introduire un « circuit breaker », un confinement planifié d'avance et limité dans l'espace et dans le temps. Je crains qu'aujourd'hui, il ne soit trop tard. À ces hésitations s'ajoutent une mise en œuvre précoce de cette idée saugrenue de tester tout le monde par appel, alors qu'une infection se répand généralement plus vite que la mise en place d'un système de test. On peut également regretter qu'à l'inverse de la France, les avis scientifiques à l'attention du gouvernement ne sont jamais rendus publics, sinon de façon rudimentaire.

« L'AMMD est restée fidèle à ses traditions d'irresponsabilité sociale dont le corporatisme est l'avatar »

Que pensez-vous de la revendication portée par l'Association des médecins et médecins dentistes (AMMD) d'établir un hôpital Covid ?

Des tels concepts ont été abandonnés au fil des siècles, car on a constaté qu'ils ne servaient pas suffisamment au moment voulu. Les pays bien préparés comme Singapour ont opté pour la planification de systèmes de soins parallèles mais à un même niveau, Covid et non-Covid, ainsi que pour des services hospitaliers sécables. Ce sont des solutions plus dynamiques. On ne peut finalement pas s'étonner que l'AMMD appuie cette idée d'un hôpital pandémique. De nombreux spécialistes hospitaliers sont économiquement lésés par le blocage des hôpitaux privés, leurs services et consultations tournent au ralenti. Beaucoup moins d'argent rentre. L'AMMD reste emprisonnée dans sa logique corporatiste de toujours et dans sa défense de la médecine du profit. Ils voudraient bien se débarrasser des

malades Covid en les externalisant dans un hôpital dont personne ne sait comment il sera staffé, surtout au vu de la nécessaire spécialisation des soins requis. L'AMMD feint d'ignorer que le principal problème de la politique de santé au Luxembourg, c'est le manque de professionnels à tous les niveaux. Elle est restée fidèle à ses traditions d'irresponsabilité sociale dont le corporatisme est l'avatar. En contraste, l'ensemble des professionnels ont bien joué leur rôle depuis le début de la pandémie.

Actuellement, les scientifiques jouent un rôle politique de premier plan. Qu'est-ce qui différencie un virologue d'un épidémiologiste dans sa manière de raisonner ?

L'épidémiologie est une discipline scientifique qui part de la population, de ses caractéristiques démographiques, sociales, génétiques. Par ses méthodes de travail, elle garde un fort ancrage de terrain. En Europe, on n'a pas connu de vagues d'infections depuis un certain moment et cela représente à présent un problème par rapport au Covid-19 : on ne dispose quasiment pas d'épidémiologistes de terrain, c'est-à-dire de gens qui ont pu faire l'expérience du travail dans les villes, dans les quartiers, dans les familles. Au Luxembourg, il y a probablement moins d'une demi-douzaine de professionnels formés à l'épidémiologie, et encore moins d'actifs. C'est cependant une capacité que possèdent les pays africains ou asiatiques qui, sur leur territoire, ont dû lutter contre des fléaux infectieux comme la tuberculose, la malaria, le Sras ou l'Ébola. Aujourd'hui, les Européens se tournent donc vers des virologistes, des représentants d'une sous-spécialisation du savoir microbiologique, plus habitués à discuter des génomes viraux qu'à réfléchir à des questions démographiques ou sociales.

La Chine, Taiwan, le Japon ou la Corée du Sud ont tous tenté d'éradiquer le virus, et ont en partie réussi. Une telle stratégie « asiatique » aurait-elle pu marcher en Europe ?

Comme beaucoup d'autres, je suis convaincu que, faute d'éliminer la transmission du virus, il y aura une troisième et une quatrième vague ; il faut donc sérieusement se poser la question. De nombreux pays asiatiques ont gardé une mémoire aigüe de l'épidémie du Sras. Ils ont réformé et développé leurs structures sanitaires et maintenu un très haut degré de préparation sociale. C'est une force d'action de santé publique dont les pays européens ne disposent pas. Dans les années 1960, l'Europe disposait encore d'une forte capacité de gestion de santé publique mais celle-ci a largement été anéantie. On a quelque part raté le moment de la reconstruire durant la pandémie du Sida, quand, sous la pression des activistes, on a confié la lutte contre le Sida à la société civile, à des ONG qui avaient pris les devants. En soi, ce n'était pas une mauvaise chose, étant donné l'inertie et le déni des gouvernements. Mais on n'a pas su créer des structures de lutte intégrées et durables.

En 2003, vous étiez à Pékin à la tête d'une mission de scientifiques de l'UE appelée par le gouvernement chinois pour lancer des recherches communes. La gestion de la crise du Sras vous apparaissait alors comme extrêmement brutale...

... et extrêmement efficace. L'épidémie du Sras a provoqué une crise politique du régime chinois qui a mené à une restructuration temporaire de l'appareil d'État. Là où les comités provinciaux avaient perdu la main, Pékin a demandé à des *task forces* locales d'agir. Il y donc eu un contrôle direct, du sommet vers la base, sans les intermédiaires hiérarchiques habituels. Cela s'est reproduit en 2020, lorsque Xi Jinping a rendu directement responsables les comités locaux du parti. Et ceci pour chaque rue, chaque usine, chaque immeuble ; un modèle opérationnel unique de contrôle social de la maladie. L'Europe est peut-être tombée dans le piège en se disant : On ne veut surtout pas d'un modèle contraignant qui s'inspirerait de la Chine. Du coup, personne n'est allé étudier comment les Chinois ont concrète-

ment géré la pandémie, étape par étape. On a même refusé tout projet de collaboration, ce que je trouve lamentable.

Ne risque-t-on pas d'en arriver à la conclusion que plus un système politique est autoritaire, mieux il sait gérer une crise pandémique ?

C'est une foutaise extrêmement dangereuse. Je ne vois pas en quoi un système politique comme celui de la France serait moins autoritaire que celui de Taiwan. La réalité, c'est que la vision euro-centriste est en train de s'écrouler. Tout comme le priapisme intellectuel que provoquait chez les Européens le modèle de recherche biomédical états-unien. Pour la lutte contre le Covid-19, on peut beaucoup apprendre de l'Asie, mais également de l'Afrique. Un pays comme le Sénégal a pris des mesures très rapidement en s'appuyant sur des programmes publics, toujours alertes et dont il ne faut pas sous-estimer la qualité. Au début de la pandémie, on y a probablement plus testé, en proportion, qu'en France ou en Belgique. C'est la même chose au Vietnam. Lorsque j'y travaillais en 2018, j'étais impressionné de voir que le pays avait gardé en veille énormément de dispositifs pour lutter contre une prochaine épidémie. Le Vietnam a d'ailleurs fermé ses frontières avec la Chine dès que commençaient à filtrer les premières rumeurs sur ce qui se passait à Wuhan. Alors qu'en Europe, on a traîné des pieds durant deux mois, s'enfonçant dans le déni. Ce n'est donc pas une question d'autoritarisme mais d'organisation sociale.

À quoi une telle « organisation sociale » pourrait-elle concrètement ressembler ?

On parle beaucoup de sensibilisation et d'éducation, mais toujours dans une perspective de haut en bas, comme « messages » distillés par le gouvernement ; jamais comme d'une mobilisation de la société civile. Je pense aux gens du terrain : les travailleurs sociaux, syndicalistes, artistes, catéchètes. Prenez les intermittents du spectacle, victimes involontaires du *lockdown*, qui pourraient jouer un rôle d'éducation populaire comme ils le font en Afrique. Et si on constate qu'il y a des transmissions dans une entreprise, ne serait-ce pas aux délégués du personnel de veiller à ce qu'elles s'arrêtent ? Pour l'instant, cet aspect est complètement scotomisé dans les discours syndicaux. Mais pour faire survivre les sociétés européennes d'un point de vue culturel et économique, il faut penser des stratégies massives, robustes et à long-terme.

Depuis le début de la pandémie, vous étiez très critique envers l'idée d'immunité collective.

Ces concepts circulent sous forme de pensée magique un peu partout. Ils déresponsabilisent, car ils sont mal interprétés. L'immunité grégaire est un concept purement théorique emprunté à la médecine vétérinaire. Par définition, les troupeaux sont génétiquement cohérents, ils présentent la même réaction immunitaire d'une tête de bétail à l'autre. Ce n'est pas du tout le cas des humains, dont le système immunitaire est extrêmement polymorphe. En plus, notre vivre-ensemble social n'est pas compartimenté et s'accompagne de mobilité. À moins qu'elle soit introduite artificiellement par vaccination, il n'y a pas d'immunité collective contre les infections virales chez les hommes. L'immunité au coronavirus risque donc d'être très instable et faible dans le temps, au vu des tests immunologiques réalisés un peu partout et de ce qu'on connaît tant des coronavirus animaux que des coronavirus humains peu pathogènes. Et puis il y a l'expérience du Sras : Deux ans après le début de cette épidémie, plus personne ne présentait des anticorps détectables à Hong-Kong. L'immunité grégaire est à mes yeux une idée fondamentalement eugéniste car elle consiste à définir une catégorie de personnes plus biologiquement appelée à survivre qu'une autre. Elle distribue des droits à la survie sans tenir compte des coûts humains de tels choix.

« La vision euro-centriste est en train de s'écrouler. Pour la lutte contre le Covid-19, nous pouvons beaucoup apprendre de l'Asie et de l'Afrique »

Ne demande-t-on pas aux ados de sacrifier leur jeunesse pour sauver les vieux ? Est-ce qu'on peut raisonnablement exiger un tel renoncement ?

C'est un sacrifice psychologique énorme, mais est-ce qu'on a le choix ? On sait que la société humaine, surtout sa frange la plus jeune, développe des mécanismes pour récupérer très rapidement. Et surtout, d'un point de vue épidémiologique, il est incorrect d'affirmer que les jeunes sont imperméables à la maladie. Alors oui, la majorité vit une infection asymptomatique, mais on ne sait pas quelle sera la durée de validité de l'immunité ainsi acquise. Elle est certainement beaucoup plus courte et faible que pour une infection au Sars-CoV2 plus carabinée. Et puis il y a des formes graves également chez des jeunes. On commence seulement à découvrir le « long-haul Covid ». Des gens qui n'arrivent pas à se débarrasser de la maladie durant des mois et des mois, qui éprouvent une fatigue extrême, qui doivent faire sept siestes par jour, qui ne peuvent marcher plus de quinze minutes, qui ont des palpitations... Ces syndromes post-viraux ne sont pas inconnus en médecine, mais sous une forme si sévère, c'est complètement inédit. Il est donc irresponsable de penser qu'on pourrait laisser libre cours au virus et ne pas protéger également les jeunes.

Tout le monde semble désormais miser ses espoirs sur un vaccin pour le printemps 2021. La fin de la pandémie, c'est pour bientôt ?

Je ne suis plus tellement optimiste. Mon impression, c'est que les résultats des essais cliniques ne sont pas aussi brillants qu'on l'espérait. D'ailleurs, rappelez-vous, les firmes en première ligne avaient annoncé des résultats pour maintenant... On sait aujourd'hui que d'ici janvier, il y aura un très grand nombre de différentes doses de substances immunogènes. Mais est-ce que ce sera déjà un vaccin protecteur ? Pas forcément... Le Covid se manifeste par des présentations cliniques et immunologiques très variées. Ces substances déclencheront une réaction immunitaire importante, mais on ne sait pas si celle-ci sera suffisante pour protéger contre une infection sévère ou pour influencer la transmission, et pour combien de temps. Et il faudra des mois avant d'avoir injecté toute la population, avec des défis logistiques incroyables comme le maintien de certains vaccins à -80 degrés Celsius avant leur administration. Arriver à une couverture vaccinale qui impactera sur la pandémie en Europe, ce ne sera pas avant fin 2021. Il en découle que le vaccin n'entre plus comme instrument de contrôle primordial dans l'arsenal épidémiologique mais seulement comme un instrument complémentaire. On doit donc utiliser au maximum les dispositifs classiques et validés de la santé publique. C'est-à-dire profiter du *lockdown* pour redévelopper et amplifier d'urgence le système de traçage. ●

Es ist eine deprimiert dreinschauende Gruppe junger Männer, die am Mittwochmorgen um halb sieben über ihrem Kaffee im Uptown sitzt, um die Live-Übertragung der US-Wahlen in der *ARD* zu verfolgen. Die Bar hatte zum *Breakfast* eingeladen. „Der wird sich am Ende noch den Wahlsieg klauen“, unkt ein Besucher grimmig. Es sollte eine Stunde dauern, die Stimmenauszählung ist noch im Gange, als Donald Trump für die Republikaner vor die Kameras tritt und tut, wovor Beobachter seit Wochen warnen und was er bis zuletzt abgestritten hatte: „Wir haben die Wahl gewonnen.“ Trump spricht von „Betrug“. Bis dahin waren die Wahlen ohne größere Störungen verlaufen; die drei Luxemburger Wahlbeobachter für die OSZE, Josée Lorsché, Gusty Graas und Claude Haagen, lobten eine „gute Organisation“. Zu Trumps Schachzug, den Wahlsieg für sich zu reklamieren, sagte Lorsché: „Ich sehe nicht, welche legale Basis das Land oder die Staaten haben, eine Briefwahl nicht anzuerkennen. Das hieße, dass man Millionen ihr Stimmrecht wegnimmt.“

Umfragen lagen falsch Fast alle Umfragen hatten Joe Biden und Kamala Harris einen Sieg vorausgesagt, teils mit zweistelligem Vorsprung. Sie lagen daneben. Bis Redaktionsschluss lag der demokratische Herausforderer Biden mit 264 Wahlleute-Stimmen vor Donald Trump (214 Stimmen, *AP*). Um Präsident zu werden, braucht ein Kandidat mindestens 270 Stimmen der Wahlleute des so genannten Electoral College, das dann den Präsidenten wählt. Wahlentscheidend werden, aller Voraussicht nach, die Stimmen der Bundesstaaten Pennsylvania und Georgia sein. Wenn sie bis zum Ende ausgezählt werden. Vieles erinnerte an die Wahlnacht 2016; da hatten die Wahlforscher ebenfalls gemeint, Hillary Clinton von den Demokraten würde das Rennen machen, sie hatte dennoch verloren. Auch diese Präsidentschaftswahl ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Durch das in den USA besonders stark grassierende Coronavirus war das Wahlverhalten dieses Jahr schwieriger als sonst einzuschätzen; viele, vor allem Demokraten, haben sich nicht aus dem Haus getraut, sind auf Briefwahl umgestiegen. Abweichungen in den Umfragen von bis zu zehn Prozent sind trotzdem enorm.

Die Ursachen des knappen Wahlausgangs werden Analysten in den nächsten Tagen und Wochen beschäftigen, darunter die Frage, wie viele Stimmen durch Wahlmanipulationen verloren gingen. Dass die Stimmen in den chlüsselstaaten Georgia, Nevada und Pennsylvania bis Redaktionsschluss nicht ausgezählt waren, lag am hohen Anteil von Briefwählern, aber vor allem an Gesetzen, wonach Briefwahlstimmen nicht vor dem Wahltag selbst ausgezählt werden dürfen. Völlig unklar blieb, wohin die 300 000 Briefwahlstimmen verschwunden sind, die ein Richter bei der Post beschlagnahmen wollte. Von jenen Stimmenverlusten ganz zu schweigen, die durch Wahlbehinderung, wie dem Zuschnitt der Wahlkreise, dem *Gerrymandering*, verloren gingen, ein übler Trick, die von beiden politischen Parteien, zuletzt aber vor allem von den Republikanern genutzt wurde, um insbesondere schwarze traditionell demokratische Wähler davon abzuhalten, ihre Stimme abzugeben. Es sieht so aus, als wird die Wahl vorm neunköpfigen Obersten Gerichtshof landen – dort haben die Republikaner nach dem Tod von Ruth Bader Ginsburg mit ihrer vor den Wahlen durchgedrückten neuen erzkonservativen Richterin Amy Coney Barrett mit sechs zu drei Stimmen die Nase vorn.

Die Wahl und der Wahlkampf zeigen, „wie tief gespalten die Vereinigten Staaten sind“, hatte Außenminister Jean Asselborn in einer ersten

This is America

Ines Kurschat

Europäer neigen dazu, die USA zu idealisieren: Trumps Amtsjahre sind eine Chance, Amerika realistisch zu sehen

Reaktion dem *Land* gesagt. Trump tat und tut nichts, um die Polarisierung zu mindern, sondern heizte sie im Gegenteil mit seinem früh und unzulässig erklärten vermeintlichen Wahlsieg an: Das Justizministerium schickte bewaffnete Polizeibeamte in Wahllokale, angeblich um die Stimmenauszählung zu überwachen, obwohl ein Gesetz dies verbietet. Journalist/innen in Washington, New York und Portland berichteten von einer nervösen Stimmung, die jederzeit umschlagen könne. Das ist ein Pulverfass, das in den nächsten Tagen in die Luft zu gehen droht.

Systematische Wahlbehinderung Den Eindruck extrem verhärteter Fronten und zum Teil diametral anderer Realitäten konnten Teilnehmende eines Webinars der amerikanischen Handelskammer Amcham am Montag mit US-Botschafter Randy Evans beobachten, wo Demokraten und Republikaner ein letztes Mal vorm Wahltag diskutierten. Vor allem der republikanische Vertreter haute eine Behauptung nach der anderen heraus, etwa dass der Bericht des Sonderermittlers Robert Mueller keine verschwörerische Zusammenarbeit bei den letzten Wahlen zwischen dem Team Trump und Akteuren in Russland ergeben habe; dabei war der Bericht zu gemischten Ergebnissen gekommen. Beide Seiten redeten aneinander vorbei, ihre Argumente wirkten wie auswendig gelernt.

Brutalität und Rassismus sind Bestandteil der US-Gesellschaft, ebenso wie der Innen- und Außenpolitik

Den Graben in der US-Gesellschaft hat Trump aber nicht geschaufelt, er wird von ihm aber aktiv vertieft siehe seine abfälligen Äußerungen zu den *Black Lives Matter*-Protesten infolge des Tods des Afro-Amerikaners George Floyd oder zu den Aufmärschen weißer Neonazis in Charlottesville. Ob Abtreibungen, Gesundheitsversorgung oder Klimakrise, alles scheint inzwischen zur Glaubensfrage geworden. Wortwörtlich angesichts erzkonservativer Evangelikale, die historisch eine wichtige Wählergruppe der Republikaner sind und über Trumps Verfehlungen großzügig hinwegsehen, solange er die Gerichte mit konservativen Abtreibungsgegnern besetzt. Durch viele Familien geht ein tiefer Riss, berichten US-Amerikaner, die hier in Luxemburg leben.

Die weitere Polarisierung geht nicht nur von Donald Trump und seinen rabiaten Anhängern aus: Unvergessen der verhängnisvolle Satz von Hillary Clinton über „erbärmliche“ Trump-Anhänger bei den vergangenen Wahlen 2016. Biden und Harris betonten in ihrer Wahlkampagne „Anstand und Würde“, die sie wiederherstellen wollten. Als Kandidat der bürgerlichen Mitte war Joe Biden angetreten, die Mehrheit der Amerikaner in einer Art Bündnis der Anständigen gegen Trump und seine Helfershelfer zu vereinen. Das ist ihm nicht gelungen, obschon sich Republikaner teils sehr medienwirksam sich auf die Seite Bidens geschlagen haben.

Virus oder Wirtschaft Selbst ein tödliches Coronavirus, das bisher mehr als 230 000 Amerikanern das Leben kostete, die Mehrheit davon schwarz oder indigenen Ursprungs, hat die fundamentalen Meinungsdivergenzen zwischen Republikanern und Demokraten etwa über die Gesundheitsversorgung nicht behoben; das Biden-Team hatte im Schlussspurt versucht, mit Gratis-Covid-Tests und kostenlosen Covid-Behandlungen unschlüssige Wähler/innen für sich zu gewinnen. Das ist das Problem: Die einen fürchten das Virus, für die anderen existiert es gar nicht oder nur als aufgebauschte Grippe. In Nachwahlbefragungen war Trump-Wählern die Wirtschaft das wichtigste Thema. Vor Corona lief die Wirtschaft einigermaßen rund, auch wenn wegen Trumps üppiger Steuergeschenke vor allem für Unternehmen und für Reiche von insgesamt 1,5 Billionen US-Dollar die Staatsverschuldung massiv anstieg und inzwischen bei 26,5 Billionen Dollar liegen soll.

Männer wählen Trump Ob Trump mit seiner *America-first*-Wirtschafts- und Handelspolitik erfolgreich ist, ist für seine Wähler nicht so wichtig. Für sie ist Trump die Erweckungsfigur, mit der sie hoffen, den eigenen Bedeutungsverlust wettzumachen und an alte (Vor-Obama-)Zeiten anzuknüpfen, als die USA noch Weltmacht waren und der Amerikanische Traum greifbar. Trump hat in *Rust Belt*-Saaten gepunktet, in Indiana, er hat Ohio hinzugewonnen, in Michigan liegt Biden vorne. Gleichwohl konnte Biden, dessen Vater Autohändler war, nicht so recht überzeugen. Die blaue Welle jedenfalls blieb aus. Soziolog/innen erklären dies mit einer tiefen Frustration vor allem weißer US-Amerikaner, die sich von Washington nicht mehr vertreten fühlen und sich seit längerem auf der Verliererstraße wähenen.

Den Mythos vom starken Mann suchen sie in Trump und finden ihn auch. Der letzte, aus ähnlichem Holz geschnitzte Republikaner war Ronald Reagan. Die protektionistische Handelspolitik, der unversöhnliche Konfrontationskurs gegen China, das unilaterale Vorpreschen, kommt bei Trump-Wählern an, obschon Farmer im *Wheat Belt* über chinesische Vergeltungsaktionen die Zeche für den Handelskrieg zahlen. Der ruppige Stil gefällt nicht nur Weißen: In Florida und Texas wählten viele Latinos aus Kuba und Venezuela Trump, weil sie sich von ihm einen anti-kommunistischen Kurs erhoffen und die Aufrechterhaltung der Wirtschaftssanktionen gegen die Regierungen ihrer Herkunftsländer. Biden war von Latino-Bürgervereinen vorgeworfen worden, diese Wählerschaft nicht genug zu umwerben, beziehungsweise sie mit seiner Kampagne nicht zu erreichen.

Brutalität und Rassismus sind tief in die US-amerikanische Geschichte eingelassen und setzen sich heute unter anderem in einem rassistischen Polizei- und Justizapparat fort. Der Siedlermythos ist Wurzel und Antrieb des für Europäer befremdlich anmutenden Waffenkults und eines Männerbilds vom Einzelkämpfer. Deshalb kommt Trump vor allem bei weißen Männer gut an, demokratische Kandidaten dagegen eher bei Frauen. Und da insbesondere bei afro-amerikanischen. Schwarze Wahlberechtigte wählen bis zu 80 Prozent demokratisch; allerdings geben längst nicht alle ihre Stimme ab; nicht zuletzt wegen der vielen Hürden, die gerade ihnen in den Weg gestellt werden.

Afro-Amerikaner haben wohl in den vergangenen Jahren sozial aufholen können, aber sie sind von Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung überproportional betroffen. Sie sind gesundheitlich unterversorgt, auf dem Wohnungsmarkt werden sie diskriminiert. Das Biden-Team hatte gezielt versucht, sie anzusprechen: 30 Millionen sind wahlberechtigt, sie machen fast 13 Prozent der Wähler/innen aus. Aber Kamala Harris und Joe Biden sind unter afro-amerikanischen Wahlberechtigten ambivalente Figuren: Biden wegen seiner Zustimmung zum *Crime Bill* von 1994, der den Weg zu Massenverhaftungen und Inhaftierungen vor allem von Schwarzen bereitete (Biden entschuldigte sich später dafür). Die ehemalige kalifornische Staatsanwältin Harris stand damals für eine strenge *Law-and-Order*-Justiz.

Black Lives Matter Der schwarze Autor Jamelle Bouie schrieb zwei Tage vor den Wahlen in einer Kolumne für die *New York Times*: „Don't fool yourself. Trump is not an aberration.“ Viele Europäer halten Trump für eine groteske Übertreibung oder Anomalie. Trump sei beleidigend und „transgressiv“. Diese Grenzüberschreitungen insbesondere gegenüber Schwarzen und gesellschaftlich Benachteiligten seien aber keineswegs neu: „Was schrecklich ist an Trump, ist auch an den USA schrecklich.“ Der krankhafte Narzissmus, die Individualisierung, menschliche und soziale Kälte sowie Ignoranz und Verachtung gegenüber den Verlierern der Gesellschaft, sind nicht der Person Trump zuzuschreiben, sondern spiegeln sich in der US-Gesellschaft wider.

Engagierte Jugend Daran ändert nichts, dass eine junge engagierte Generation eine Neuausrichtung fordert. Viele der rund 15 Millionen Erstwähler/innen hatten die linken Kandidaten der Demokraten, Bernie Sanders und Elizabeth Warren, unterstützt, auch weil sie sich ausdrücklich für ihre Anliegen stark machten: gebührenfreie Unis, den Erlass von Studienschulden, Umweltschutz, gegen Polizeigewalt und für Waffengesetze; wie viele junge Wähler für Biden gestimmt haben, ist noch unklar. Biden bekennt sich zum Pariser Klimaabkommen und will die USA bis 2050 zur CO₂-Klimaneutralität führen sowie neue, grüne Jobs schaffen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass am Wahltag die USA endgültig aus dem internationalen Klimaschutz-Abkommen ausgestiegen sind. Die ökologische Abrisspolitik Trumps ist Bundesstaaten und Unternehmen nicht geheuer; meint zumindest Jean-Jacques Rommes, ehemaliger Präsident der Bankenvereinigung ABBL und Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialrats, in einem Interview mit *Radio 100,7*: US-Firmen hätten die Deregulierungen von rund 80 Umweltgesetzen nicht gefragt. Trumps handelspolitische Bilanz sei ein „Massaker“, so Rommes. Die Importsteuern seien für Unternehmer eine „Katastrophe“ und würden hauptsächlich vom Endverbraucher bezahlt. Um an die Pariser Klimaziele anzuknüpfen, bräuchten die Demokraten eine Mehrheit im Repräsentantenhaus und am besten die im Senat. Die im Repräsentantenhaus haben sie, der Vorsprung im Senat dürfte, wenn dann knapp ausfallen. Zu knapp, um das Oberste Gericht zu erweitern und neue Sitze an liberale Richter/innen zu vergeben.

„Biden wird gewinnen; dann lassen sie Trump fallen wie eine heiße Kartoffel“, betont der Wirt der Kneipe am Fuße des Heilig-Geist-Plateaus unbeeinträchtigt optimistisch. Und sagt damit fast dasselbe wie Außenminister Jean Asselborn: „Die USA haben die älteste bestehende Demokratie der Welt. Ich bin überzeugt, das wird auch so bleiben.“ ●

Gespannt verfolgten die jungen Gäste in der Bar Uptown

im Grund die US-Wahlergebnisse



Sven Becker

POLOGNE

Éclair rouge et féminin

Karolina Markiewicz

Ce sont les plus grandes manifestations en Pologne depuis la chute du communisme en 1989. Des dizaines de milliers de personnes défilent dans les villes depuis près de deux semaines pour protester contre une nouvelle décision du Tribunal constitutionnel qui impose une interdiction quasi totale de l'avortement.

Les manifestants ont même investi les églises, fait rare dans ce pays résolument catholique, en théorie. En pratique, les jeunes générations s'éloignent de plus en plus de l'Église catholique, surtout depuis les scandales pédophiles récents. Les manifestations ont commencé le 22 octobre suite à la décision du tribunal renforçant l'une des lois sur l'avortement les plus restrictives d'Europe. Elles se sont vite transformées en une expression de colère plus large contre un gouvernement de droite. Une grève nationale a eu lieu et a été largement suivie, le 29 octobre dernier. D'autres actions sont annoncées. Le gouvernement, lui, est soutenu par une frange de la société civile ultra catholique et conservatrice ainsi que par l'extrême-droite, dont les militants ont agressé physiquement les manifestantes et manifestants ces derniers jours.

Le 27 octobre dernier, Jarosław Kaczyński, le vice-Premier ministre et chef du parti au pouvoir Droit et Justice, a exhorté ses partisans conservateurs par vidéo à « défendre la Pologne, défendre le patriotisme contre des criminels » et « défendre coûte que coûte les églises polonaises ». « C'est la seule façon de gagner cette guerre », a-t-il ajouté. Avant le 22 octobre, la Pologne autorisait les avortements dans trois scénarios : anomalies fœtales, menace pour la santé d'une femme et en cas d'inceste ou de viol. Mais dans la pratique, l'écrasante majorité des avortements légaux résultaient d'anomalies fœtales, à savoir 1 074 sur 1 100 pratiqués en 2019.

Les manifestations contre la limitation de l'avortement se sont transformées en colère plus large contre le pouvoir de droite

Cependant, la dernière décision de justice a statué que les avortements pour anomalies fœtales violaient la Constitution, une décision juridiquement sans appel possible. Les médecins en Pologne pouvaient jusqu'alors déjà refuser de pratiquer un avortement légal et peuvent également refuser de prescrire une contraception pour des motifs religieux. S'ajoute à cela qu'il y a très peu de soutien financier et psychologique pour les familles d'enfants handicapés.

Dans sa décision, la présidente du tribunal, Julia Przylebska, a déclaré qu'autoriser les avortements pour anomalies fœtales légalisait les « pratiques eugéniques ». La Constitution polonaise garantissant la protection de la vie humaine, l'avortement fondé sur la santé d'un fœtus constituait « une forme de discrimination directement interdite ». Les manifestants exhortent aujourd'hui le tribunal à inverser la décision et un nombre croissant réclame également la libéralisation de la loi sur l'avortement. Les manifestations se propagent et trouvent un soutien jusqu'alors improbable : chauffeurs de taxi, de bus, agriculteurs, policiers, tous avec leurs propres griefs contre le gouvernement actuel. Un gouvernement qui semble mal gérer la pandémie (si bien que les femmes se sentent des pions pour détourner l'attention). Au cours du mois dernier, la Pologne est devenue l'un des pays les plus durement touchés.

Le gouvernement en place depuis 2015 a tenté à plusieurs reprises de rendre la loi sur l'avortement plus stricte, mais il n'a pas pu rassembler les voix au Parlement. Les sondages ont montré que la majorité citoyenne s'opposait à de nouvelles limites et chaque tentative antérieure avait été accueillie par des manifestations de masse. Mais le parti au pouvoir a largement effacé l'indépendance du pouvoir judiciaire, une décision qui a suscité la condamnation internationale, affirmant que le parti a instrumentalisé les tribunaux subordonnés pour réaliser ce qu'il ne pouvait pas faire sur le plan législatif. Le gouvernement nie de telles affirmations.

Plutôt que d'essayer à nouveau d'adopter une loi, les législateurs de droite ont demandé au tribunal constitutionnel, la plus haute juridiction de Pologne, de réviser la loi. Le parti au pouvoir qualifie ses opposants d'anti-polonais et d'anti-chrétiens et se présente comme le défenseur des valeurs traditionnelles et catholiques. Au cœur de cette vision se trouvent les femmes polonaises : des mères, des épouses, des sœurs. Ainsi les défenseuses des droits

des femmes sont décrites comme de dangereux agents de la propagande libérale occidentale.

Elles n'ont pas été la seule cible du parti. Le parti Droit et Justice a dépeint les migrants comme une menace pour la civilisation chrétienne. Ensuite, la droite a concentré une grande partie de son attention sur les minorités LGBTQ, les présentant comme une menace pour la vie et les valeurs polonaises. Le gouvernement a essuyé les plaintes de l'Union européenne concernant la conduite illibérale de la Pologne. Il y a vu la preuve que le bloc occidental pousse des idées « étrangères » qui menacent la souveraineté polonaise. Les manifestations actuelles utilisent un slogan intentionnellement vulgaire « Wypierdalać » – pour choquer et envoyer un message déterminé. Il brise le tabou de la contestation de l'église. L'Église catholique a en effet longtemps fait pression sur le gouvernement pour qu'il élimine l'accès à l'avortement.



Manifestation pour le droit à l'avortement à Varsovie

Pour rappel, sous le communisme, la Pologne jouissait de lois sur l'avortement plus libérales. Les militantes des droits des femmes aidaient les Suédoises à se rendre en Pologne pour avorter. C'est en 1993 que fut adoptée l'une des lois sur l'avortement les plus restrictives des pays occidentaux. La décision récente éloigne le pays encore plus du courant dominant. Presque toute l'Europe propose l'avortement à la demande, jusqu'à un certain point de la grossesse. Tout comme les États-Unis, bien que de nombreux États y aient rendu l'accès très difficile.

Le jour de la décision de la Cour suprême sur les avortements, les gouvernements de la Pologne, des États-Unis et de plusieurs autres pays, dont l'Ouganda, la Hongrie, la Biélorussie et l'Arabie saoudite, avaient signé la Déclaration de consensus de Genève, une déclaration contestant le droit à l'avortement. ●

ÖSTERREICH

Warum nicht boxen?

Irmgard Rieger, Graz

Am Morzinplatz lag das Hauptquartier der Gestapo, in dem unzählige Menschen gequält und verhört wurden. Ein Steinwurf entfernt die älteste Kirche Wiens, über dem römischen Militärlager Vindobona errichtet und halb unter Efeu verschwunden. Der seitlich der Kirche entlangführende Trepp nach oben folgend, gelangt man zur Seitenstettengasse, wo der Haupttempel der Wiener jüdischen Gemeinde liegt. Seit 1981 wird der Bau streng bewacht: Damals verübte ein palästinensisches Terrorkommando einen Angriff auf den Haupttempel der Wiener jüdischen Gemeinde, warf Handgranaten in die Menge und tötete zwei Menschen.

Weniger spirituell geht es in den umliegenden Gasen zu gewöhnlichen Zeiten abends zu: Im Wiener „Bermudaviertel“ tobt das Nachtleben, jeder Wien-Tourist und jede Neo-Wienerin landet früher oder später in der Vergnügungsmeile unweit des Donaukanals. Auch eine Reihe exklusiver Lokale finden sich hier nahe dem Schwedenplatz, zudem ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Historisch, spirituell, emotional und alltagspraktisch ein hoch aufgeladener Ort – und voller Videokameras.

Hier schlug der Täter zu. Neun Minuten dauerte der Schrecken am Montagabend, als bei ungewöhnlich lauen Temperaturen zahlreiche Menschen unterwegs waren, um noch einen Abend im Freien zu genießen, bevor Österreich erneut im Corona-Lockdown verharren sollte. Neun Minuten. Unzählige Schüsse aus einem Sturmgewehr. Ein Opfer sofort tot, 26 verletzt, Chaos und Schrecken in den Straßen und Lokalen. Die Spezialeinheiten sind rasch vor Ort, vor der Ruprechtskirche wird der Attentäter erschossen: Ein 20-Jähriger, bewaffnet mit einer Kalaschnikow, einer Pistole und einer Machete. Um den Bauch die Attrappe eines Sprengstoffgurtes, aus Red Bull-Dosen gebastelt, wie sich später herausstellt.

Ob noch weitere Terroristen unterwegs sind, bleibt lange unklar. Stunden verharren die Menschen in den Lokalen, Privatwohnungen, Hotels und Kultureinrichtungen, der Musiker Martin Grubinger spielt Zugabe um Zugabe, Burgtheater-Direktor Martin Kusej führt ein Publikumsgespräch. Im Lauf der Nacht werden Menschen in kleinen Gruppen unter Polizeischutz aus der Innenstadt geleitet. Die Stadt und das Land sind wie gelähmt: Terror, das ist Paris, Berlin, London – aber das gemütliche, beschauliche Wien? Das schien undenkbar.

Doch die Behörden kannten den Attentäter schon länger. Der Sohn einer aus Nordmazedonien stammenden Familie, der im bürgerlichen Mödling aufwuchs, dort die HTL (Fachabitur) abschloss, war irgendwann, mit 16 Jahren, in die Islamistszene abgerutscht. Er besuchte eine bekannte Moschee in Wien, radikalisierte sich, wollte für das Kalifat des IS kämpfen. Auf seinem Weg nach Syrien wurde er in der Türkei gestoppt und wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung 2019 in Österreich verurteilt. Zwei Drittel seiner Haftstraße saß er ab, im Dezember 2019 wurde er vorzeitig entlassen und in ein Deradikalisierungsprogramm aufgenommen.

Es gelang ihm offensichtlich ein perfides Täuschungsmanöver. Sein damaliger Strafverteidiger gab am Tag nach dem Anschlag zu Protokoll, er hätte dem Jungen aus „ganz normalem Haus“ dies nie zugestanden. Er habe wohl das Pech gehabt, zum falschen Zeitpunkt an falsche Freunde geraten zu sein: „Wäre er statt in die Moschee zum Boxen gegangen, wäre er Boxer geworden.“

Stattdessen fuhr er im Sommer in die Slowakei, um Waffen zu kaufen, scheiterte aber an einer fehlenden Berechtigung. Die slowakischen Behörden informierten die österreichische Polizei. Im Innenministe-

rium in Wien wurde die Warnung nicht wahrgenommen, wie Minister Karl Nehammer am Mittwoch einräumte. Woher der Attentäter seine Waffen und die Munition bezog, wie er zum Tatort kam und ob er Helfer hatte, warum seine weitere Radikalisierung unerkannt blieb – Verfassungsschutz und Innenministerium haben noch viele Fragen zu klären.

Indessen feiert das traumatisierte Wien seine Helden. Die Straßenbahnfahrer, die außerhalb der Stationen hielten, um Menschen aus der Gefahrenzone zu bringen. Wirtsleute und Anlieger, die Fremde in ihren Häusern schützten. Taxifahrer, die unentgeltlich Fahrdienste übernahmen. Und drei junge Männer mit besonderen Geschichten: Zwei

türkischstämmige Kickboxer retteten eine alte Frau und einen verletzten Polizisten unter Gefährdung ihres eigenen Lebens. Am gleichen Abend wird noch bekannt, dass von den beiden eine Aufnahme existiert, auf der sie den verbotenen Gruß der radikalen „Grauen Wölfe“ zeigten.

Gefeiert und mittlerweile von der Polizei ausgezeichnet wurde auch ein junger Palästinenser, der einen schwerverletzten Polizisten Erste Hilfe geleistet hatte. Er stammt aus einer anerkannten Flüchtlingsfamilie, die im Vorjahr ein Haus in einem niederösterreichischen Dorf kaufen wollte und von der Gemeinde vergrault wurde: Muslime wollte man dort nicht haben.

Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Le procès du détournement on hold

Voilà trois semaines que la seizième chambre du tribunal d'arrondissement se penche sur le détournement opéré en 2011 de 3,5 millions d'euros par Raul Lata alors qu'il accomplissait son dernier jour à la Caixa Geral de Depositos, rue Goethe. L'enquête sur l'argent subtilisé à la riche cliente portugaise prénommée Julietta et à son rocambolesque blanchiment via un aréopage d'intervenants entre la France, la Suisse, le Liechtenstein et l'Asie avait requis deux ans de travail à la police judiciaire, puis des années de procédure. Le confinement avait encore repoussé l'audience en début d'année. Les huit prévenus ont fini par se retrouver au cours du mois d'octobre dans la grande salle d'audience au premier étage du tribunal d'arrondissement. Les avocats devaient en ce début de semaine finir leurs plaidoiries et le substitut du procureur, Guy Breistroff, prononcer son réquisitoire. Mais l'infection d'un avocat au Covid-19 a contraint la chambre à « un Doodle en live », selon les termes de son président Gilles Hermann. Les retrouvailles sont prévues les 8, 9 et 10 décembre. pso

Camille Studer est décédé

La presse nationale rend hommage ce jeudi à l'entrepreneur-chasseur Camille Studer, décédé à l'âge de 85 ans. Camille Studer avait dirigé le premier Cactus ouvert en 1967 par les frères Leesch à Bereldange. Il s'attelait à ce que

faire ses courses chez Cactus soit « une joie », écrivait le *Land* (20.10.1967). En 1969, Camille Studer ouvrait avec Michel Eischen et Jean Schmit, La Provençale, qui passera en dix ans du statut d'épicerie fine de la Grand-Rue à celui de grossiste systémique. En 2012, lors de la remise des clés à la génération suivante (Jos chez les Studer), le paternel explique au *Wort* la genèse du nom de l'enseigne : « La veille de signer l'acte de naissance (sic) chez le notaire (...), j'ai feuilleté un livre de cuisine et je me suis arrêté sur la page des escargots, écrevisses et autres tomates à la provençale... et le nom m'est venu tout naturellement ». Camille Studer est également l'inventeur du Luxemburgerli, macaron qu'il a développé lorsqu'il travaillait chez Namur puis qu'il a exporté à Zürich à la faveur d'un concours chez le confiseur Sprüngli... lequel a ensuite protégé le

nom. Camille Studer a en outre pendant longtemps présidé la Fédération des chasseurs du Luxembourg. pso



Patronat désabusé

« Les gars ont un peu baissé les bras », annonce d'emblée Nicolas Buck. Contacté en début de semaine pour savoir si le patronat qu'il représente via l'UEL se mobilisait pour définir un cadre aux mesures de confinement partiel pressenti pour cette semaine, le président en instance

de départ (prévu pour la fin de l'année) ne masque pas sa lassitude. « C'est presque un non event », dit-il. Tous les outils sont en place (notamment le chômage partiel), la vache à lait du pays (la place financière) tourne... Nicolas Buck n'appréhende pas le couperet le cas échéant, même pas l'éventuelle fermeture des cafés et restaurants. « Ce sera même mieux pour la productivité, car on ne picolera pas à la pause déjeuner », balance-t-il résolument provoc'. Les seules lignes rouges à ne pas franchir seraient la fermeture des frontières (elle ne viendrait a priori pas du gouvernement luxembourgeois) et celle des écoles. Le recours massif au congé extraordinaire mettrait trop l'économie à mal, comprend-on. Dans sa réflexion entre « un bon ou un mauvais confinement », le président de l'UE ajoute, désabusé, qu'il faudrait éventuellement revoir les

mécanismes de remplacement des revenus. pso

C'est du propre

« Décomplexé (adjectif). Se dit d'une personne dont l'attitude est sans complexes ; libéré, émancipé », enseigne le *Larousse*. « Aujourd'hui les banques jouent un rôle très utile pour aider à combattre le blanchiment d'argent, identifier les flux suspects et aider à la perception des impôts », explique dans un entretien à *Paperjam*, Pierre Ahlborn, patron de Banque de Luxembourg, institution financière qui fête son centenaire. Et pour celui qui célèbre vingt ans à la tête de l'établissement, « en toute logique », les banques aident dorénavant « les États à mieux fonctionner » et les réformes en matière de transparence bénéficient « à la réputation de notre centre financier ». Au milieu de cette « conversation »

dans laquelle sont évoqués les liens étroits entretenus avec les clientèles belge et allemande, trône une pleine page de publicité pour « La Blanchisserie », un programme immobilier en développement sur le site de la Wäscherei Völker-Schumann au Pfaffenthal. pso

Carrefour capital

« Im Dienste der Superreichen », titre le *Wort* mardi dans ses pages *Wirtschaft & Finanzen*. Le quotidien dont la maison d'édition Saint-Paul vient de licencier vingt pour cent de son personnel (voir plus bas) relate ainsi la propension des banques privées luxembourgeoise à de plus en plus attirer les personnes ultra-fortunées, principalement européennes, selon une tendance mise en exergue par le traditionnel *Private Banking Survey* publié lundi. En 2019, 58 pour cent des 466 milliards

d'euros d'actifs détenus par les banques locales appartiennent à des fortunes supérieures à vingt millions d'euros. La proportion se situait à 54 pour cent en 2015, 56 en 2018. Ironie du sort, Thomas Leysen, le nouveau bénéficiaire effectif du groupe Saint-Paul (depuis avril), et sa famille détiennent un capital supérieur à cinquante millions d'euros selon le classement *de rijkste Belgen*. Thomas Leysen, président de Mediahuis, est un ancien dirigeant de banque (KBC), collectionneur d'art et armateur selon le registre de commerce du Grand-Duché. Il a siégé en tant que tel des années 1990 à 2002 au conseil d'une filiale luxembourgeoise, Ulran, de la holding Cobehold qui loge les investissements de la dynastie de Spoelberch (famille milliardaire actionnaire historique de la brasserie AB Inbev). Parmi les placements figurent une douzaine de pour-cent de la banque Degroof-Petercam dont la filiale luxembourgeoise est présidée par Frank Wagener. L'ancien président de la Bil siège toujours (malgré l'acquisition par Mediahuis) au board de Saint-Paul, en compagnie de François Pauly, lui aussi ancien président (et CEO) de la Bil... et toujours administrateur de Cobehold dont l'actif s'élève au montant lunaire de 1,8 milliard d'euros. pso

10

W I R T S C H A F T

Le facteur sonne toujours deux fois

C'est dans l'angoisse que, vendredi dernier, les 330 salariés de Saint-Paul ont attendu le passage du facteur. La veille, la direction générale de la maison d'édition (*Wort*, *Télécran*, *Contacto*, *Luxembourg Times*) avait annoncé que 71 lettres de licenciements venaient d'être envoyées par recommandé, sans pour autant dévoiler les noms des destinataires. Le couperet a fini par tomber sur une vingtaine de journalistes, sur l'ensemble de l'équipe de la correction ainsi que sur des photographes, secrétaires, imprimeurs et informaticiens... Pour justifier ces licenciements, la direction évoque le cas de force majeure pandémique, qui aurait entraîné une chute des recettes publicitaires. C'est la troisième fois sur les dix dernières années que Saint-Paul lance un programme de restructuration. La nouvelle

saignée intervient cinq mois après le rachat du groupe Saint-Paul par le groupe de médias flamand Mediahuis (propriétaire du *Standaard* belge, du *Telegraaf* néerlandais ou encore de l'*Irish Independent*). La reprise avait été accompagnée par la promesse formelle qu'il n'y aurait pas de plans de licenciements. Elle avait été faite par l'ancien et par le nouvel actionnaire ainsi que par la direction, qui est restée inchangée, jusqu'ici du moins. Interrogé par le *Tageblatt*, le directeur général de Saint-Paul, Paul Peckels, affirmait samedi que « cette restructuration, nous aurions également dû la faire avec un autre actionnaire ». Face à ce massacre social, aucune action collective ; ni grève, ni page blanche dans le journal. (Seulement un piquet symbolique devant l'entrée des rédactions à Gasperich, début octobre ; photo : sb.) Chez les journalistes, travaillant depuis neuf mois depuis leur maison, c'est la peur de figurer sur la liste

qui prévalait. Déjà par temps normaux, Saint-Paul est un agglomérat de différents fiefs, selon les ressorts, supports et inimitiés. Le télétravail a fini par totalement atomiser les salariés. Chacun des licenciés négocie aujourd'hui individuellement, après l'échec des négociations d'un plan social mardi dernier. Guy Pelletier, le délégué du personnel (affilié LCGB), en donne la faute à la direction qui, au départ, aurait offert « quinze fois moins » que lors du dernier plan social, pour finir avec une dernière offre toujours très largement en-dessous des attentes syndicales. Une offre que la délégation du personnel et la secrétaire centrale du LCGB auraient unanimement refusée, dit Pelletier. (Selon les comptes rectificatifs publiés la semaine dernière, Saint-Paul a provisionné cinq millions d'euros pour la « restructuration ».) Le silence de la hiérarchie (la direction générale ainsi que le triumvirat qui compose la

rédaction en chef depuis le départ de Jean-Lou Siweck) a laissé de nombreuses questions sans réponse. À commencer par : Qui a concocté la liste des licenciés et selon quels critères ? Il est difficile d'y déceler une logique inhérente. (Face au *Land*, Paul Peckels avait déclaré la semaine dernière qu'il y aurait « une logique, mais elle n'est pas publique ».) La liste garde donc un amer arrière-goût d'arbitraire : On y trouve des jeunes et des anciens, une demi-douzaine de correcteurs et deux chefs de ressort, des journalistes du *Wort*, du *Contacto* et de *wort.fr*. Le seul ressort qui s'en sort indemne est celui de la politique nationale et internationale, dirigée par l'un des deux rédacteurs en chef adjoints. La liste semble résulter d'une rencontre entre objectifs financiers, définis à Anvers, et les *office politics* des managers locaux à Gasperich : Externaliser tous les postes qui peuvent être externalisés, virer des journalistes trop coûteux car évoluant sous

l'ancienne convention collective ; punir les employés qui n'ont pas affiché suffisamment d'enthousiasme pour le tournant digital ; achever la purge amorcée depuis la *Reconquista* lancée par Luc Frieden... À l'heure des hystéries sectaires alimentées par Facebook, Youtube et Twitter, la saignée d'une institution de 170 ans constitue une mauvaise nouvelle. La couverture assurée par le *Wort* sera plus lacunaire. (Le *Wort* est ainsi le seul journal à couvrir les conseils communaux de quasiment toutes les communes, c'est-à-dire le niveau où sont prises les décisions urbanistiques et immobilières.) « Hausse des prix d'abonnement, réduction des pages », Pelletier s'attend à ce que Mediahuis suive la même stratégie que pour ses autres titres : « Le print disparaîtra plus rapidement qu'on n'aurait pu le penser », dit-il. De nombreux journalistes avaient vu d'un bon œil le rachat par Mediahuis, pensant que le groupe de médias

flamand allait débloquer les structures sclérosées et ouvrir de nouvelles perspectives. L'illusion aura été de courte durée. Le nouvel actionnaire n'a pas attendu longtemps avant d'imposer sa ligne : maximiser le rendement en concentrant les ressources, ou ce qui en reste, sur le digital. bt

De Luxguard à Knauf

Après le refroidissement du four de verre de Luxguard à Dudelange, on craignait la casse sociale. Elle a largement pu être évitée. La direction avait initialement évoqué 201 licenciements sur un effectif total de 453 salariés (*d'Land* du 28 août) ; elle n'en évoque plus que 44 actuellement. Alors que s'est-il passé ? La

multinationale américaine du verre plat a d'abord révisé à 150 le nombre de licenciés. 79 ouvriers, surtout les plus jeunes, ont accepté le package et sont partis volontairement. Selon Vincent Colin, le président de la délégation du personnel chez Luxguard, tous auraient entretemps retrouvé un emploi dans l'industrie, soit au Luxembourg (Colin cite Cebi et Goodyear) soit en Lorraine (notamment chez Knauf, le producteur de laine de roche). Ce qui semble prouver la résilience de l'industrie locale, et l'efficacité des aides étatiques au réemploi. 54 ouvriers ont eu droit à la préretraite, une petite douzaine ont été reclassés en interne. Restent 44 salariés qui n'ont ni opté pour un départ volontaire ni bénéficié d'un plan de maintien dans l'emploi. Ce sont surtout des ouvriers avec peu d'ancienneté dans la boîte. Les négociations sur le plan social ont capoté ce mardi, et l'Office national de conciliation a été saisi. En parallèle la question du renouvellement du dernier four de fusion opéré par Luxguard à Bascharage reste entière. Étant donné son usure, il faudra le reconstruire d'ici fin 2021. Sachant qu'un tel four a la taille d'une piscine olympique, cela représente un investissement d'une centaine de millions d'euros. bt



Land

06.11.2020

Ticker



Le gratin russophile se rencontre tous les ans au bal russe, ici en janvier 2020

Le banquier, la baronne et les oligarques

Pierre Sorlut

Les clients qui se retournent contre Edmond de Rothschild rappellent le tropisme russophile de la banque privée

Or noir « Je n'ai pas détourné d'argent. Jamais de ma vie », proteste l'ancien banquier Carlo Thewes, 59 ans, ce mercredi au téléphone. Le Luxembourgeois rappelle depuis Moscou pour se défendre des accusations dont il est l'objet dans la presse internationale. *Bloomberg*, le *Financial Times* ou encore *Le Temps* (en Suisse) relaient la plainte déposée le 14 octobre aux États-Unis par l'ancien patron de Rosneft, Sergey Bogdanchikov, 63 ans. L'homme d'affaires qui s'est enrichi lors de la privatisation du deuxième producteur de pétrole russe se retourne contre son ancienne banque, Edmond de Rothschild Europe, filiale luxembourgeoise de l'institution genevoise dédiée aux personnes fortunées. Une sous-partie de la plainte tournée principalement contre des intermédiaires résidant aux États-Unis vise indirectement « Thewes, The Baroness and Mossack-Fonseca » comme *non party co-conspirators*.

Depuis deux semaines et la parution des articles, Carlo Thewes se terre. Il a fallu se rendre à son domicile de Junglinster et parler à son épouse pour reprendre contact. Devant le pavillon familial, cossu mais pas trop, stationne une Porsche Cayenne noire. Le modèle date. La voiture attend depuis deux ans des réparations sur son côté droit... stigmates d'une marginalisation sociale commencée en 2016. Cette année-là débute manifestement sous les meilleurs auspices. Carlo Thewes assiste au bal russe annuel en compagnie de sa femme. La banque Edmond de Rothschild sponsorise l'événement organisé au Cercle Cité. Outre les ministres socialistes de l'Économie Jeannot Krecké puis Etienne Schneider (Franz Fayot n'a pas encore eu l'occasion de se positionner par rapport à cette tradition), participent généralement à ce gala caritatif un brin kitsch quelques huiles du business local et la nomenklatura russe ayant des intérêts au Luxembourg, ou tout le moins ses dames.

Après avoir travaillé pendant treize ans à la Société générale, Carlo Thewes a rejoint, en 1999, la banque privée Edmond de Rothschild à Luxembourg. Il a très vite fait de la Russie son pré carré. Les frères Rotenberg, Boris et Arkady, des copains de judo et hommes de confiance de Vladimir Poutine, ont placé leurs sous dans la prestigieuse banque du Limpertsberg auprès de Carlo Thewes. Les avoirs d'Arkady

La prise en charge du trio fondateur de l'Empire Rosneft après la crise économique russe donne au banquier Thewes un maximum de crédit

ont d'ailleurs incidemment fait l'objet d'un gel dans le cadre des sanctions consécutives à l'invasion de la Crimée par la Russie en 2014. L'homme d'affaires et judoka l'a contesté devant la Cour de justice de l'Union européenne, mais il n'a pas obtenu gain de cause.

P.E.P. *Onboarding* du trio fondateur de l'empire Rosneft après la crise économique russe de 1998 a donné du crédit à Carlo Thewes. Symboliquement dans l'établissement, mais pas seulement. Le précité Sergey Bogdanchikov, Nikolay Kaplun et Anatoly Loktionov deviennent, à partir de 2001, les principaux clients du banquier selon ses dires. Les trois hommes servent fidèlement Vladimir Poutine et sont à considérer dans le monde bancaire comme des PEP (*politically exposed persons*), des clients qu'il faut surveiller de près à différents niveaux de gouvernance. L'ingénieur Sergey Bogdanchikov a grimpé les échelons chez Rosneft jusqu'à la direction en 1998 alors que le pétrolier est au plus mal. Le Russe en acquiert des titres, redresse la barre puis revend occasionnellement ses actions avec des plus values impressionnantes, ce jusqu'à son départ en 2010.

Selon le banquier luxembourgeois, rencontré à deux reprises en 2018 et 2019, les Russes (en général) ont pris l'habitude dans les années 90 de mettre leur « argent noir » en Europe « dans un trust discrétionnaire et irrévocable pour que leurs avoirs restent à l'abri ». Puis les mises au ban plus ou moins arbitraires telle que celle subie en 2003 par Mikhail Khodorkovski, ancien P.D.G. de Ioukos (un autre géant du pétrole russe), ont incité ceux qui s'étaient enrichi à la faveur des privatisations à protéger tout ou partie de leurs sous dans des États de droit dignes de cette qualification, dans des fondations ou, localement, des Holdings 29 (qui deviendront des SPF). Mais entre enjeux géopolitiques et règles nationales discordantes, se positionner sur le marché russe en tant que banque étrangère relève de l'équilibrisme. Il était interdit de « prévoir les voyages et de rédiger les comptes rendus », explique Carlo Thewes. Et il fallait redoubler d'astuce pour promouvoir la banque... comme cette fois en mars 2013 où l'ambassade luxembourgeoise, alors dirigée par l'ancien collègue de Thewes à la SocGen, Pierre Ferring, a accueilli un événement co-organisé avec Allen & Overy (qui a un bureau à Moscou) pour expliquer la nouvelle directive sur les fonds alternatifs et surtout l'intérêt du Grand-Duché dans ce contexte. Une dégustation de fromages et de vin du groupe Edmond de Rothschild permettait ensuite d'échanger des cartes de visite dans un cadre plus amical.

Dans la plainte déposée au tribunal de New York par Fortinvest, SPF (société de patrimoine familial) luxembourgeoise qui rassemble les actifs de Sergey Bogdanchikov, l'entrepreneur du pétrole estime avoir, entre 2001 et 2016, perdu 81 millions de dollars dans des investissements frauduleux, en sus des douze millions de commissions payés à la banque, sur 155 millions déposés. C'est plus de la moitié des fonds qui a été perdue. Pour se donner un ordre d'idée du manque à gagner, l'indice de référence MSCI World a progressé de 75 pour cent en valeur sur la même période. Selon « Dr Bogdanchikov », comme il se fait appeler dans la plainte, la banque « a conspiré avec des courtiers peu scrupuleux et des sociétés d'investissement pour installer un système de rétrocommissions ». Les administrateurs de la société Fortinvest, des cadres de l'établissement, auraient placé l'argent, sans l'accord

du bénéficiaire économique, dans une chaîne de fonds pourris sur lesquels se rémunéreraient une poignée d'individus, non sans offrir des *kick backs* au banquier, selon l'accusation. Un email annexé à la plainte relate un échange attribué à Carlo Thewes avec l'une de ses contreparties américaines avant un voyage. « Hello, we travel with Marc and will have a driver. Pls credit my Q4 comm to my AB Card. I sent an email to M (identifié comme un autre patenaire dans la chaîne, ndlr). He owes comm to you. You have to pay me. The retention of M to pay is your concern. »

Edmond de Rothschild agissait en tant que fiduciaire. Le responsable de l'activité, Reinald Loutsch, figurait d'ailleurs au *board* de Fortinvest, une société mise à disposition par l'établissement. Contacté par téléphone, Alexey Bogdanchikov raconte une réunion en les bureaux de la banque au Limpertsberg où son père Sergey (diminué à la suite d'une opération au cerveau et pas anglophone) consulte des relevés de transactions qu'il jugera a posteriori falsifiés à côté de l'administrateur de Fortinvest Reinald Loutsch. « Dr Bogdanchikov » reproche aujourd'hui aux banquiers en charge de Fortinvest d'avoir maintenu une double comptabilité et d'avoir présenté des faux relevés... ce qu'il ne découvrira, dit-il, qu'en 2016.

40 kg d'or Dans sa plainte, l'homme d'affaires russe explique que Carlo Thewes a été placé par la banque comme conseiller financier, qu'il était très qualifié et qu'il bénéficiait à ce titre de la confiance de la baronne Ariane de Rothschild elle-même. Celle-ci présidait le conseil d'administration de l'établissement (pendant un temps à Luxembourg avant que le scandale 1MDB n'éclate). Elle aurait même invité le prestigieux client en son château de Genève. L'oligarque (dans le sens où Sergey Bogdanchikov dominait alors l'industrie pétrolière, mais lui et ses camarades sont en réalité très discrets) dénonce par ailleurs la cession de part de Fortinvest à des panaméennes montées et gérées par Mossack Fonseca, le sulfureux cabinet mis en lumière dans les Panama Papers et qui tenait un bureau en plein centre de la capitale. Les administrateurs de Fortinvest auraient ainsi agi, lit-on dans la plainte américaine, pour permettre des transactions sans l'aval du bénéficiaire économique. Un ancien de la banque relativise. « Des structures comme Fortinvest, Edmond de Rothschild devait en avoir deux ou trois cent à l'époque », nous dit-il sous couvert d'anonymat. « Et les gens de la banque nommés administrateurs, c'était tout juste s'ils le savaient », témoigne-t-il encore. En ce qui concerne Hansen Invest Limited, la panaméenne actionnaire de Fortinvest, il s'agissait d'une technique pour présenter un actionnaire à l'assemblée sans avoir à divulguer l'identité du bénéficiaire économique.

En 2016, Sergey Bogdanchikov s'offusque de la défiance manifestée par l'établissement lors d'un retrait refusé et découvre, dit-il, le pot-aux-roses en reprenant la main sur la structure Fortinvest, à la faveur d'un transfert en octobre de la société auprès de la fiduciaire Sofinex, boulevard de la Pétrusse. Carlo Thewes est lui viré pour des raisons qu'il considère illégitimes. « Si vous faites ce métier pendant vingt ans, on trouve toujours quelque chose à la con », nous explique-t-il. Sergey Bogdanchikov lui signifie en tout cas sa désapprobation en débarquant au domicile du banquier. « Carlo Thewes lui avait dit se trouver à l'étranger, mais mon père ne l'a pas cru. Il a pris un taxi et l'a trouvé larmoyant sur son canapé blanc », raconte le fils Alexey qui ajoute qu'aucune menace n'a été proférée. Une bataille judiciaire commence en février 2017 consécutivement au refus de l'établissement de libérer les avoirs restants pour les transférer à la Bil. On parle de quarante millions d'euros de cash, de quarante kilos de lingots d'or et de titres dans des fonds dont la famille Bogdanchikov doute de la probité. Edmond de Rothschild refuse le transfert au prétexte que Sergey Bogdanchikov est un « ami proche du président de la Fédération de Russie » et que deux versements intervenus en 2001 et 2007 pour une valeur cumulée de plus de 70 millions de dollars requièrent des clarifications sur leur origine. Par un jugement du tribunal commercial de 2019, la justice reconnaît, par la non-nécessité d'enquête, la probité des fonds et condamne Edmond de Rothschild à transférer les avoirs.

Sandwich luxu-luxembourgeois Entretemps et après avoir remis les comptes de Fortinvest à jour, Sergey Bogdanchikov a assigné (en avril 2017 au pénal et en octobre au civil) la banque, ses administrateurs de Fortinvest et Carlo Thewes. Il a fait de même en Suisse où une grande partie de son argent a transité dans des fonds de Monsieur B. (le nom est connu de la rédaction), que les Bogdanchikov soupçonnent de complicité dans le détournement. L'intéressé, un Luxembourgeois proche de Carlo Thewes, dirige un *family office* à Zug et une société d'investissement à Strassen. Les Bogdanchikov estiment que 42 millions de dollars ont disparu par ce canal qui passe notamment par une société basée aux Antilles britanniques, Finadvice, dont le seul administrateur est monsieur B. et l'actionnaire Carlo Thewes.

Philip, le fils de l'ancien cadre de Rosneft Nikolay Kaplun s'est retourné contre la banque privée pour les mêmes raisons dès juin 2017. Il estime à « plusieurs millions d'euros » les pertes occasionnées par les investissements dans les produits financiers de Monsieur B. Philip Kaplun et Alexey Bogdanchikov se plaignent de la « lenteur » de la justice luxembourgeoise. Les deux hommes ont d'ailleurs récemment échangé des informations sur leurs cas respectifs. La plainte américaine, espèrent-ils, pourrait accélérer les choses. La publicité faite à la place financière aussi. « Luxembourg seems (...) a splendid place to be a bank. It's just a hellish place to be an aggrieved client of one », conclut l'*Air Mail* dans son article consacré à cette affaire. De son côté, la banque dégage la communication d'usage : « Le groupe Edmond de Rothschild ne fait pas de commentaire et confirme que le respect des exigences légales et réglementaires figure au premier rang de ses priorités et de celles de l'ensemble de ses collaborateurs ». Monsieur B. n'a pas encore donné suite. ●

Investissements vert pâle

Georges Canto

Une étude du FMI sème le doute sur le verdissement des entreprises en temps de crise

Depuis plusieurs années les entreprises de toutes tailles, et spécialement les sociétés cotées, se sont massivement converties à l'investissement vert, même si certains secteurs sont à la traîne. Mais plusieurs études réalisées avant 2020 montrent que leur engagement est très dépendant de leur situation financière. La crise sanitaire ne va rien arranger. C'est ce que prouverait un document publié par le FMI le 26 octobre, intitulé *Le bilan environnemental des entreprises en temps de crise*. Il est tiré d'une étude plus vaste incluse dans le *Global Financial Stability Report* d'octobre 2020. Les auteurs, Pierre Guérin, Fabio Natalucci et Felix Suntheim, ont étudié un vaste échantillon international d'entreprises au cours de la période 2002-2019 : leur analyse révèle que le bilan environnemental des entreprises en difficultés financières est nettement plus faible que celui des entreprises plus prospères. Celles qui ne sont pas cotées en bourse ou dont les résultats ne permettent pas de verser des dividendes (qui sont aussi les plus petites) ont une note de bilan environnemental (selon la méthodologie du cabinet américain Refinitiv) inférieure de dix à trente pour cent à celle des grandes entreprises cotées et en bonne santé.

On peut donc craindre qu'une crise ayant de fortes répercussions économiques et financières et qui fragiliserait les entreprises pourrait les dissuader de réaliser des investissements verts. Or c'est le cas du choc lié à la pandémie de COVID-19, avec une chute du PIB mondial évaluée à 4,4 pour cent en 2020 (estimation du FMI mi-octobre) mais bien plus marquée dans certains pays d'Europe : une situation inédite depuis plusieurs décennies. Certes, selon le rapport, aucune baisse du financement vert n'a été constatée jusqu'à présent. Après une chute au printemps, les émissions de *green bonds* ont repris, leur part dans le total des obligations d'entreprise revenant aux niveaux de 2019. Quant aux crédits, ceux accordés aux entreprises ayant un score supérieur à la médiane de la performance environnementale ont augmenté par rapport à ceux des firmes moins bien notées. Et plusieurs professionnels fournissant des conseils dans le domaine ESG n'ont pas enregistré de baisse de leur activité jusqu'en septembre.

Le bilan environnemental des entreprises en difficultés financières est nettement plus faible que celui des entreprises plus prospères

Une attitude de défiance par rapport à l'investissement pour l'environnement ?



Mais une remontée soudaine, à l'échelle mondiale, des tensions et des incertitudes, à un niveau comparable à celui du premier semestre 2020 (en prenant comme base l'indice VIX, également appelé indice de la peur) pourrait cette fois entraîner une forte détérioration des bilans environnementaux des entreprises, avec le risque d'aneantir les progrès accomplis au cours de la dernière décennie et même depuis longtemps. L'étude a en effet montré qu'il faudrait attendre trois ans pour que, en cas de choc économique restreignant les investissements verts, les bilans environnementaux retrouvent leurs niveaux antérieurs. Elle note même qu'en l'absence de mesures d'incitations et de changements de comportements, la performance environnementale moyenne des entreprises reviendrait aux niveaux observés pour la dernière fois en 2006 ! Ces calculs font l'effet d'une douche glacée. Comme la pandémie a sensibilisé les populations aux risques environnementaux et que, dans un premier temps, les confinements du printemps s'étaient traduits par une chute de la pollution, on a pu croire que la crise était « une opportunité d'accélérer la transition vers une économie sobre en carbone en induisant des changements structurels dans les préférences des consommateurs et des investisseurs ». Sous leur pression, les entreprises prendraient alors conscience de la nécessité de « verdier » davantage et plus rapidement leurs activités.

Il semblerait au contraire que, fragilisées financièrement et en proie à une incertitude économique accrue, elles soient plutôt amenées, si la situation perdure, à réduire leurs investissements dans des projets verts à long terme et à forte intensité de capital. Comme le note l'économiste français Jacques Delpla, directeur du *think tank* Asterion, « d'un point de vue économique, il faut se figurer le confinement comme une crise cardiaque. Il y a d'abord une urgence vitale à

régler avant de pouvoir mettre en place d'autres mesures. Quand un industriel doit relancer toute une production, il n'a pas forcément le temps ni les moyens de penser à la transition écologique. » Mais il y a autre chose. Quand elles connaissent des problèmes financiers, liés

à leur situation propre ou à la conjoncture générale, les entreprises ont tendance à tailler dans certaines dépenses comme la formation, les déplacements ou la publicité. Une manière d'avouer qu'elles n'en perçoivent pas bien l'utilité ou le caractère stratégique. Cela semble être le cas avec les investissements liés à leur « verdissement ». La conversion rapide de certaines sociétés à l'ESG manque de sincérité. Elles voient dans l'orientation écologique et sociale une obligation qui leur serait imposée par l'environnement, les pouvoirs publics, les médias et des investisseurs eux-mêmes soumis aux effets de la mode et du politiquement correct.

Dans ces conditions les sommes qui devaient leur être consacrées « passent à la trappe », au moins temporairement, quand le vent tourne. Il faut dire que l'exemple vient d'en haut. À l'heure où l'enjeu est de sauver l'économie, les préoccupations vertes passent au deuxième rang, voire sont reléguées encore plus loin dans l'ordre des priorités des pouvoirs publics. Dans plusieurs grands pays d'Europe ils ont aidé massivement le secteur du transport aérien et celui de l'automobile sans contrepartie écologique. L'impression générale est donc que du côté des entreprises comme de celui des pouvoirs publics les bonnes intentions vertes cèdent devant les nécessités économiques du moment. Une aggravation de la crise liée à un rebond de la pandémie en fin d'année risque de les enfouir encore plus profondément sous le boisseau en attendant un retour à meilleure fortune, qui risque d'être long et de casser l'élan enregistré depuis une décennie. Pour le FMI, seules des incitations financières, restant à définir, pourront convaincre les entreprises de poursuivre leurs « efforts climatiques » malgré la détérioration, que l'on espère temporaire, de leurs résultats pour cause de crise sanitaire. ●

Pétrole et environnement

Le prix du baril de pétrole (Brent) est passé de 68 dollars début janvier à moins de vingt dollars fin avril. À environ 37 dollars aujourd'hui, il est encore inférieur de 46 pour cent à son niveau du début 2020. Selon le FMI, l'effet d'une telle baisse sur la performance environnementale (PE) est ambigu. D'une part, elle peut assouplir les contraintes financières des entreprises et réduire les incitations à s'éloigner des combustibles fossiles, en freinant le développement des sources d'énergie propres. D'un autre côté les faibles prix

pourraient profiter à la transition énergétique en affectant la rentabilité du secteur pétrolier, en conduisant à une baisse de production et à une diminution des investissements dans le secteur des énergies fossiles.

En fait, l'effet d'un choc pétrolier à la baisse dépend surtout de sa cause. S'il est dû à une forte baisse de la demande, elle-même liée à un ralentissement économique, il pourrait être associé à un recul de la PE car les investissements dans les sources d'énergie seront retardés par les difficultés financières

des entreprises. À l'inverse, une baisse du prix du pétrole en raison d'un choc d'offre sur l'approvisionnement en pétrole pourrait provoquer une augmentation de l'activité économique mondiale, alléger les contraintes financières des entreprises et leur permettre ainsi d'améliorer leur PE. Comme la chute des prix du pétrole induite par la crise sanitaire est en grande partie due à la contraction de la demande, « la performance environnementale des entreprises est donc susceptible de souffrir », conclut le FMI. ● gc

CHRONIQUES DE LA COUR

Incompréhension à l'Est

Dominique Seytre

Hécatombe dans les pays de l'Est. Entre la Slovaquie, la Lettonie et la Slovaquie, et en quelques années, une demi-douzaine de candidats a été refusée pour un poste de juge à la Cour de justice européenne. Les derniers recalés sont une Lettone et un Slovène. Certains peuvent se demander s'il n'y aurait pas une fatalité qui frappe les pays ex-communistes qui ont adhéré à l'Union Européenne à partir de 2004. Le site de la Cour constitutionnelle lettone présente la juge Daiga Rezevska, née en 1977, professeure de droit et « auteure de nombreuses publications ». Cela n'a pas suffi pour convaincre les membres du comité 255, ce panel européen chargé par le traité UE d'évaluer les compétences des candidats. La réaction du gouvernement lettone est significative. D'abord le silence du Ministère de la justice contacté à Riga pour confirmation. Puis l'explication de la représentation diplomatique lettone auprès de l'UE à Bruxelles pour expliquer l'absence de réponse gouvernementale. « Vous pouvez imaginer que l'affaire comporte en elle-même un degré élevé de sensibilité et d'impact, non seulement globalement, mais pour chacun de nos candidats, entraînant des conséquences dans leur carrière. »

Admettre qu'un refus européen peut nuire à la carrière d'un juriste ou lui porter préjudice est un argument connu. Le comité 255 et le Conseil de l'UE, qui lui sert de secrétariat, l'ont invoqué eux-mêmes pour ne pas rendre public leurs avis. L'argument a été combattu par une ONG spécialisée dans la transparence et une clinique du droit : connaître le contenu des avis permettrait aussi de comprendre comment certains candidats ont pu franchir la barre et devenir juge, des personnages publics dont le citoyen européen est en droit de connaître publiquement les qualités. Le grand degré de sensibilité invoqué pour refuser tout commentaire est aussi familial. Certains pays en font une affaire d'honneur, d'autres, plus fatalistes, prennent note et cherchent un autre postulant. Aucun n'a pour l'instant contesté les avis du comité qui pourtant ne sont pas contraignants.

Cette opacité dont fait preuve la Lettonie tranche avec la transparence de la Slovaquie, dont la procédure de sélection des candidats a pour point d'orgue le passage au Parlement slovène devant lequel ils doivent obtenir un certain nombre de voix. Un professeur associé de la Faculté de droit

de Ljubljana, Klemen Podobnik, avait passé le cap parlementaire mais le comité 255 n'en a pas voulu. La Slovaquie est actuellement dans la position inconfortable de devoir trouver trois juges. Un pour le Tribunal européen qui se voit doté depuis 2016 de deux juges par pays. Le second pour ce même tribunal, en remplacement d'un juge en place qui a explosé en vol après les révélations publiques de sa référendaire et maîtresse sur ses violences présumées. Le troisième sera pour la Cour de Justice. Marko Ilesic, arrivé en 2004, grand amateur de football, juge à la cour d'appel de la Fifa et de l'UEFA en son temps, racroche. Interrogés, des juristes des pays de l'Est présentent quelques pistes de réflexion sur les raisons pour lesquelles le recrutement serait plus difficile chez eux. D'abord, certains pays ont mis sur pied une procédure de sélection transparente, ce qui les « désavantage » par rapport aux vieux pays de l'UE qui n'en ont aucune. L'exigence de connaître le français, langue de travail de la Cour peut aussi constituer un obstacle. Pour des raisons linguistiques évidentes, les Roumains seraient moins handicapés. D'autres pays, comme la Pologne, peuvent avoir des affinités culturelles

La Roumanie et la Pologne comptent sur cette effervescence militaire américaine pour apaiser leur peur de la Russie

ou historiques avec la langue française. Mais les pays baltes, autre exemple, « sont très loin de la sphère de la francophonie », explique l'un deux.

Une autre raison invoquée est la tradition juridique. Un quadragénaire estime que sa génération est la première à avoir vraiment étudié le droit européen en tant que droit autonome. La génération d'avant s'est certes formée au droit l'Union, mais elle ne peut se détacher « de certaines normes gravées dans la pierre » et garde ses distances. Enfin, il y a la taille du pays. C'est du bon sens. Un petit pays a moins de personnel qualifié. Toutes zones géographiques confondues, le Luxembourg peut toutefois servir de contre-exemple, même s'il a été servi par une série de circonstances particulières. Marc Jaeger, juge, président du Tribunal européen puis juge à nouveau, est stable depuis 1996. Dean Spielmann, président de la Cour des Droits de l'Homme à Strasbourg, était disponible lorsqu'il s'est agi de trouver un second juge au Tribunal à la suite de la réforme de 2016. Pour la Cour de justice et après le passage de Romain Schintgen (1996-2008), le gouvernement luxembourgeois a eu recours à son personnel politique. Un Maréchal de la Cour, Jean-Jacques Kasel (2008-2013) et un ministre de la Justice, François Biltgen (2013- ?) qui voulait « une belle conclusion à (sa) carrière ». ●

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Auf ORF läuft *Vienna Blood*

Michèle Thoma

Über Romy Schneiders Österreich-Horror reden wir gerade, meine Tochter und ich. Da platzt ein Anruf rein, ein alter Freund. Bei mir ums Eck wird geschossen! sagt er. Es ist Krieg, ich hab's gesagt, wir kriegen Krieg, jetzt ist er da! Die leichte Genugtuung ist unüberhörbar. Ein Anschlag, sagt er. Terror? Ich glaube es nicht, zu sehr ist er in letzter Zeit abgedriftet in krude Verschwörungsfantasien. Meine Tochter, schon online, nickt.

Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen läuft ein Kitschfilm, *Vienna Blood*. Wir schalten auf den Boulevardsender Ö24. Seitenstettengasse, hören wir, Stadt-synagoge. Schießereien in Lokalen und Terrassen. Mehrere Täter. Ein Video läuft, auf dem Menschen um ihr Leben rennen. Alles ist voll im Gange, Polizei und Rettung im Einsatz, der oder die Täter flüchtig. Ein Video wird hochgeladen, in dem man präzise sieht, wie ein junger Mann erschossen wird. Meine Tochter weint. Auf ORF zeigen sie *Vienna Blood*.

Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde beruhigt, der Stadttempel sei montags geschlossen. Meine jüngste Tochter ruft an, der Terrorist, den wir im Fernsehen sehen, sei so ungeschickt, wie ein verwirrter Junge.

Das Zentrum des Geschehens ist das so genannte Bermuda-Dreieck. Legendäres Ausgehviertel mit Kult-Lokalen, wo die Wiener Kids sich ihre ersten Rausche holen, aber auch die Reiferen sich gepflegt besaufen. Uraltes Wien, einst jüdisches Textilviertel, und mit der ältesten katholischen Kirche. An diesem Abend ist dort alles voll. Nach langen kalten Regentagen ist es mild, am nächsten Tag soll der Lockdown in Kraft treten, und ab acht Uhr heißt es wieder Home sweet home. Noch einmal raus, noch einmal unterwegs mit Freund_innen!

Der ORF wacht endlich auf. Er meldet einen Toten. Der Boulevardsender gleich mehrere. In der Innenstadt gebe es eine Triage der Verletzten. Triage, das Wort kennen wir.

Ein Täter sei tot, wie viele flüchtig seien weiß niemand. Es wird davor gewarnt, ans Fenster zu gehen. Wie ich die Tagesthemen auf ARD einschalte, sind die schon in den USA. Zu wenig Tote, weiß meine Tochter.

Ein Freund meines Sohnes steht unter Schock, er war in einem der Lokale in die geschossen wurde. Eine seiner Kolleginnen hat Glück im Unglück. Weil

Ich komme an einem Waffengeschäft in meiner Straße vorbei. Sonst ist da meist nicht viel los. Es ist voll. Maskierte Männer stehen brav auf Abstand, beugen sich über Waffen

ihr Freund an Corona erkrankt ist wurde nichts aus dem lauen Abend im Bermuda-Dreieck. Im ersten Bezirk sitzt eine Bekannte wie zahllose andere Menschen über Nacht fest. Ihr Gastgeber aber trotz Tod und Teufel und sogar der Polizei, er geht raus. Der Hund muss Gassi.

Am Morgen wird klar, dass es wohl die Tat eines Einzelnen war. Trotzdem unbedingt die Innere Stadt meiden und am besten nicht raus gehen und die Kinder nicht in die Schule schicken!, bittet der Innenminister. Klingt eh schon vertraut. Ich rufe beim

Zahnarzt in der Mariahilferstraße an, der Einkaufsmeile, wo ich einen Termin habe. Die meisten Patient_innen haben abgesagt, ich könne gern kommen, draußen gingen „welche“ mit Gewehren auf und ab. Ob die U-Bahnen fahren ist unklar, ob abgesperrt ist ebenfalls. Ich radele mal los.

Ich bin die einzige Radfaherin auf der langen Strecke Richtung „Hüfer“, wie die Meile im Volksmund heißt. Ich sehe keinen einzigen Polizeiwagen, ich, die ich mich als Gehwegradschnecke sonst förmlich von ihnen verfolgt fühle. Das Museumsquartier, das mir mit seinen Innenhofterrassen plötzlich wie eine große Falle vorkommt, ist verlassen. In der Fußgänger_innenzone Mariahilferstraße ist es chillig und seltsam still, die Lokale wegen dem Lockdown sowie so zu. Wenige Shopper_innen, ein paar hocken mit Bierdosen auf Bänken. Ich sehe den ersten Polizeiwagen. Er steht da seit den großen Pariser Anschlägen, er ist leer wie immer.

Über den Gürtel radele ich zurück. Es wird immer belebter, die inständige Bitte des Innenministers, wenn möglich zuhause zu bleiben, scheint nicht angekommen zu sein. Wer hier wohnt, wohnt meist auf engem Raum. Und fühlt sich zumindest hier wohl kaum bedroht, Armut ist selbst für Terroristen unattraktiv.

Ich komme an einem Waffengeschäft in meiner Straße vorbei. Sonst ist da meist nicht viel los. Es ist voll. Maskierte Männer, Frauenquote null, stehen brav auf Abstand, beugen sich über Waffen. ●



Schwedenplatz: Wiener Ausgehviertel und Ziel der Terrorattake

CHRONIQUE DE L'URGENCE

Retours de manivelle

Jean Lasar

La majeure partie du charbon, du gaz et du pétrole qui subsiste dans le sous-sol doit y rester, tous les enfants le savent désormais. Mais ceux

dont les revenus dépendent de leur extraction et de leur utilisation font feu de tout bois pour poursuivre un modèle d'affaires failli, au risque de se ridiculiser. En voici deux exemples récents.

Utilisant le dispositif des questionnaires rapides de Twitter, Shell a demandé cette semaine à ses *followers* ce qu'ils étaient prêts à faire pour « aider à réduire les émissions ». Curieuse question de la part d'un groupe dont le propos est d'extraire le plus possible de pétrole et de gaz. Ses dirigeants évoluent-ils dans une bulle où leurs fanfaronnades vertueuses leur montent à la tête ? L'enquête elle-même a eu un succès limité – seuls 199 comptes ont répondu –, mais elle a enflammé la twittosphère et a dû faire amèrement regretter son initiative à la compagnie pétrolière. À coup de milliers de retweets railleurs ou de franche détestation, les détracteurs de Royal Dutch Shell se sont lâchés. Alexandria Ocasio-Cortez, la star démocrate réélue à New York, s'est dite « prête à vous tenir responsable pour avoir menti sur le changement climatique pendant trente ans alors que vous saviez tout le temps que les combustibles fossiles détruiraient notre planète ». La gréviste du climat Greta Thunberg, les jeunes activistes américains du Sunrise Movement, la climatologue Katharine Hayhoe ont abondé dans son sens. Le scienti-

fique Peter Kalmus s'est fendu d'un « Fuck you » bien senti, en majuscules. « Vous avez eu votre chance de faire partie de la solution, à présent nous allons tout faire pour vous mettre en faille », a-t-il tonné.

Une mésaventure similaire vient d'arriver à la Fédération des ingénieurs allemands (VDI) qui a cru bon devoir publier une « étude » comparant l'empreinte carbone des voitures électriques à celle des « Verbrenner », pour conclure au bénéfice de ces dernières. Complaisamment repris par le *Handelsblatt*, le texte du VDI a là aussi déclenché un remarquable retour de manivelle. Des experts qui l'ont décortiqué ont démontré qu'il reposait sur des données erronées ou dépassées. Auke Hoekstra, de l'université d'Eindhoven, a précisé que contrairement au chiffre de 8,9 tonnes de CO₂ émises pour produire une batterie de 48 kWh en Chine (six tonnes pour la même batterie fabriquée en Europe), avancé par les auteurs du VDI, cette empreinte a considérablement chuté pour se situer désormais à 3,6 tonnes. Narquois, Hoekstra a dit espérer que « le travail du VDI sur les moteurs à explosion est moins enclin à l'erreur ». Plusieurs commentateurs, se présentant comme membres de longue date du VDI, ont annoncé leur intention de quitter cette organisation au vu de ce faux pas. ●

ZU GAST

USA – Tiefer Graben

Am Abend der Präsidentschaftswahlen in den USA trat der republikanische Amtsinhaber vor das Fernsehvolk und verlangte das Unfassbare. Er erklärte sich nicht nur voreilig zum Wahlgewinner, bevor die Auszählung in den drei am heftigsten umkämpften *Swing-States* Michigan, Pennsylvania und Wisconsin abgeschlossen war, sondern verlangte, dass Hunderttausende Email- und Briefwahl-Stimmen nicht weiter ausgezählt werden dürften. Seine Partei würde Armeen an Anwälten und Juristen einsetzen, und vor den Obersten Gerichtshof ziehen, um dieses Anliegen durchzusetzen, verkündete Trump unbeirrt.

Sein Auftritt war ein regelrechter Affront gegenüber dem Volk, der Verfassung und der Demokratie. Auch wenn Vizepräsident Mike Pence sich anschließend bemühte, die Aussage von Trump zu relativieren und anmerkte, dass alle Stimmen ausgezählt würden. Der Präsident hatte mit seiner Forderung die Befürchtungen bestätigt, er wolle das Weiße Haus bei einem knappen Wahlergebnis nicht ohne Gegenwehr räumen.

Einerseits verlangte Trump, dass die Auszählung in jenen Staaten gestoppt werden sollte, in denen er die Mehrheit der klassischen Stimmen für sich verbuchen konnte, andererseits rief er die großen Fernsehanstalten dazu auf, Joe Biden nicht als Wahlgewinner in umkämpften Staaten auszurufen, bis dort nicht auch die letzten Stimmen ausgezählt seien. Diese Logik verstehe, wer will.

Die Aussage über geklaute Wahlen („They are trying to STEAL the election“) und die Missachtung einer freien und unabhängigen Justiz spricht auf jeden Fall Bände über das Demokratieverständnis von Donald Trump. Nicht, dass wir bisher vom Gegenteil überzeugt gewesen wären, doch dieser Auftritt schlug dem Fass den Boden aus. Die Präsidentschaftswahlen haben aber vor allem gezeigt, dass die USA mehr denn je ein gespaltenes Land sind. Weder Joe Biden noch Donald Trump haben eine überwältigende

Mehrheit der Wähler hinter sich versammeln können.

Der aggressive Wahlkampf in den letzten Monaten, der von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie dominiert wurde, hat den Graben zwischen den Anhängern der „Grand Old Party“ und der „Democratic Party“ weiter vertieft. Die Fronten haben sich verhärtet und die gewalttätigen Auswüchse wurden schärfer. Die gesellschaftliche und politische Realität im Land hat sich die letzten vier Jahre über also nicht verbessert – im Gegenteil. Selten war das Land so geteilt.

Gusty Graas ist DP-Abgeordneter

Die sehr hohe Beteiligung bei den Wahlen zeigt jedoch auch, dass die Demokratie in den USA aller Unkenrufe zum Trotz lebendig ist. Der 3. November verlief ohne größere Probleme, wie der Unterzeichnende in seiner Funktion als OSZE-Wahlbeobachter vor Ort selbst feststellen konnte. Die Wahlbeteiligung lag bei voraussichtlich 70 Prozent. Das ist deutlich höher als bei den vorhergehenden Präsidentschaftswahlen.

Es täte dem Rest der Welt nun gut, wenn die USA sich nicht nur „great again, again“ machen wollten, sondern sich wieder mehr um ihre multilateralen Beziehungen bemühen würden. Besonders die Beziehungen mit der Europäischen Union haben in der vergangenen Mandatsperiode stark gelitten. Donald Trump scherte sich einen Kehrtritt um die Bande mit „old Europe“ und großen Teilen der Weltgemeinschaft. Dabei wäre es dringend notwendig, die transatlantischen Beziehungen wieder aufleben zu lassen. Nicht zuletzt für die Gewährleistung der Sicherheit und der Stabilität auf der Welt. ● Gusty Graas

D'GEDICHT VUN DER WOCH



Nail-biter election

Jacques Drescher

De Jang war diplomatesch;
E sot just, dass en hofft:
„Den Trump net, mee de Biden –
Europa brauch fräsch Loft!“

Èm d'Welt an aacht Minutten,
Dat geet mam Vëlo schlecht.
„Georgien“, pardon, „Georgia“;
Dräi Staate si nach Rescht.

De Rust Belt war nees wichtig;
An Detroit nawell grad.
Eis Wäerter an de Klima!
Wisconsin? Oder wat?

Wéi ticken se zu Cleveland,
Déi Sait vum grouse Pull?
„Ech weess näischt, mee ech schwätzen
An hu keng Kristallsbull.“

Schattenseiten einer Lichtgestalt

Claude P. Muller

Deutliche Worte an den EU-Außengrenzen, aber was ist daraus geworden? Eine Bilanz von Jean Asselborns Politik

In einem Interview mit dem *Luxemburger Wort* stellte Jean Asselborn am 14. Oktober 2016 sich selbst die Frage: „Bin ich erfolgreich?“ Das Interview stellte den Erfolg des dienstältesten Außenministers Europas nicht in Frage. In der Tat konnte Asselborn beim luxemburgischen Publikum persönlich punkten; jahrelang war er in allen Umfragen der beliebteste Politiker, ehe dieses Jahr in der Covid-Krise Paulette Lenert ihn überholte. Im Ausland wurde er vielfach ausgezeichnet, mit der Legion d'Honneur, dem Bundesverdienstkreuz oder dem Großen Medienpreis der deutsch-französischen Journalisten. Ein sympathischer Film wurde über ihn gedreht. Seine Politik stößt bei Oppositionsparteien kaum auf Kritik. Auch in der rezenten politischen Biografie *Merde alors* sucht man Grautöne vergeblich. Kritik findet sich hin und wieder in Leserbriefen oder in der aktuellen Petition 1687. Auch *reporter.lu* ist die einseitige „Heiligsprechung“ aufgestoßen. Ein Blick auf die Karte Europas zeigt, dass sämtliche Nachbarländer der EU in den letzten Jahren von Krisen und Krieg heimgesucht wurden. Jean Asselborn hat all diese Länder besucht und meist mit deutlichen Worten Stellung bezogen. Grund genug, einmal Bilanz seiner Politik zu ziehen.

Ukraine Als Außenminister demonstrierte er am 10. März 2014 auf dem Maidan-Platz in Kiew für das FTA-Abkommen mit der EU und damit gegen die damals amtierende Regierung Janukowitsch. Im FTA geht es unter anderem um eine Angleichung der Sicherheitspolitik an den Westen, sprich die Nato, ungeachtet der Tatsache, dass in Sewastopol auf der Krim ein Drittel der russischen Kriegsflotte stationiert ist. Dass Russland

diese schleichende Aggression gegen den wichtigsten eisfreien Stützpunkt seiner Kriegsmarine hinnehmen würde, war eine fatale Fehleinschätzung Asselborns. Das FTA-Abkommen mit der Ukraine setzte sich auch über pro-russische Befindlichkeiten der russisch-sprachigen Ostukraine hinweg. Als Konsequenz hat Russland die Krim wieder „einkassiert“, in Lugansk und im Donetsk-Becken herrscht Krieg. Die EU hat Sanktionen gegen Russland verhängt. Asselborn hat mit seinem kurzsichtigen Auftritt auf dem Euro-Maidan diese fatalen Konsequenzen – ohne Exitstrategie – mit zu verantworten.

Georgien Obwohl Moldawien und Georgien ihren eigenen abtrünnigen, beziehungsweise besetzten „Donbass“ haben (Transnistrien, Abchasien, Südossetien), wurden die gleichen Sicherheitsklauseln mit diesen Ländern unterschrieben. Statt in aussichtsloser Lage stur auf Rückgabe der Krim zu bestehen, sollten die EU-Sanktionen beendet werden, im Gegenzug für die Rückgabe von Abchasien und Südossetien an Georgien. Beide haben für Russland keine Bedeutung. Der gigantische technologie- und warenhungrige russische Markt und der energie- und rohstoffhungrige europäische Markt würden sich bei einem Neuanfang perfekt ergänzen.

Türkei Schon früh entpuppte Erdogan sich als provozierender „Partner“ von EU und Nato. Streitpunkte waren die Nabucco-Pipeline; die Besetzung Zyperns und dessen EU-Ratsvorsitz; die Offshore-Gasvorkommen; die Hinwendung der Türkei zur Hamas und zum Iran sowie die blutige Eskalation des Kurdenkonflikts. Dennoch verkündete Asselborn 2011 bei der Eröffnung der luxemburgischen Botschaft in Ankara belobigend: „Die EU wird mit der Türkei eine stärkere EU sein.“ Trotz strammem Islamisierungskurs, Einschränkung der Pressefreiheit, der so genannten Anti-Terrorgesetze, Menschenrechtsverletzungen an Kurden, Oppositionellen und Journalisten unterstrich Asselborn den Vorbildcharakter der Türkei als Demokratie, auch für andere muslimische Staaten (*Tageblatt*, 23.02.2011). Welche Fehleinschätzung! Auch als es 2013 Tote und Tausende Verletzte bei den Türkei-weiten Gezipark-Demonstrationen gab, hielt Asselborn an seinem Kuschkurs mit Erdogan fest und blieb einer der lautesten Verfechter eines EU-Beitritts der Türkei. Als es schon aus Ankara tönte: „Wir brauchen Europa nicht; Europa wird zur Last“ (*Wort*, 17.4.2014), meinte er, die Beziehungen zu Ankara seien ungetrübt (*Wort*, 22.11.2014). Im Dezember 2015 verkündete er, „es ist uns gelungen neuen Schwung in den [Beitritts]prozess zu bringen“. Eine weitere Fehleinschätzung.

Sogar nach dem fehlgeschlagenen Militärputsch, den Erdogan zum Anlass für eine beispiellose Säuberungswelle nutzte, trieb Asselborn eine bereits in dieser Frage gespaltene EU vor sich her. Dann kam der Flüchtlingsdeal, der zwar nie funktionierte, aber es hieß, die „EU braucht die Türkei“ (18.3.2016). Erdogan hatte nun endgültig freie Hand. Zusammen mit dem Islamischen Staat (IS) kämpfte er gegen die YPG-Kurden in Syrien, seit 2014 Hauptverbündete des Westens gegen den IS. Europa empörte sich, konnte sich aber nicht einmal auf ein Waffenembargo einigen. Europa hatte sich erpressbar gemacht. Ermutigt durch die Handlungsstarke der EU, erweiterte Erdogan seine militärischen Abenteuer auf mindestens acht Länder. Im Nachhinein könnte man sagen, dass diese Aggressionen erst durch die zehn Milliarden Euro möglich wurden, die die Türkei als Beitrittskandidat zwischen 2007 und 2020 kassierte, ohne sie für erkennbare Reformen zu verwenden – unabhängig von den vier Milliarden für die Flüchtlingshilfe. Die Appeasement-Politik, die Alimentierung als EU-Beitrittskandidat und der Flüchtlingsdeal, für die sich Asselborn wie wenige andere stark machte, haben im Ergebnis nur neue Provokationen der Türkei heraufbeschworen (in Nagorny-Karabach, Libyen, Syrien, Irak, im östlichen Mittelmeer, in der Flüchtlingskrise), beziehungsweise alte Krisen eskaliert.

Asselborns Türkei-Politik war durchsetzt von Fehleinschätzungen und Wunschdenken. Sein stures Festhalten an überkommenen Denkmustern machte ihn blind dafür, dass es für die Türkei Alternativen zur EU-Mitgliedschaft gibt, etwa ein Commonwealth of Turkistan mit den östlichen Nachbarstaaten von Aserbaidschan über Turkmenistan bis Kirgistan. Mit diesen muslimischen Staaten hat die Türkei große sprachliche und ethnische Gemeinsamkeiten.

Ägypten Im März 2011 fand sich Asselborn auf dem Tahrir-Platz in Kairo unter Demonstranten, ohne zu wissen, mit wem er gegen wen oder was protestierte. Eine provisorische Regierung



Jean Asselborns politische Biografie: Lichtgestalt ohne Schatten?

war nach Mubaraks Rücktritt gerade mal zwei Wochen im Amt. Die Demonstranten ebneten der Moslembruderschaft unter Mursi den Weg an die Macht, den Wandel zu einem konservativen Islam und die Infiltration des Sinai durch Terroristen des Dschihad, bis sie nach zwölf Monaten durch einen Militärputsch verjagt wurde. Asselborn wollte „Ägypten auf die Schiene setzen“, wie er sagte. Was wurde daraus?

Libyen Mit einer realitätsfernen Rhetorik („Genozid“, „Völkermord in höchster Potenz“ (*Wort*, 24.02.2011), tat sich Asselborn als vehementer Befürworter einer militärischen Intervention in Libyen hervor. Deutschland maßregelte er, weil es abseits stand. Der Krieg der westlichen Koalition gegen Gaddafi und dessen Tod stürzten das Land ins Chaos und einen seit zehn Jahren anhaltenden Bürgerkrieg, ohne Rücksicht auf die Menschen in Libyen. Das Massensterben von Flüchtlingen auf der mittleren Mittelmeerroute und die Dihadisierung der Sahelstaaten gehen so gesehen ebenfalls auf sein Konto. Eine weitere seiner katastrophalen Fehleinschätzungen!

Im März 2011 fand sich Jean Asselborn auf dem Tahrir-Platz in Kairo unter Demonstranten, ohne zu wissen, mit wem er gegen wen oder was protestierte. Er wollte „Ägypten auf die Schiene setzen“

EU-Flüchtlingspolitik Ein weiterer Fehler in der Flüchtlingspolitik gelang ihm 2015, als er als EU-Ratspräsident die umstrittene Flüchtlingsumverteilung abweichend vom konsensuellen Prozedere durch Mehrheitsentscheidung gegen Rumänien, Tschechien, Ungarn und der Slowakei durchboxte. Was Asselborn als „gemeinsame“ europäische Flüchtlingspolitik propagierte, wurde schon damals von den meisten anderen Staaten nur widerwillig mitgetragen. Dass man unwillige EU-Staaten einfach überstimmen und dann mit rechtlichen Mitteln zwingen kann, war eine weitere fatale Fehleinschätzung Asselborns. Es war der Anfang der Ost-West- und Nord-Süd-Spaltung, die der EU eine bisher einmalige Zerreißprobe bescherte. Bereits 2017 rückte der Präsident des Europarates, und nach und nach fast alle Staaten von der Flüchtlingsquote ab. Erst im Herbst dieses Jahres wurde der Streit beigelegt, als die Regierungschefs sich auf die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen einigten. Asselborn hielt länger (bis drei Tage vorher), lautstärker („Österreicher jodeln...“) und überheblicher („Merde alors“) als jeder andere Außenminister an Pflichtquoten und offenen Außengrenzen fest. Dieser Beschluss der Regierungschefs war letztlich eine späte Korrektur seiner Quotenpolitik. Die Kollateralschäden für Europa sind enorm: Die obsessive Fokussierung auf die Migration hat der EU jahrelangen Stillstand und Grabenkämpfe zwischen den Mitgliedstaaten beschert und den Brexitern mindestens die zwei Prozent Stimmen, die im Referendum den Unterschied machten. Die Handlungsfähigkeit der EU blieb in zahlreichen Krisenherden auf der Strecke und drängende politische Themen mussten zurückgestellt werden.

VAE-Israel Asselborns Bashing-Politik gegenüber anderen Staaten nimmt immer dann besonders an Intensität zu, wenn es um den Judenstaat geht. Bashing war auch angesagt als die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Israel am 15. September die Normalisierung ihrer diplomatischen Beziehungen unterschrieben, ein Paradigmenwechsel im krisengebeutelten Mittleren Osten. Asselborn hingegen lehnte das Abkommen rundweg ab: Frieden mit Israel? Darf nicht sein! Seine Kritik war heftiger als die der arabischen Staaten: Die Arabische Liga lehnte jede Kritik an dem Abkommen ab. So fand sich Asselborn mit seiner Meinung im Lager von Extremisten im Iran und der Türkei und den Terrororganisationen Hamas, Hisbollah und As-Shabab wieder. Bereits jetzt ist ein Dutzend weiterer Kooperationsverträge zwischen beiden Ländern in Kraft. Die enormen Chancen, die das Abkommen Israel und den Palästinensern bietet, interessieren

Asselborn offenbar nicht. Im *Deutschlandfunk* meinte er großspurig: „Ich glaube nicht, dass jetzt Bahrain und andere (...) diesem Schritt folgen.“ Bereits wenige Tage später hatte auch Bahrain ein Dutzend Kooperationsabkommen mit Israel unterschrieben. Wieder eine seiner von Wunschdenken geleiteten Fehleinschätzungen, die diesmal innerhalb von Tagen Lügen gestraft wurde. Auch mit dem Sudan und dem Libanon kommen Gespräche in Gang. Ist das tatsächlich luxemburgische Außenpolitik im Nahen Osten oder handelt es sich „nur“ um Asselborns ideologische Verirrung? Ist Asselborn auch gegen das Friedensabkommen Israels mit Ägypten und Jordanien?

Mutter aller Konflikte Asselborn betont auch immer wieder, dass der israelisch-palästinensische Konflikt sozusagen die Mutter aller Konflikte in der Region und in der Welt sei, und fügte neuerdings hinzu „von den Philippinen über Europa bis Amerika“ (5.10.19). Und wer Asselborn kennt, der weiß wer schuld ist: der Judenstaat. Geht es hier um die weltumfassende jüdische Verschwörung? Spricht hier ein Verschwörungstheoretiker oder der luxemburgische Außenminister?

Wäre also dieser Konflikt gelöst, wäre dies nach Ansicht des luxemburgischen Außenministers auch das Ende aller post-sovietischen Konflikte, der Bürgerkriege im Jemen, Syrien, Somalia, Libyen, auf den Philippinen, oder im Himalaya zwischen Indien und China ... ein absurder Gedanke!

Gerechter Frieden Diese Ansicht wiederholte Asselborn nicht nur neulich im *Deutschlandfunk*, sondern auch auf einer der üblichen Veranstaltung des Comité pour une paix juste au Proche-Orient (CPJPO) zur Delegitimierung Israels. Asselborn war bekannt, dass die israelische Seite unter anderem durch Eitan Bronstein „vertreten“ war, der auf *Youtube* als Helfer einer Demonstrantin aufgetreten war, die in der Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem mit Aussagen schockierte, wie der Holocaust „is the best that could have happened to the Jews“, und öffentlich auf die israelische Flagge defäkierte. Im luxemburgischen Antisemitismus-Bericht 2019 wird das CPJPO 314 Mal namentlich genannt. Zwei Kapitel beschäftigen sich mit dessen Gesinnung und Propaganda. 40 Prozent der antisemitischen Vorkommnisse im Land gehen auf das CPJPO und Sympathisanten zurück. Das CPJPO verwendet Symbole der Nazis und der Terrororganisation Hisbollah. Asselborn lehnte es ab, von seiner Willkommensrede vor dieser Organisation Abstand zu nehmen.

Passend zu dieser Radikalität stimmte Luxemburg zusammen mit Iran, Jemen, Pakistan und Saudi-Arabien 2019 und 2020 für Resolutionen des Eco-Soc-Rates der Vereinten Nationen, in denen Israel als einziges Land wegen Verstößen gegen Frauenrechte verurteilt wird. Dies ist ein Schlag ins Gesicht von –zig Millionen Frauen, die weltweit und tagtäglich jede Art von Menschenrechtsverletzungen erdulden müssen. Damit wäscht Luxemburg Dutzende von Ländern von dem Vorwurf rein, Frauenrechte mit Füßen zu treten. Man begibt sich in die Hände derjenigen, die die Palästinenser für ihre niederen Beweggründe instrumentalisieren, ohne in 16 Amtsjahren etwas für sie zu erreichen. Den Judenstaat diffamiert man allemal.

Die Liste von Fehleinschätzungen ließe sich leicht fortsetzen. Ohne Exitstrategie endeten sie oft mit schwerwiegenden Folgen für die betroffenen Menschen und Länder. Unverhältnismäßige Kritik bis hin zur Diffamierung sind kein Ersatz für Weitsicht und Durchblick. Die Selbstverortung auf der Seite der Werte und moralische Überheblichkeit gegenüber anderen Staaten und Politikern steigern vielleicht die Beliebtheit des Menschen Asselborn, machen aber blind für Fehler. Das Gute zu wollen ist ehrbar, aber kein Garant für richtige Politik. Das Richtige zu tun, ist besser als das Gute zu wollen.

Man muss sich diese Kritik nicht zu eigen machen, aber ist sie so abwegig, dass im öffentlichen Diskurs von Medien und Politik, die Schattenseiten der Lichtgestalt keine Berechtigung haben? ●

Claude P. Muller hat während seiner Tätigkeit als Berater und Hochschullehrer viele der Länder kennengelernt, über die er jetzt schreibt und spricht (*cmuller53@pt.lu*).

Pas de jours de pluie

○

Le sous-titre *Come together* de l'édition 2020 des Rainy Days, le festival de musiques nouvelles de la Philharmonie avait été choisi de manière un peu provocante. Les ensembles et orchestres internationaux ne pouvant pas voyager, la plupart des concerts et performances programmés à partir du 12 novembre dans le cadre de ce festival se voit annulée. On regrette notamment de ne pouvoir assister à la performance de l'ensemble bruxellois Ictus autour du mouvement fluxus, de l'ensemble L'Instant donné autour de Georges Aperghis, ni de pouvoir visiter la *Caravane* mise en place par le pianiste Gwen Rouger ou le spectacle de l'Ensemblekollektiv Berlin qui promettait de faire planer des sculptures aériennes à travers la Philharmonie. L'essentiel du programme est reporté à novembre 2021. [fc](#)

Kentridge, quand même

●●●○○

La venue de William Kentridge pour sa performance et mise en scène *Ursonate*, sur un livret de Kurt Schwitters, a été annulée (voir ci-dessus), mais *Telegrams from the Nose*, une collaboration avec le compositeur français François Sarhan, qui croise

musique *live*, films d'animation, théâtre d'ombres et pantomimes expressionnistes, aura bien lieu au Grand Théâtre le 12 novembre à 19h et 21 h. C'est l'ouverture du Red Bridge Project qui rassemble les institutions culturelles de part et d'autre du pont rouge : Philharmonie, Mudam et Grand théâtre (photo: Kentridge). [fc](#)



A R T
C O N T E M P O R A I N

Voyage, voyage (not)

●○○○○

En ces jours difficiles de pandémie, voyager est devenu un rêve nostalgique pour certains, une activité obsolète pour d'autres. La fermeture des frontières et les restrictions de mobilité rendent difficile ce qui nous était naturel hier encore. L'espace d'art contemporain de la Ville de Bourg-en-Bresse (Ain) aurait dû lancer son exposition « Grand Tour », le 7 novembre. Cette exposition se voulait un voyage au cœur du voyage, de son industrie,



de ses paradoxes, des désirs qu'il assouvit et des réflexions qu'il suscite. Parmi les 36 artistes invités figure Marco Godinho dont l'œuvre *Le monde nomade #1* (photo: Marco Godinho, coll. Frac Lorraine) illustre l'affiche de l'exposition qui, confinement en France oblige, a été reportée. [fc](#)

Paradis publié

●●●●○

Il avait emprunté le titre de son exposition, *Paradise City* à une chanson de Guns N'Roses. Sébastien Cuvelier avait suivi les traces de son oncle parti explorer l'Iran, dans les années 70, pour nous livrer une vision personnelle, insaisissable et onirique du paradis. À la faveur de la bourse CNA d'aide à la création et à la diffusion et avec le professionnalisme de l'éditeur Gost Books de Londres, voilà que *Paradise City* est devenu un livre. Le photographe y mêle ses images et des archives du journal de son



oncle, créant ainsi une sorte de conversation entre le passé et le présent, une révolution et une guerre s'étant déroulées entre les deux. Un bel ouvrage qu'il faut prendre le temps de lire et pas seulement regarder. 42 euros sur [gostbook.com](#). [fc](#)

Les pola de Paul



Graphiste et artiste indépendant, Paul Kirps, livre un travail généralement minimaliste qui s'intéresse aux structures et aux systèmes, aux trames et aux grilles et aux mouvements. Le voir présenter *Time 0*, une série de Polaroids pris au cours des deux dernières années à de quoi susciter l'étonnement et la curiosité. La photographie n'est pas vraiment son médium de prédilection, ou du moins pas comme objet final, puisqu'il s'en sert souvent pour documenter ses recherches. Dans l'exposition inaugurée le 11 novembre à Neimënster (jusqu'au 31 janvier), il nous fait vivre deux ans et un confinement à New York, Barcelone, Lisbonne, Palma,

Arlon, Bruxelles... mais aussi en divers lieux du Luxembourg (photo: paul kirps). [fc](#)

C O N F É R E N C E S

Le Noir du Blanc

●●●●○

Le Centre de Documentation sur les Migrations Humaines propose le cycle de visioconférences *Le Noir du Blanc* qui vient renouer avec la réflexion autour de la racisation au Luxembourg et le rapport « *Being Black in Europe* » publié fin 2018. Les clichés négatifs, la discrimination et les images réductrices autour des noirs et des afro-descendants au Luxembourg restent prégnants et ces conférences entendent dresser un état des lieux en compagnie d'intervenants académiques, associatifs et professionnels d'ici et d'ailleurs. Le premier volet, ce samedi, s'intéresse aux imaginaires anciens, réalités actuelles dans les médias et dans la publicité et accueillera Romain Hilgert, journaliste (et ancien rédacteur en chef du *Land*), Jean-Barthélemi Debost, Olivier Mukuna, journaliste et Antoinette Reuter, historienne, sous la médiation de la journaliste Antonia Ganeto. Le samedi suivant, 14 novembre, un autre panel sera consacré aux représentations des Noirs dans les musées et expositions. Inscriptions sur [info@cdmh.lu](#). [fc](#)

Penser les images

●●●○○

Après son cycle « Penser l'écran », le Casino Luxembourg, en collaboration avec l'Université du Luxembourg, a lancé le cycle de vidéoconférences « Penser l'image ». Celui-ci incite à penser les images et la relation entre langages visuels et actualités. Nous vivons en effet dans une société où nous pensons et communiquons en images, où leur flux est ininterrompu et inévitable depuis notre plus jeune âge et la question se pose de savoir pourquoi nous avons tant besoin de ces images. Jeudi 12 novembre, André Gunthert, maître de conférence d'histoire visuelle à l'École des hautes études en sciences sociales, donnera sa conférence *La viralité révolutionne la visibilité*. On peut suivre cette présentation ou retrouver la première intervention, *Les analphabètes du futur. Peut-on apprendre à lire les images ?* sur le site [www.casino-luxembourg.lu](#). [fc](#)

D A N S E

Explosion

●●●●○

Une musique originale de Rajivan Ayyappan qui explore la sensation sonore avant et après une explosion, quatre danseurs d'origines et de *backgrounds* différents (Frey Faust, Saju Hari, Emanuela Iacopini et Yuko Kominami), des costumes

signés Anne-Marie Herckes et une scénographie de Laura Minelli, la distribution de *Blast* rassemble quelques pointures de la création au Luxembourg (photo: Toprak Umut Sevinc). Cette expérience dansée explore l'impact des explosions sur les mécanismes du corps humain et travaille sur la destruction et la création, la transition et la transformation. La pièce analyse la transformation du corps à travers des incidents explosifs tels que des chocs de bombes, des éruptions volcaniques, explosions physiques. Les 10 et 11 novembre au Opderschmelz de Dudelange et le 19 au Cape d'Ettelbruck. [fc](#)



Land

06.11.2020

F E S T I V A L

Vous avez dit Queer ?

●●●●○

Après le succès de sa première édition en 2018, Independent Little Lies (ILL) reprend le festival Queer Little Lies. À travers performances, expositions, ateliers, films et rencontres (du 12 au 14 novembre au Escher Theater), il s'agit d'explorer la culture Queer qui bouleverse les normes de genre, remet en question les stéréotypes sur les corps et les sexualités, hors du cadre hétéronormé. À suivre notamment la performance *m.a.d.* - *mutually affirmed deviance* créée

par Valérie Reding autour de la vulnérabilité des corps et de la violence qu'ils subissent ou le concert dansé d'Edsun (photo : sb) qui, entre musique et danse, nous raconte des histoires d'acceptation de soi quelle que soit la couleur de sa peau ou la personne que l'on veut aimer. Le film brésilien *Alfazema*, la pièce de Jenny Warnecke *Prinzip Katamaran und andere Identitäten* ou des ateliers d'écriture non-sexiste complètent le programme à retrouver sur [www.queerlittlelies.lu](#). [fc](#)



BINGE WATCHING

Latein vs Hochdeutsch

Es sind ganz düstere Bilder, mit denen die Showrunner Jan Martin Scharf und Arne Nolting in die Welt der Römer und Germanen einführen: Dichter Nebel liegt über dem Teutoburger Wald, eine Endzeitstimmung stellt sich schnell ein, überhaupt spielt die auf Netflix gestartete deutsche Serie *Barbaren* überwiegend in der tiefen Schwärze der Nacht. Der cheruskische Fürst Arminius schlug mit einem Germanenheer drei römische Legionen unter der Führung von Varus vernichtend. Der Konflikt, der als eine der größten Niederlagen des römischen Imperiums gilt, ist unter der Bezeichnung Varusschlacht in die Geschichtsbücher eingegangen. *Barbaren* nun schildert die Varusschlacht sowie die Ausgangslage vor der Schlacht überwiegend aus der Perspektive der Germanen. Die Erzählung ist um drei Hauptfiguren gestrickt: die cheruskische Fürstentochter Thusnelda (Jeanne Goursaud), den ehrgeizigen, aber innerlich hin- und hergerissenen Arminius (Laurence Rupp) sowie den unbändigen Folkwin Wolfspeer (David Schüttler). Im Jahr 9 nach Christus sind die Germanenstämme uneins und leiden unter den Strafen und den Tributzahlungen, die die römische Besatzungsmacht von ihnen fordert. Die spannungsvolle Situation droht zu eskalieren, als die Römer auch noch Kinder entführen. Die Germanenstämme, denen es noch an Führung fehlt, begehren zunehmend auf. Der Cherusker Arminius, Zögling des römischen Feldherrn Varus, muss sich bald für eine Seite entscheiden ...

Die deutsche Serie *Barbaren* ist ein Stück gut ausgestatteter Unterhaltung, aber mit allzu wenig schauspielerischen Höhepunkten

Die Serie schildert die Varusschlacht überwiegend aus der Perspektive der Germanen



Weil das Serienformat eine breitere Erzählzeit hat, verwundert es doch, dass diese Gaumont-Produktion, die sich die Varusschlacht zum Thema nimmt, an dem Schlachtengetümmel wenig interessiert ist. Zumal Serien wie *Vikings* oder *Game of Thrones* ganze Folgen für die Inszenierung spektakulärer und aktionsgeladener Kampfchoreografien aufbringen. Ein denkbarer Grund liegt womöglich am Gegenstand selbst: Aufgrund des immer wieder nationalistisch aufgeladenen Stoffes und seiner Deutung als deutsch-germanische Rachefantasie, benutzen Rechtsextremisten die Schlacht im Teutoburger Wald gern als Bezugspunkt. In *Barbaren* nimmt die gewaltvolle Auseinandersetzung nur etwa zwanzig Minuten der insgesamt sechsteiligen Serie ein. Vielmehr interessieren sich die Macher für die Beziehungen der Figuren, die Interessenkonflikte und die Loyalitätsfrage. Und diese Frage exerziert *Barbaren* an Arminius, dem Sohn des Stammesführers der Cherusker, Segimer: Als Kind wuchs Arminius mit Thusnelda und Folkwin auf, wurde aber nach Rom gebracht und dort in der römischen Kultur unterrichtet. Nun dient er dem Feldherrn Varus, spricht sowohl die erhabene Sprache der Römer, Latein, als auch die Sprache der Germanen, nämlich – der Tendenz der Sympathie lenkung zugunsten dieses Naturvolks entsprechend – zeitgenössisches Hochdeutsch. Die daraus resultierende Identitätsfrage ist durchaus spannend, führt aber in einen erzählerischen Leerraum, da die historische Faktenlage bekannt ist. Arminius streckt da einen Römer nieder, um Folkwin das Leben zu retten, und meint dann: „Ich habe nur eine Schuld beglichen, mein Leben ist in Rom.“ Das überzeugt nun wirklich niemanden, da er sich eigentlich schon auf die Seite der Germanen geschlagen hat. Weder überrascht das seine Verbündeten, noch seine Feinde, schon gar nicht die Zuschauer, die natürlich die Geschichte des späteren Siegers in der Varusschlacht kennen und wissen, wie sein innerer Zugehörigkeitskonflikt ausgehen wird. Ein bisschen verlassen kommen einem auch die Schauspieler vor, so als sei ihnen zu ihren Rollen und den dürftigen Dialogen nicht sehr viel eingefallen, und auch die Regisseure Barbara Eder und Steve St. Leger scheinen sie nicht mit den entscheidenden Angaben versehen zu haben. Die zwangsläufigen Brüche zwischen den historischen Gegebenheiten und der Fiktion der Serie hätte man mit einem Element zwar nicht beseitigen, aber zumindest eindämmen können: mit Ironie. Die jedoch gestattet sich die Serie so gut wie gar nicht. So bleibt *Barbaren* ein Stück gut ausgestatteter Unterhaltung mit einigen Schauwerten, aber allzu wenig schauspielerischen Höhepunkten; eine Serie, die kaum Spuren hinterlässt. ●

Marc Trappendreher

ART CONTEMPORAIN

En même temps

Marianne Bausch

À voir sans a priori, l'approche conceptuelle de Marc Buchy et l'art pictural d'Arny Schmit à Dudelange



Les échasses de Marc Buchy, dressées tels des compas



Un des Hängenden Gärten d'Arny Schmit

On est surpris, dans l'exposition de Marc Buchy à la galerie Nei Liicht de Dudelange, où l'artiste (32 ans, messin, qui vit et travaille à Bruxelles), déconstruit l'ordre pour reconstruire autre chose, quelque chose d'aléatoire. Il invite le visiteur à avoir en tête l'esprit ludique qu'avait chacun dans son enfance. Avec d'emblée le carton d'invitation de l'exposition : un « M » et des petites étoiles blanches qui dansent sur un fond noir. Deux barres métalliques, avec appuie-pied, sont posées à côté. Les plus hardis parcourront les différentes pièces de l'ancienne maison de maître avec ces échasses. Le mouvement sera aléatoire, à zigzaguer entre d'autres échasses, devenues objets d'exposition : dressées tel un compas au milieu d'une pièce, appuyées en bon ordre contre un mur, assemblées comme un banc mais aussi tombées au sol. L'outil fait pour surveiller de haut le troupeau et y mettre de l'ordre fait désordre.

avoir désordre, c'est le titre de l'exposition. Le dessin, avec son « M » et ses étoiles, presque enfantin, illustre la loi de Kepler qui démontra, à la suite de Copernic ayant découvert que les planètes tournaient autour du soleil, que leur trajectoire n'était pas circulaire mais elliptique. La démonstration de Marc Buchy se faufile ainsi de pièce en pièce. Il nous fait participer à une sorte de jeu de piste, entre exactitude mathématique et mouvement, à l'instar du « M » qui prononcé devient « Mu ».

Si Marc Buchy lui, prétend solennellement qu'il ne dansera jamais, *Instruction*, certificat d'artiste à l'appui, voici agrandi à la dimension de la pièce, le parcours dans un *Labyrinthe* (sculpture au sol, acier inox). *Fronce*, tracé numérique de la France moyenne, est la forme qui résulte du tracé superposé de dessin de mémoire. Et en tapant le titre

Marc Buchy nous fait participer à une sorte de jeu de piste, entre exactitude mathématique et mouvement

de l'œuvre 7 1 3 7 0 5 sur une calculette, le résultat affiche « soleil » en toutes lettres comme dans la comptine enfantine. *Palm dial*, (trois paires de gants en coton et deux bâtonnets en laiton), joue encore avec l'astre solaire et son déplacement saisonnier par rapport à la terre. En enfilant les gants comme un curateur au montage d'une exposition, on pourrait lire l'heure sur le dos de la main.

Comme le cadran solaire fut inventé à Babylone, la transition est toute trouvée avec l'exposition *Die hängenden Gärten* d'Arny Schmit à la galerie Dominique Lang. Marlène Kreins, depuis quelle dirige les deux galeries d'art de la Ville de Duden-

lange permet ce rapprochement. Elle n'hésite pas à montrer en même temps des artistes a priori aux antipodes, comme ici le conceptuel Marc Buchy et l'intuitif Arny Schmit. Le peintre luxembourgeois, 61 ans, a rencontré le succès avec ses représentations féminines dans un environnement fantasmé que l'on trouve personnellement plutôt kitsch. Mais l'approche pour *Die hängenden Gärten* à l'origine de la démarche d'Arny Schmit, la peinture étant nécessairement une récréation, fait que l'accueillir à la galerie Dominique Lang semble justifié.

Voici des paysages racontés, luxuriants comme les Jardins de Babylone. La matière du support, plus exactement la tranche du carton recyclé, apparaît dans des juxtapositions sur fond de forêts lyriques, avec des plages plus abstraites, telle que peut l'être la vue de près sur la peau de troncs de bouleaux. On peut ne pas tout apprécier dans ces *Hängenden Gärten*, comme ces rotations de formes géométriques, ou des entailles qui brouillent le propos. Mais une installation, qui sort de la peinture, fonctionne elle très bien : on ne sait si le paysage est soutenu par des tubes de néon ou si la végétation foisonnante va s'écrouler sur les barres de lumière. ●

avoir désordre de Marc Buchy, curatée par Pauline Hatzigeorgiou et *Die hängenden Gärten* de Arny Schmit, curatée par Anne Reding, sont à voir jusqu'au 12 décembre prochain. Respectivement à la galerie Nei Liicht et à la galerie Dominique Lang à Dudelange. Ouvert du mercredi au dimanche de 15:00 heures à 19:00 heures. www.centredart-dudelange.lu

La mourante, le suicidaire et l’aveugle

Pablo Chimienti

Trois ans après le magnifique *Au revoir là-haut*, Albert Dupontel est de retour derrière la caméra avec l’excellent *Adieu les cons*

Après un *Au revoir*, Dupontel propose un *Adieu*. Un psy trouverait certainement à redire à ce sujet... Deux films, deux drames qui font rire, à moins que ce ne soit deux comédies qui font pleurer. Pour son septième film en tant que réalisateur, l’ancien humoriste met en scène Suze (Virginie Efira, qui se confirme, film après film, comme une des grandes actrices francophones de ces dernières années). Elle a la quarantaine et semble, physiquement, se porter à merveille. Mais son corps est en train de la trahir. À force de faire des permanentes, des mises en plis et des mèches, la coiffeuse a respiré trop de produits nocifs en provenance des sprays qu’elle utilise sur ses clientes. Résultat, ses poumons sont en bout de course.

C’est dans le cabinet du médecin qu’on fait sa connaissance. Sa maladie auto-immune ne lui laisse pas beaucoup de temps. « Combien de temps ? », demande-t-elle au docteur. Mais au lieu d’une réponse chiffrée, elle aura droit, en retour, à une réflexion philosophique de bas étage sur le sens du temps et la différence que sa définition peut avoir chez elle que chez lui. Pour Suze, c’est un premier face-à-face brutal avec l’incompétence, l’indifférence et la perte d’humanité de notre société. Elle comprend alors qu’elle n’a pas grand-chose à espérer des autres.

Elle préfère donc replonger en elle-même et repenser à cette époque à l’image jaunie, un peu floue et granuleuse, celle de ses quinze ans quand elle avait des dreadlocks sur la tête, un piercing sur le nez et un garçon dans le cœur. Une histoire d’amour qui amènera une grossesse non désirée et un accouchement sous X. Un enfant auquel elle n’a jamais trop pensé jusque-là et dont elle ne sait pas grand-chose. Mais maintenant que ses jours sont comptés, elle ressent le besoin de faire sa connaissance.

Elle va alors se rendre à l’administration pour essayer de retrouver sa trace. Face à elle, un nouveau mur d’incompétence, d’indifférence et d’inhumanité personnifié par un petit fonctionnaire, incarnation parfaite d’une administration kafkaïenne. Et alors qu’elle est sur le point de craquer, le contreplaqué à côté d’elle explose à cause de JB (Dupontel lui-même) qui vient de rater son suicide dans le bureau d’à côté.

Il peut vivre, mais veut mourir tandis qu’elle veut vivre, mais doit mourir. C’est la rencontre ultime !

Responsable de la sécurité informatique de son administration et informaticien de génie, mais asocial à qui on a une nouvelle fois barré une promotion qui lui revenait, le quinquagénaire va mettre son expérience de l’administration et ses compétences de hacker au service de Suze. Il n’y tient pas particulièrement, mais comme on le soupçonne d’avoir fomenté un attentat, d’avoir essayé de tuer un

Une nouvelle fois, le réalisateur Albert Dupontel parvient à raconter l’absurdité du monde et de nos sociétés

collègue et qu’il a désormais la police à ses trousses, il n’a pas trop le choix. Car Suze est la seule à pouvoir témoigner en sa faveur. À ce duo déjà haut en couleur s’ajoutera un archiviste aveugle (Nicolas Marié), enthousiaste à l’idée de quitter temporairement ses sombres archives pour vivre une aventure à ciel ouvert. Il aime les femmes autant qu’il déteste les policiers, responsables de sa cécité.

Ce trio improbable va alors se lancer à la recherche du fils perdu, dans une incroyable aventure dans une banlieue où l’humain a de moins en moins de place. Car oui, une nouvelle fois, le réalisateur de *Bernie*, *Le Créateur*, *Enfermés dehors*, *9 mois ferme*... parvient à raconter l’absurdité du monde et de nos sociétés, à travers un récit totalement barré, mariant burlesque et sérieux, humanisme et anarchisme, légèreté et profondeur. La griffe toute particulière de Dupontel est de parvenir à rendre l’impossible possible, l’absurde logique, l’exagération acceptable. Il parvient à chroniquer notre époque et ses dysfonctionnements, à raconter des contes ultra-réalistes dans le fond mais cartooniques dans la forme, à mettre de la poésie là où on ne la voit pas, à construire des personnages de clowns tristes d’une grande profondeur. Des personnages pleins d’humanité, dans un monde dans lequel elle fait de plus en plus défaut. Des personnages toujours présentés avec énormément de tendresse. Dans leurs bons comme leurs mauvais côtés. Dans leurs joies comme dans leurs peines. ●



Virginie Efira prouve qu’elle est une des comédiennes francophones qui comptent

LUXEMBURGENSIA

Crashkurs

Claire Schmartz

Man versteht die Hauptfigur nicht, ganz und gar nicht, und das ist richtig gut. Nachdem der 15-Jährige auf dem Schulhof einen Mitschüler mit einem Baseballschläger zusammengeschlagen hat, muss er für sechs Wochen in die „Auszeit“, eine Spezialklasse mit nur vier Schülern. Für ihn ist es eine Art Bewährungsprobe, sonst kommt er ins Erziehungsheim nach Dreiborn. Da will er auf keinen Fall hin, denn er hat gehört, dass man da beim Duschen, wie in den Internet-Serien, in den Arsch gefickt wird. Also gibt er sich in der Auszeit eine Woche lang Mühe, bis er die 13-jährige Shirley näher kennenlernt. Shirley sitzt direkt neben ihm und ist „voll die heiße Braut“. Und das ist erst der Anfang einer gefährlichen Abwärts-spirale in Raketengeschwindigkeit...

Tullio Forgiarinis Jugendbuch *leben. nehmen.* lässt den Teenager selbst erzählen. Im inneren Monolog mit seinem Freund „Johnny Chicago“ (nach dem Film *Troublemaker*) erzählt der „Held“ der Geschichte die Ereignisse und seine Sicht der Dinge. Dieser Johnny Chicago ist eine coolere und abgebrühltere Version seiner selbst und scheint immer alles unter Kontrolle zu haben. Nur auf diese Stim-

me, nur auf diesen einen, wahren Freund kann er sich verlassen. Nicht auf Sandra, seine Mutter, für die er sich schämt und prügelt, oder auf seinen „Erzeuger, das Arschloch“, nicht auf die Lehrer in diesem „Knast“, der Auszeit, wo alle Wärter „scheißnett sind und scheißnett bleiben, wenn man sie Alte Hure! nennt.“ Also versucht er, sich allein durchzuschlagen: Freunde finden, respektiert werden und kein Opfer sein. In den Pausen raucht er heimlich mit Shirley. Obwohl er allmählich an ihrem Geisteszustand zweifelt (sie war schon einmal in der „Jugendklapse“ auf Kirchberg), fragt er sich, ob er verliebt ist. Flachlegen will er sie auf jeden Fall. Sie machen blau und ziehen durch die Hauptstadt, betrinken sich und brechen schließlich mit älteren „Freunden von Shirley“ in Oetringen in ein ehemaliges Bordell ein... Am nächsten Tag wird der Erzähler im Krankenhaus wach, die Polizei ist da. Aber auch das ist noch lange nicht das Ende einer Eskapade, die Tschick als gemüthlichen Wochenendausflug in den Schatten stellt. In *leben. nehmen.* führt der Plan, ins Phantasialand zu fahren, unangekündigt und doch unweigerlich zum Höhepunkt der Gewalt.

Die unmittelbare Erzählperspektive, aber auch die allmählich entgleisende Handlung entwickeln Sogwirkung. Inhalt und Sprache greifen ineinander und gestalten komplexe Figuren mit einem eigenen, direkten Tonfall, der sexualisiert und von Gewalt geprägt ist. Allmählich erkennt man die Logik des Helden, in der es so viele Missverständnisse gibt: über Liebe, Familie, Cool-Sein, Vertrauen und darüber, was die richtige Entscheidung ist. Dabei versucht das Buch nicht, eine Moral zu vermitteln. Es gibt keinen Blick von außen, keine Bewertung; kein Versuch, jemandem irgendeine Schuld

zuzuweisen. Wie auch, wenn jede Entscheidung alles immer nur noch schlimmer macht? Wenn ein Einbruch (oder Drogen) als Weg zum eigentlichen Ziel einfach hingenommen werden? Und das ist, was so schwer zu verstehen ist, aber gestochen scharf dargestellt wird. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand: Sie können immer nur weiter machen. Es gibt kein Zurück.

Der Arena-Verlag stellt Materialien zur Verfügung, die die Lektüre (etwa in der Schule) begleiten können. Es ist ein aktuelles Buch in moderner Sprache. Mitreißend, eben weil es keine Scheu vor Brutalität, Pornos oder der Eskalation hat, sie nicht erklären will und gleichzeitig die Balance hält, die Figuren dahinter interessant und komplex darzustellen. Figuren, über die man noch lange nachdenkt oder reden kann. Man versteht sie nicht, und man versteht es doch.

Tullio Forgiarini, geboren 1966 in Luxemburg, hat Geschichte studiert und unterrichtet am Lycée du Nord in Wiltz Geschichte, Latein und Geografie. Er schreibt Romane, Kurzgeschichten, Drehbücher und Theaterstücke auf Deutsch, Luxemburgisch und Französisch. 2011 erschien der Roman *Amok* auf Luxemburgisch und war 2013 unter den Preisträgern des *European Union Prize for Literature*, dessen gelungene Übersetzung ins Deutsche von Luc Spada jetzt im Arena-Verlag erschienen ist. ●

Tullio Forgiarini: *Leben. Nehmen.* Aus dem Luxemburgischen von Luc Spada. Arena Verlag 152 Seiten 8,00 €.

CINÉMASTEAK

Et va le cinéma italien

En ces temps moroses de retour d’épidémie, on aura plaisir à se ressourcer en se tournant vers la comédie italienne, à l’époque où celle-ci tenait encore fièrement le haut de l’affiche. Outre la rétrospective Federico Fellini qui se poursuit tout au long de ce mois de novembre, la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg a eu la bonne idée de programmer *Le Bal* (1983) d’Ettore Scola (1931-2016). Comme son compatriote et ami Fellini, Scola s’est tout d’abord illustré comme caricaturiste pour le fameux hebdomadaire satirique *Marc’Aurelio*, avant de passer à la radio et d’y rencontrer Ruggero Maccari, avec lequel il écrira plusieurs scénarios importants tels que *Le Fanfaron* (1962) de Dino Risi. Retiré du cinéma depuis le début des années 2000, Scola évoquera sa longue amitié avec Fellini dans un ultime film, *Qu’il est étrange de s’appeler Federico*, dévoilé en 2013 lors de la Mostra de Venise.

Scénariste dès la fin des années 40 avant de réaliser son premier long-métrage en 1964 (*Parlons femmes*), Ettore Scola est principalement connu en France pour ses comédies féroces qui n’épargnent ni pauvres, ni riches, telles que *Drame de la jalousie* (1970) ou *Affreux, sales et méchants* (1976). Puis, avec *Nous nous sommes tant aimés* (1974) et *Une journée particulière* (1977), le comique fait peu à peu place à une réflexion mélancolique, résumée en cet amer et fameux constat entendu dans le premier : « Nous voulions changer le monde et c’est le monde qui nous a changés... ». On prend la mesure de ce désenchantement la décennie suivante avec *La Terrasse* (1980), qui véhicule une critique acerbe de ce que sont devenus les intellectuels de gauche...

Ettore Scola se tourne ensuite vers la France, tant pour la production que pour le choix de ses sujets. Parmi ces films figurent, aux côtés de *La Nuit de Varennes* (1982), *Le Bal*, d’après un spectacle du Théâtre du Campagnole, où il s’agit de raconter, en chanson et en danse principalement, une brève histoire de France, depuis le Front Populaire à l’après Mai 68. Un dispositif singulier, et conceptuel : unité de lieu, mais hétérogénéité de temps retracée cependant à travers la reprise d’une même équipe d’interprètes et de danseurs. Aucune parole n’est échangée entre les personnages ; ce sont les corps, la musique, les vêtements et les différentes références culturelles qui renseignent le spectateur sur la progression du récit. Lorsqu’il s’agit d’aborder le Front Populaire par exemple, une allusion est faite à Jean Gabin, héros de la classe ouvrière dans les années 30 chez Duvivier (*La Belle équipe*, 1936), Renoir (*La Bête humaine*, 1938) ou Carné (*Le jour se lève*, 1939). Ailleurs, c’est le *musical* à l’américaine – via les danses et costumes empruntés à Fred Astaire et Ginger Rogers – qui sert de jalon au spectateur pour se situer dans la chronologie, au lendemain de la Libération.

Coproduction italo-franco-algérienne, *Le Bal* tient autant du film historique (on n’omet pas les ratonnades racistes commises en France en pleine Guerre d’Algérie) que de la comédie musicale. C’est un film « juke-box », pourrait-on dire, où un lieu unique, celui qui donne au film son titre, enregistre la mémoire de plusieurs générations d’hommes et de femmes. Et où une musique, une chanson, un air, deviennent le marqueur sensible d’une époque. Le récit suit un parcours chromatique qui va de la chaleur du rouge (communiste) à la froide objectivité du bleu... Difficile de ne pas voir dans ce glissement de couleur la fin d’une époque, celle où le grand cinéma italien, populaire en même temps qu’exigeant au plan artistique, rayonnait dans le monde entier. Les adieux ne sont donc pas loin avec ce *Bal* si désenchanté, de même que le *Ginger et Fred* (1986) de Fellini... ● Loïc Millot

Le Bal (1983), 109’, sans paroles, sera présenté le vendredi 6 novembre à 20h30 à Cinémathèque de la Ville de Luxembourg



Le peuple filiforme de Giacometti

Lucien Kayser

Ils sont tous là, les *Hommes qui marchent*, un dernier rendez-vous sans doute, à l’Institut parisien, rue Victor-Schoelcher

L'exposition n'a pas la dimension à laquelle on nous a habitués, avec plusieurs centaines d'œuvres. Le lieu l'interdirait déjà, un hôtel particulier, rue Victor-Schoelcher, à côté du cimetière du Montparnasse où reposent d'ailleurs Sartre et Beauvoir. C'est dans

Vue de l'exposition, détail de *Femme qui marche*, au fond *Trois hommes qui marchent*



l'ancien atelier, dans les appartements du décorateur Paul Foliot qu'est installé l'Institut Giacometti, un décor qui va de l'art nouveau à l'art déco, joli contraste avec la manière du sculpteur, mais on reste dans la succession intellectuelle, esthétique du Paris du vingtième siècle. Taille réduite donc, qui n'empêche pas l'exposition de compter parmi les plus prenantes ou attachantes du moment, malheureusement suspendue après les dernières mesures sanitaires. Mais allez voir sur le site de l'Institut, ce qu'elle n'a pas en grandeur, elle l'a en profondeur, en approfondissement, ajouterai-je en exclusivité, avec les quatre modèles grandeur nature de l'*Homme qui marche*, et tout autour des variations sculptées et dessinées. Nous voilà en face du motif le plus célèbre d'Alberto Giacometti, je vous épargne l'aventure faramineuse de la sculpture dans les ventes, de toutes les sculptures de l'artiste, la semaine dernière encore, une fois sorties de son minuscule atelier, rue Hippolyte-Maindron, dans le même quartier.

C'est cet espace de 23 mètres carrés, reconstitué, que le visiteur de l'Institut découvre toujours en premier, grâce à la veuve de l'artiste, soucieuse qu'elle fut de démonter les murs peints, de conserver le mobilier et tous les outils. Deux plâtres originaux de l'*Homme qui marche*, aux deux bouts du temps que Giacometti a passé sur le sujet, de 1947 à 1960, ressortent d'un capharnaüm des plus riches, des plus féconds. Jusqu'aux murs ont servi. Et l'acharnement au travail, à la recherche (de l'absolu, dira Sartre, on y reviendra), cette fois sur papier, se trouve d'autant plus multiplié dans les dessins du cabinet d'arts graphiques, jusque dans les carnets ou les marges des livres.

Pour la ou les sculptures de notre *Homme*, il faut commencer par déchanter (n'y voyez rien de péjoratif). Pas question de rabattre quoi que ce soit, il faut juste constater que ce tout premier modèle, des années trente, est une *Femme qui marche*, très égyptienne d'allure, les pieds à plat par terre, la pose plus figée que jamais, le jeu « Standbein Spielbein » à peine amorcé. Un premier pas est fait, remonté de loin, à moins qu'on ne se réfère plus volontiers à Rodin ou au thème lié à Gradiva, la nouvelle de Jensen et l'engouement des surréalistes et de Freud, on connaît la proximité passagère de Giacometti.

On délaissera l'histoire (de l'art), à la rencontre dans la bibliothèque des trois grandes figures de l'*Homme qui marche*, ils sont tous très élancés, plus ou moins inclinés. Pris dans le mouvement si l'on veut, au contraire des femmes du sculpteur, hiératiques. Avec ces marcheurs, nous sommes dans le présent, dans une grande ville, ses rues et ses passants, tels que peut-être Giacometti les a saisis de la terrasse d'un café. Il les met des fois sur une place, à plusieurs, en place une entre deux maisons, comme dans une cage. Une autre sculpture, qui date de la fin de la guerre, est intitulée *la Nuit*, et Giacometti la décrit lui-même comme « une grêle jeune fille qui tâtonne dans le noir ». Peut-être a-t-elle résulté d'un projet de monument pour Paris qui n'a pas abouti, pas plus que plus tard, la commande new yorkaise de la Chase Manhattan Plaza : quel paradoxe, ces trois modèles, homme qui marche, femme debout, grande tête, réunis eux aussi pour la toute

première fois, minuscules, transplantés en imagination dans le gigantisme des buildings.

Parallèlement à l'exposition parisienne, à Liège, à la Cité Miroir, elle aussi suspendue, une autre exposition se trouve être consacrée à Alberto Giacometti, au titre combien juste d'*Humanité absolue* (là encore, il faut aller sur le site, ersatz de nos temps compliqués). Et de suite on retourne à Sartre, à son texte des *Temps modernes*, de 1948, repris plus tard dans *Situations III*. Bien sûr, à chaque fois qu'un écrivain ou philosophe écrit sur un artiste, c'est également de lui-même qu'il parle, de sa propre doctrine, de sa propre esthétique. Sartre l'a fait avec Giacometti, comme Aragon le fera avec Matisse (on verra au sujet de l'exposition du Centre Pompidou). Il a fait de Giacometti l'artiste existentialiste par excellence, il est vrai que le peuple filiforme avec qui nous sommes confrontés, pétri dans le plâtre ou la glaise, est là dans un entier dépouillement, dans sa nudité qui est en même temps sa liberté, son universalité. Et la vérité de l'*Homme qui marche*, comme des autres figures du sculpteur, est indéniablement celle de Giacometti lui-même, de sa démarche dont Sartre dit qu'« en acceptant d'emblée la relativité, il a trouvé l'absolu ». ●

www.fondation-giacometti.fr
www.citemiroir.be

Chéri Samba, peintre universel

Emmanuel Defouloy

« Je n'ai pas voulu donner congé à mes doigts ». Resté contre son gré à Paris depuis mars, loin de sa ville de Kinshasa, Chéri Samba a continué son œuvre. « Là où j'étais, je voulais faire travailler mes doigts. C'est pourquoi j'ai peint *On est tous pareils* et *Merci, merci je suis dans la zone verte* », explique le peintre congolais, en présentant ses tout derniers tableaux à la galerie Magnin-A, près de Bastille. Une dizaine de ses œuvres y sont exposées, avec celles de deux autres artistes kinoïses aujourd'hui décédés, Moke et Bodys Isek Kingelez, pour l'exposition *Kings of Kin*, en partenariat avec la galerie Natalie Seroussi.

À 63 ans, Chéri Samba est une des figures majeures de l'art africain contemporain. Autodidacte assumé, sa renommée n'a cessé de monter au fil d'une série d'expositions, dont trois à Paris ont constitué des étapes majeures : *Les Magiciens de la terre* en 1989 au Centre Pompidou et à La Villette, puis *J'aime Chéri Samba* en 2004 et *Beauté Congo* en 2015, toutes deux à la Fondation Cartier. Mais cette reconnaissance, il la doit évidemment avant tout à ses œuvres, qui rencontrent à chaque exposition un succès renouvelé, sont désormais exposées dans les grands musées et se vendent plusieurs dizaines de milliers d'euros.

Des toiles de grands formats aux couleurs vives et aux contours nets, où l'artiste se représente souvent lui-même, inspirées par l'art de rue et la bande dessinée, comme pour dédramatiser les satires et messages sérieux (contre le racisme, le colonialisme, la corruption, etc.) que l'artiste fait passer en ajoutant parfois des textes (la « griffe sambaienne »). Samba revendique la paternité de l'expression « peinture populaire », art du quotidien qui se veut aisément compréhensible, mais pas au sens d'art naïf.

Sans l'épidémie de Covid, celui que *Le Monde* qualifie désormais d'« icône » de l'art contemporain africain serait depuis longtemps rentré dans son pays. On n'a donc pas boudé notre plaisir de le rencontrer. Franc

parler et humour gouailleur, en veste de survêtement noire et pantalon rouge, Chéri Samba reçoit avec son marchand et complice, André Magnin, dans la galerie que ce dernier a ouverte il y a deux ans. Dans *On est tous pareils*, sa dernière toile, il a reproduit le visage de sa fille avec six couleurs de peaux différentes (métis, rouge, albinos, blanc, noir, jaune). Des visages peints en spirales, comme une peau d'orange épluchée, ce qui les inscrit dans la continuité de *J'aime la couleur* (2003), son tableau-phare dont il a réalisé de nombreuses répliques.

« Dans *J'aime la couleur*, je disais que tout le monde est pareil, qu'on ne devrait pas se disputer à cause de notre différence de peau. Mais les gens n'ont pas compris. Alors je répète », explique-t-il. « Tout ce que je prône, c'est la diversité des couleurs. Acceptons-nous comme nous sommes, soyons égaux, laissons tomber le racisme. C'est pourquoi j'ai peint ce tableau avec ces six couleurs un peu différentes, que nous devons



Opposé aux hiérarchies raciales, Chéri Samba dit ne pas accepter l'expression « gens de couleur ». Car « il n'y a pas de gens sans couleur. Le blanc, c'est une couleur »



respecter. Que nous devons aimer », ajoute-t-il, d'un beau ton de voix, plus doux, sur le verbe « aimer ».

Sa réflexion sur les couleurs et à la hauteur de l'usage qu'il en fait dans ses tableaux : intensive. Opposé aux hiérarchies raciales, il dit ne pas accepter l'expression « gens de couleur ». Car « il n'y a pas de gens sans couleur. Le blanc, c'est une couleur ». Pour lui-même, il refuse le terme de « Noir », et confie s'habiller parfois en noir lors des interviews, pour bien différencier sa peau brune, même si les journalistes n'y prêtent guère attention. « Oui, je le fais exprès, et voyez, il y a une grande différence ! ». De fait, au niveau de son poignet, l'habit est noir, sa peau bien plus claire.

Attention donc, Chéri Samba n'aime pas les étiquettes. Surtout pas être catalogué, encore moins être enfermé. Ne regrette-t-il pas de n'être acheté que par des Européens, et très peu d'Africains, comme on a cru le lire ? « La façon dont vous avez compris est un peu erronée. Bien sûr que mes origines sont africaines, mais moi je ne suis pas un peintre sectoriel. Je ne voudrais pas qu'on me mette dans une calebasse. Chéri Samba, c'est un peintre universel. »

Et de rappeler sa toile *Après le 11 SEP 2001* (2002), « ça, ce n'est pas l'Afrique », ou encore *La vraie carte du monde* (2011), où il se représente au centre d'une planisphère inversée. « Moi, je vise le monde entier », tranche-t-il. Voici donc où en est Samba, après bientôt 50 ans de peinture : mégalomanie attachant (il s'est peint à côté de Picasso dans *Quel avenir pour notre art ?*, 1997), fier d'être Congolais, mais dont l'œuvre dépasse le continent africain.

Très attaché à Kinshasa qui lui manque, il loue les ancêtres (comme dans *Hommage aux anciens créateurs*, 1999) et se dit « très fier que la relève soit assurée » dans la peinture congolaise, comme avec JP Mika qu'il a formé dans son atelier. Il critique les colons, qui ont fait disparaître le K de Kongo (*Fal-*



Chéri Samba, avec son tableau *On est tous pareils*

sifier un nom, c'est dénaturer son porteur, 1997). Et discrètement, dans un portrait de Patrice Lumumba, représenté entre Mandela et Obama (*Oui, il faut réfléchir*, 2011), il a peint un fond constitué d'une dent et de la carte de l'Afrique qui se répètent à l'infini. La dent, c'est tout ce qu'il reste du corps du martyr de l'indépendance congolaise, dissous à l'acide une nuit d'horreur de 1961, pour le priver d'une tombe qui pourrait devenir lieu de recueillement. Dent qui doit justement être restituée par la Belgique à la République démocratique du Congo (RDC) l'an prochain...

Mais Samba n'est pas pour autant complaisant avec l'Afrique. « Moi je pense que toute notre force vient de nos ancêtres. Quand on oublie ses ancêtres, on est perdu. Et beaucoup de gens en Afrique sont per-

dus. Ils se confient à des ancêtres qui ne sont pas les leurs, et le résultat est toujours négatif ». Quant aux restitutions d'art africain, en débat actuellement en France, c'est une bonne chose car « ces œuvres nous appartiennent », mais « d'abord, il faut des espaces appropriés pour les accueillir ».

On revient alors à son tableau du printemps, *Merci, merci je suis dans la zone verte*, où ils se représente, guilleret, en équilibre sur un tourbillon vert. C'est lors du déconfinement, quand Paris est passé de zone rouge à verte, « ça a libéré beaucoup de gens », dit-il. On répond qu'effectivement, on a été un jour en forêt de Fontainebleau, et ça a été notre zone verte. « Voilà, vous voyez bien, je ne peins pas que des choses sectorielles. La zone verte, ce n'est pas Kinshasa, ça ! André, je me défends quand même, non ? » ●

Mercredi-Dimanche 15-19h



www.centredart-dudelange.lu



Arny Schmit

Die hängenden Gärten

31.10.2020 - 13.12.2020



Marc Buchy

avoir désordre

31.10.2020 - 13.12.2020



La musique adoucit les morts

Cyril B.

Entre les prévisions d'émeutes aux États-Unis, les décomptes de victimes de l'épidémie de Covid-19, les attentats terroristes ou les tremblements de terre, la nouvelle a pu passer inaperçue... en ce moment, on n'est plus vraiment à un ou deux morts près. Eddie Van Halen, le guitariste du groupe de hard rock du même nom, qui a contribué à donner ses lettres de noblesse au look cheveux longs, débardeur et pantalon en cuir moulant, a définitivement raccroché sa Fender le mois dernier, à 65 ans. Il ne reste plus beaucoup des héros des posters qui décoraient les murs de nos chambres d'adolescents, à part Harrison Ford et les Power Rangers.

La cause du décès du musicien est un cancer de la langue que l'intéressé attribuait, paraît-il, à une trop longue exposition aux ondes magnétiques et à la mauvaise habitude de machouiller ses médiateurs en métal, et non à une propension à ingurgiter alcool, tabac et drogues diverses. Il faut dire que la mort des musiciens est un sujet assez fascinant. Une fois passé le célèbre et funeste cap des 27 ans, fatal à Brian Jones, Jimi Hendrix, Janis Joplin, Jim Morrison, Kurt Cobain et Amy Winehouse, il reste aux stars du rock à échapper aux pièges tendus par les substances illicites en tous genres et autres accidents d'avion pour essayer d'atteindre, tel Keith Richards, l'âge d'une retraite qu'ils ne prendront jamais complètement. Les abonnés à Netflix auront peut-être vu *The Dirt*, l'incroyable fiction inspirée de la vie des membres du groupe Mötley Crüe, dont la décadence ferait passer les pires orgies

romaines pour de sympathiques goûters d'anniversaire. Le moins incroyable de tout ceci est de constater qu'ils sont encore vivants. Pas forcément en très bon état, certes, mais quand on prend à contresens l'autoroute de la vie, on peut s'estimer

chanceux de s'en sortir avec seulement quelques dégâts sur la carrosserie.

Maintenant que, en 2020, nous sommes tous devenus experts en médecine et en épidémiologie, tout ceci donne à réfléchir. Plutôt que de se demander comment faire pour rester en bonne santé, observons cette catégorie de la population décidée à appliquer l'inverse du plus élémentaire conseil de bien-être : le musicien de hard rock. Prenez Lemmy Kilmister, bassiste et leader du groupe Motörhead, rendu sans doute aussi célèbre par ses rouflaquettes et ses uniformes de l'armée sudiste

que par sa musique. Peu de livres de développement personnel recommandent la consommation quotidienne d'une bouteille de Jack Daniel's. Il aura pourtant fallu plusieurs décennies d'un tel régime pour venir à bout du bonhomme en 2015 au terme, lui aussi, d'un combat contre le cancer.

Ozzy Osbourne a 71 ans, Keith Richard 76 ans, Mick Jagger 77 ans, Clapton 75 ans, et sont autant de publicités vivantes (ou survivantes) pour les drogues dures et l'autodestruction. Ils prouvent que le monde est vraiment injuste, et que le capital génétique l'emporte souvent sur l'hygiène de vie. C'est un peu oublier tous ceux qui auront dû écourter leur carrière à l'insu de leur plein gré, que leur mort ait été absurde, tragique, ou simplement banale. Il semble facile d'échapper à une overdose de somnifères pour chevaux, une partie de roulette russe qui tourne mal ou à un étouffement par son propre vomi lorsqu'on pratique le télétravail et qu'on part sagement en vacances en famille. C'est la beauté des statistiques : si l'on enlève les rockeurs morts jeunes, forcément victimes de leur vie dissolue, alors il ne reste que des gens qui auront vécu longtemps.

Ainsi, pour le deuxième confinement, surtout si c'est sans les enfants à la maison, moi je dis : « Terminé les séances de yoga, le pain bio aux graines et les verbes irréguliers allemands ». Regardez où tout cela nous a menés. Cette fois ce sera alcool, sexe et tabac, comme les musiciens qui s'enferment dans un studio plusieurs semaines avant d'avoir le droit de partir en tournée ! ●



« It's better to burn-out than to fade away », chantait Neil Young comme une ode à l'auto-destruction

Stil

L'ENDROIT



Mani d'oro

Dans la chanson de Bernard Lavilliers, les mains d'or désignent les ouvriers de la sidérurgie. Point d'acier rouge ici, mais de la pâte, travaillée artisanalement et provenant de farines anciennes de Sicile (moulées sur pierre, s'il vous plaît). De la pâte à pizza (qui lève et fermente au moins 24 heures) et de la pâte pour faire des pâtes, des longues,

des courtes et des farcies. Sur ces bases simples, classiques et parfaitement maîtrisées, on choisit des sauces issues du carnet de recettes de Nonna Angela. Du haut de ses 80 ans, la dame officie en cuisine en distribuant avec la même verve encouragements et engueulades aux jeunes qui travaillent avec elle. Pour les pizzas (photo : fc), on puisera entre mortadelle, salami piquant, légumes grillés, jambon avec toujours de la mozzarella ultra fraîche et ce en trois tailles, plutôt généreuses. Au rayon pâtes, ce sera norma, puttanesca, truffe, champignon, épinard, ricotta... La carte distille aussi quelques salades et des desserts, toujours dans les classiques de la péninsule. Tout cela est servi avec entrain et sympathie dans un cadre qui joue des codes industriels avec un bel effet. fc

L'ENDROIT

Esthète belge

Il était regrettable de voir inhabité la belle galerie installée jadis par Martine Schneider à l'arrière de sa maison au 21 de l'avenue Gaston Diderich. Un lieu où l'art contemporain a pu s'épanouir pendant quelques années, baigné dans une belle lumière offerte par un cube signé Moreno et adapté aux besoins. Et voilà que le lieu renaît, avec toujours de l'art, mais aussi du mobilier, des objets et des fleurs stabilisées, ou même de fins chocolats (photo : GD). Ce mix, qui rajoute un côté intimiste et douillet au pavillon, a été imaginé par une esthète belge, Catherine Lebrun, dont le grand-père était artiste et lui a légué le goût des belles choses. La subtilité

du showroom invite à venir s'y installer, y créer ou provoquer des rencontres et événements, ou repartir avec un des beaux objets sous le bras. Côté art, le choix se fait avec l'aide de la conseillère en art Stéphanie Breydel de Groeninghe (*tsart.lu*), laquelle est en contact avec d'excellentes galeries d'art belges dont les artistes seront présents sur les murs de l'espace **Subtile** au rythme



des vernissages en galeries, donc avec un changement toutes les six à huit semaines. Les meubles sont un fin mélange de contemporain et de vintage. Ce sont surtout les installations et tables en accordéon de Stephanie Forsythe et Todd Mac Allen pour Molo Design (Canada) qui séduisent dans cette première ambiance chic mais câline. Ne pas oublier de jeter un oeil sur les nombreux plus petits objets lors de la visite et aux tabourets et coussins de Made by Ghigi à l'étage. GD

L'ENDROIT

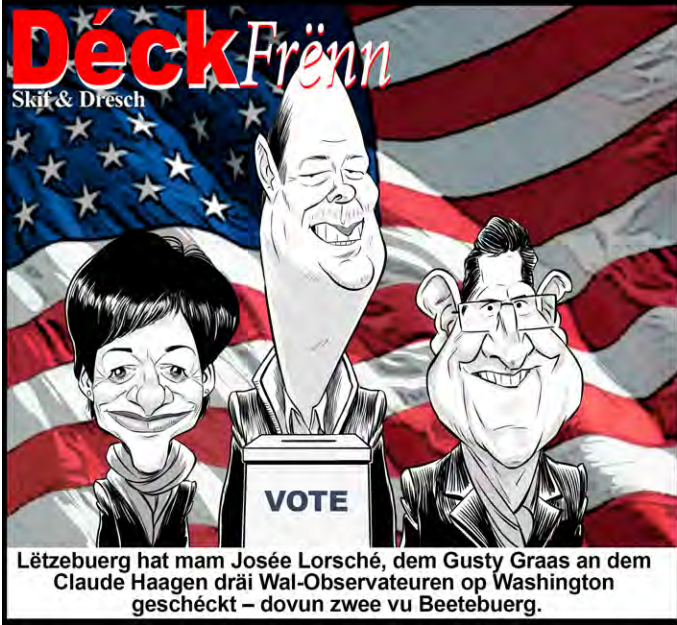
Crumbling cookie

Il y a des douceurs, il suffit de voir leurs photos pour réaliser qu'elles sont aussi onctueuses que

délicieuses. Les cookies de **Hungry Pigeon** à Bertrange par exemple. Et quand on parle de photos, le lien le plus court est celui via Instagram. C'est le réseau que le couple qui les fabrique a choisi pour nous donner envie, mais surtout aussi pour passer commande. Et il faudrait être vraiment allergique au sucre pour y résister, quand on voit les pics de ces généreuses gâteries dont certaines sont fourrées au chocolat noir bien crémeux. Essayez de résister en jetant un oeil sur le compte *hungry_pigeon*, vous verrez que c'est pratiquement impossible. Vous trouverez la fiche de commande juste au-dessus des photos et vous la remplirez aussi vite. Seule contrainte : pas de livraison à domicile. Il faudra passer à Bertrange à la date convenue à la commande, et la réception se fera après le week-end, car le samedi et le dimanche on pétrit et on cuit. Pour 15 euros,



vous aurez droit à une boîte « moitié-moitié » , qui contient deux « double chocolat » et deux « chocolat chunk cookies ». À moins que vous en vouliez quatre en pur chocolat, ce qui donnera droit pour le même prix à une « Death by chocolate » box. Et pour une « Hybrid box », vous composez vous-mêmes. Vous complétez en indiquant l'heure de réception qui vous convient, et plus rien ne vous empêchera de grignoter ces délices « de la mort qui tue ». Selon les jours, les délices sont aussi servis avec un café chez Subtile (voir ci-contre). GD



Lëtzebuerg hat mam Josée Lorsché, dem Gusty Graas an dem Claude Haagen dräi Wal-Observateuren op Washington geschéckt – dovun zwee vu Beetebuerg.



D'US-Wieler haten de Choix tëscht dem Donald Trump, deem President, deem et gelongen ass den amerikaneschen Imperialismus an der ganzer Welt lächerlech ze maachen ...



... an dem Joe Biden, dem „klengeren Iwwel“ (Medien), deem e méi manéierlechen amerikaneschen Imperialismus versprach huet.



De Gusty Graas an d'Josée Lorsché aus dem Swing State Beetebuerg wësse vu wat se schwätzen.